

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 5. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Eingekaufte Preise:

Die einseitige Kompartimente 10 Pfennig...

Kosten für die nächste Nummer müssen bis 1/4 Uhr nachmittags...

Kommunisten als Kapitalschützer.

In Frankreich stimmen sie mit der Reaktion zugunsten der Steuerbetrüger.

Paris, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die französischen Kommunisten haben es fertiggebracht...

Geschichte eine große Rolle dadurch spielen zu können, daß sie mit Gewalt jeder eine kleine, von Deutschland losgelöste Republik schaffen...

Staatsgesinnung und Justiz.

Zwei Denkweisen.

Von Staatsanwalt Ratz-Helbergh.

Im Rahmen zweier juristischer Zeitschriften sind zwei offene Briefe veröffentlicht worden...

Der erste stammt von dem Genossen Dr. Radbruch in Kiel und stand in dem Heft II der „Justiz“...

Es gibt keinen Gegensatz zwischen „monarchischen“ und „republikanischen“ Richtern...

So schreibt Herr Dr. Liebmann: Danach könnte man den Eindruck gewinnen, die deutsche Richterschaft sei eine ganz blutlose, unpolitische Gemeinschaft...

Diese Einstellung kann nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die praktische Tätigkeit des Richters...

Der Wille des Richters ist besonders wichtig in Zeiten, in denen ein neues Staatsbewußtsein und eine neue Staatsgesinnung geschaffen und gesichert werden müssen...

Stahlhelmverbot?

Ein Entwurf des Reichsinnenministeriums.

In den nächsten Tagen soll, wie dem Reichsdienst der deutschen Presse gemeldet wird, im Reichsrat die Durchberatung des vor etwa 6 Wochen eingelaufenen Entwurfs einer Ergänzungsverordnung zum Gesetz vom 22. März 1921 erfolgen...

Der Wahlsieg in Mecklenburg.

Die Niederlage des Rechtsblocks.

Die Erfolge des Rechtsblocks bei den letzten Wahlen in Mecklenburg haben die Rechtsmehrheit des Landtages glauben lassen, daß die Stimmung des Landes ein für allemal für die Rechtspolitik sei...

Nach dem Ausgang dieser Wahlen ist es klar, daß die Bevölkerung von Mecklenburg von der Rechtsregierung und der Rechtspolitik nichts mehr wissen will.

Alle müssen abrüsten!

Ein Vortrag des belgischen Völkerbundvertreter.

Brüssel, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Delegierte Belgiens im Völkerbund und zur Abrüstungskonferenz, Genosse de Brouckere, hielt in Brüssel einen Vortrag über das Abrüstungsproblem...

Drussisches Friedensangebot.

Erträgliche Bedingungen Frankreichs.

Paris, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Beirut wird gemeldet, daß der Drusenführer einen Brief an den französischen Oberkommissar de Jouvenel gerichtet habe...

Wer das Gegenstück behauptet, denkt entweder nicht oder er vermag es nicht zu sehen.

Gerade in Zeiten, in denen der Richter zwangsläufig im Politischen schwebt, wobei gar nicht an Parteipolitik zunächst gedacht werden muß, verfangen ist, wird allerdings der Satz, daß die Justiz der Politik vorgeht, um so mehr gläubig finden, je weniger er in der Wirklichkeit begründet ist. Der Satz von der Vorrangstellung der Justiz kann aber überhaupt nicht als für alle Verhältnisse zutreffend, anerkannt werden. Wir sprechen das in vollem Bewußtsein der Konsequenzen ruhig aus und stellen ihm für unsere Zeit den Satz von Vorrang des Politischen, wiederum natürlich in dem allgemeinen Sinne, gegenüber. Die Justiz darf nicht vergessen, daß sie nur ein Teil des Staatsorganen, nicht Selbstzweck ist und daß sie sich dem Staate ein- und unterzuordnen hat. Die falsche Auffassung von der Selbstherrlichkeit der Justiz, zu deren Bannträger sich Herr Dr. Liebmann macht, hat die Rechtsprechung verfaßelt, die das Vertrauen in die Rechtspflege erschütterte, die es auf dem Gewissen hat, daß für meiste Teile des Volkes Gerechtigkeit und Justiz nicht mehr sich deckende Begriffe darstellen. Die Behauptung, der republikanische Richterbund trage dafür die Verantwortung, erscheint gerade angesichts der aufwühlenden Wirkung der Rechtsprüche in Sachen der Fürstlichen Häuser so weitfremd und abwegig, daß sie nicht mehr als bedauerndes Aushalften auslösen kann. Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Das Anfechten oder auch nur das Widerstreben gegen die Neuentwicklung führt das deutsche Richtertum ins Verderben, wenn nicht rechtzeitig eine Umkehr erfolgt. Wir linksgerichteten Justizbeamten sehen mit tiefstem Bedauern, ja mit Entsetzen, wie die im eigentlichen Sinne reaktionäre Einstellung erheblicher Teile der Richterschaft dazu führt, die Tätigkeit der ordentlichen Gerichte in wichtigsten Funktionen auszuhöhlen. Sondergerichte entstehen läßt und damit natürlich das Ansehen des Richtertums und seine ganze Stellung schwächt. Hier kann allein ein aus Nachdenken kommender Gesinnungswandel helfen. Denn die Fehler, die in der Rechtsprechung unterlaufen, sind nicht zufällige „Arrungen“ wie Herr Dr. Liebmann meint, dieses oder jenes Richters, sondern Ausdruck einer bestimmten weithin herrschenden Gesinnung.

Das führt mitten in den Fall Kroner. Herr Dr. Liebmann glaubt die Vermittlung aufstellen zu müssen, die Ernennung Kroners zum Oberverwaltungsgerichtsrat sei eine Belohnung, eine Belohnung, die er doch nach der schweren Kränkung seines Standes gewiß nicht verdient habe, deren er auch nach seinen beruflichen Qualitäten nicht würdig sei. Gewiß, ein Beamter, ein Richter muß sich seines Standes würdig erweisen. Er darf nicht ohne Not sein eigenes Nest beschmutzen. Wenn Herr Dr. Liebmann auch sonst kein Freund von Sprüchwörtern ist, das eine wird er doch anerkennen, da es in seiner Zeitschrift oft genug wiederkehrt: Salus rei publicae suprema lex est! Das Interesse des Staates, der Republik geht vor Standesinteressen. Das verlangt zu haben und noch zu verkennen, ist eine der schwersten Sünden der Führer des deutschen Richtertums. Als man die Repräsentanten der neuen Staatsordnung in der gemeinsamen und niederträchtigsten Weise schmähte, hat die deutsche Gerichtsbarkeit verlagert, ohne daß aus ihrer eigenen Mitte klammernder Protest dagegen erhoben wurde. Das schlimmste an dem Magdeburger Urteil, was auch im Ausland, wie ich wiederholt dort zu hören Gelegenheit hatte, gänzlich unverständlich blieb, war nicht die juristische Konklusion — mit Worten läßt sich trefflich streiten —, sondern der Mangel an jeglichem Staatsgefühl, war die Tatsache, daß dieses Urteil überall den Geist der Ablehnung einer Staatsordnung atmete, deren Information Friedrich Ebert war. Etwas Ungeheuerliches war damit geschehen: Die Revolte der Justiz gegen den Staat. So empfand es offenbar auch die Reichsregierung, die sich, trotzdem alle ihre Angehörigen parteipolitisch weit von Friedrich Ebert entfernt waren, einmütig vor ihm als den Repräsentanten des Staates stellte.

Daß gegenüber der Ungeheuerlichkeit ein republikanischer Richter, der sein Staatsideal geschmährt sah, nicht, wie ihm Herr Dr. Liebmann konziderieren will, „wissenschaftlich — juristisch das Urteil befehde“, sondern in leidenschaftlicher Aufwallung seinem Unmut Luft macht, das war vom Standpunkt formalen Rechts wohl ungeschickt und unklug. Als Vorgesetzter des republikanischen Richterbundes, als Wortführer republikanischer Gesinnung war es für ihn Pflicht, war es Verdienst.

Und warum sollte die Republik sich scheuen, solches Verdienst um ihre Sache auch zu belohnen? Sie überschüttet ihre Getreuen ganz gewiß nicht mit Gnaden. Sie hätte das Recht und die Selbsterhaltungspflicht, gerade auch soweit die Justiz in Frage kommt, weit mehr, als es geschieht, ihre Anhänger an ihre Posten zu stellen. Das würde nicht nur im Interesse der Republik, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der Justiz selber gelegen sein. Aber unerschrockene Männer müssen es sein, die, um ein Wort Hagenburgs in der „Deutschen Juristenzeitung“ vom 15. Oktober 1925 zu gebrauchen, nicht den Vorzeichen der Borgelegten und, so möchte ich ergänzen, dem Kommentar eines Standes, sondern der Sprache des eigenen Gewissens folgen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus hat die Ernennung Kroners zum Oberverwaltungsgerichtsrat nicht die Bedeutung, daß Rechtsprechung und Parteipolitik eins sein sollen, sondern daß Staatspolitik, Staatsgesinnung und Rechtsprechung eins sein müssen. Ich möchte wünschen, daß diese Einsicht, wenn auch nicht Herrn Dr. Liebmann, so doch zum Besten unseres Standes der Großzahl der deutschen Richter zuteil wird, daß aber auch die federführenden Herren Minister dieser Auffassung mit Nachdruck Geltung verschaffen. Je schneller Herr Dr. Liebmann mit seinen Auffassungen von der deutschen Richterschaft preisgegeben wird, desto eher wird Aussicht bestehen, daß sie wieder allgemein anerkannt werden und die Justiz gesundet. Einsteilen können wir linksgerichteten Richter, weil wir wissen, daß die Zeit für uns ist, uns zwar nicht mit Grausen, wie es umgekehrt Herr Dr. Liebmann tut, aber mit Gleichgültigkeit von ihm und seinen Gesinnungsgenossen abwenden.

Tumult im Hamburger Senat.

Ausführungen der Kommunisten.

Hamburg, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Hamburger Bürgerchaft kam es am Mittwoch zum erstenmal zu einem taktischen Angriff eines Abgeordneten auf ein Regierungsmitglied. Das Haus und die Zuhörtribünen waren außerordentlich stark besetzt, weil die Millionennachforderung für den Bau des Stadttheaters beraten werden sollte. Infolge langwieriger Steuerdebatten kam es aber zu dieser Auseinandersetzung nicht, sondern es wurde der fünfte Nachtrag zum Haushaltsplan beraten. Schon während der ganzen Sitzung war es zu wiederholten Auftritten gekommen, die die Stimmung außerordentlich verschärften. Als dann der Kommunist Urbahn, der während des Oktoberauftrages 1923 zu 10 Jahren Festungshaft verurteilt wurde, vom Bericht aber aus der Haft entlassen wurde, weil der Reichstag die Immunität nicht aufgehoben hat, schrie die hamburgische Justiz- und Gefängnisverwaltung angriff, antwortete der Justizsenator Dr. Kölsche. Dabei gebrauchte er auch den Ausdruck „politische Verbrecher“, was bei den Kommunisten ungeheure Aufregung verursachte. Eine Anzahl Abgeordneter drangen gegen den Redner vor und ein Kommunist warf dem Justizsenator ein Attentat in das Gesicht. Nun entstand ein ungeheurer Tumult, in dessen Verlauf es zu Tätlichkeiten kam. Einige besonders aufgeregte Kommunisten wurden von ihren eigenen Fraktionskollegen an der Reihe gepackt und hinaus geschoben. Es kam zur Unterbrechung der Sitzung und zum Ausschluß des 23jährigen Kommunisten Jahle, der den Angriff ausführte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung entstanden neue Auseinandersetzungen, als der Redner den Ausdruck „politische Verbrecher“ wiederholte. Schließlich konnte er doch seine Rede fortsetzen. Trotzdem blieb die Spannung im Haus und es kam wiederholt noch zu Szenen, bis die Sitzung unter allgemeiner Erregung gegen Mitternacht ihr Ende fand.

zu leisten, wird durch ihr weitausgepönnenes Reden von Defektiven und Spionen wirtschaftlich und persönlich vernichtet.

Das ist das Bild, das sich aus diesen drei Büchern ergibt. Welcher auch unsere Zukunft, wenn nicht vorher der Sozialismus bei uns seine Erfüllung findet.

In einer phantastischen Erzählung „Nach der Sintflut“ schildert Sinclair den Untergang des kapitalistischen Amerikas. Eines Tages werden alle Lebewesen dahingerafft, und nur eine kleine Gruppe rettet sich im Flugzeug. Diese begründet, nach ihrer Rückkehr auf diese Erde und nach harten Kämpfen in sich selbst die neue Klassenlose Gesellschaft.

Niemand sollte an den Büchern Sinclairs vorbeigehen. Kaum ein Dichter unserer Tage hat in solch spannender Weise es verstanden, wie es im gelobten Dollartande in Wirklichkeit aussieht.

Neue Krankheiten. Auch die Krankheiten haben ihre Moden, und man kann beobachten, daß andere Völkern die gepflanzte Menschheit heimfuchen, wenn es gelungen ist, einiger alter Menschheitsgeheimen Herr zu werden. In einem Vortrag, über den in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet wird, sprach Sir Thomas Horder über solche „Neue Krankheiten“, die an die Stelle der alten treten. Die modernen Fortschritte der Hygiene haben manche Leiden, wie z. B. Typhus, Diphtherie, Tollwut, Milzbrand und Cholera, verhältnismäßig selten gemacht; durch die verbesserte Lebensweise der Bevölkerung wurden manche Formen der Tuberkulose und der Blutarmit sowie die Rachitis, die sogenannte „englische Krankheit“, verringert; auch die akute Gicht ist selten geworden. Statt dessen aber ist eine ganze Reihe neuer Krankheitsformen aufgetreten, und zwar ist besonders die Neurochemie in ihren verschiedenartigen Formen unter unserer modernen Großstadtlebendigkeit beträchtlich angewachsen. Ein vermehrtes Auftreten beobachtet man auch bei Krankheiten, die durch die weniger virulenten Bakterien und Streptokokken erzeugt werden, so Leiden der Niere, der Gallen- und des Darmes. Diese Bakterien, die früher weniger Unheil anrichteten, führen jetzt zu Erkrankungen, weil die Widerstandsfähigkeit der Gewebe vermindert ist. Man hat bisher zu wenig beachtet, welchen Einfluß das Nervensystem auf die Reaktion gegen bakterielle Infektion ausübt. Die Ärzte müssen mehr Gewicht darauf legen, die allgemeine Widerstandsfähigkeit und besonders die des Nervensystems zu heben, um den Schädigungen durch diese Bakterien vorzubeugen. Der englische Arzt kommt zu dem Ergebnis, daß man den modernen Menschen zu einer einfacheren Lebensführung bringen müsse und daß die großen Heilmittel der Natur, wie Sonne sowie frische Luft bei Tag und Nacht, in viel größerem Maß auszunutzen seien.

Der moderne Lanahäuser. Gabriele d'Annunzio, der große Dichter, Kellamaler, Erfinderer Fräulein und Fürst vom Schneeburg, veröffentlicht eine Beichte: „Ich bin zu meiner Frau zurückgekehrt... Ich lehre gehemüht und reuevoll zurück, um Verzeihung bittend. Ich bin beschaamt, weil ich mich auf der Höhe meines Ruhmes mit Frauen eingelassen habe. Ich bereue, weil ich jetzt die Torheit meines Treibens einsehe... Die Welt möge nun erfahren, daß der „Dichter-Liebhaber“, der so viel sündige Liebes gestiftet hat, die Liebe

Hinterlist und Lüge.

Wie die Kommunisten Einheitskomitees erfinden.

Die „Rote Fahne“ hatte zur Unterstützung der gegen die Sozialdemokratie gerichteten „Einheitskomitees“-Aktion die Behauptung in die Welt gesetzt, daß der Bezirksvorstand Zwidau der SPD, sich zur Bildung eines Einheitskomitees bereit erklärt habe.

Der Bezirksvorstand der SPD im Bezirk Zwidau-Plauen, gezeichnet Max Sennewitz und Richard Meier, veröffentlichte dazu die folgende Erklärung:

„Von der kommunistischen Presse ist in den letzten Tagen in demagogischer Weise mit der Behauptung Propaganda gemacht worden, daß der Bezirksvorstand der SPD, sich für die Bildung der von den Kommunisten geforderten Einheitskomitees zur gemeinsamen Führung des politischen Kampfes für den Volksscheid entschieden hat. Das ist falsch. Wir stellen gegenüber dieser Irreführung fest, daß der Bezirksvorstand der SPD, für den Bezirk Zwidau unerschütterlich auf dem Boden der zentralen Abmachungen steht, die Bildung von Einheitskomitees aus sachlichen Gründen ablehnt, die die Ortsgruppen im Bezirk angewiesen hat, überall den politischen Kampf um den Volksscheid selbständig zu führen, überall gemeinsame Versammlungen mit den Kommunisten und die Bildung von Einheitskomitees abzulehnen.“

Der Bezirksvorstand der SPD, Zwidau hat bei seiner Einladung an die Bezirksleitung der SPD, nur an die Besprechung notwendiger organisatorischer Arbeiten, an die Frage der teilungslosen Vereinerung der erforderlichen Plakate usw. gedacht.

Nur diese Fragen sind in der vom Bezirksvorstand der SPD einberufenen Besprechung von Vertretern des Bezirksvorstandes der SPD, mit Vertretern der Bezirksleitung der SPD, erörtert worden. Die politische Aktion in Sache jeder einzelnen Partei. Den politischen Kampf führt die SPD im Bezirk Zwidau vollständig selbständig. Die Art, wie die Kommunisten unsere Einladung für ihre parteipolitischen Interessen ausgelegt haben, sind nur wieder ein Beweis dafür, wie schwer es noch immer ist, mit den Kommunisten bei den selbstverständlichen Dingen zusammenzuarbeiten.“

Die Kommunisten verfolgen mit ihrer Einheitskomiteeaktion nicht nur hinterlistige Ziele, sie bedienen sich dabei auch der frechen Lügen. Im übrigen ist ihre Methode nicht neu. Wir haben schon einmal erlebt, als man von den Kommunisten 1920 und 1921 die Parole ausgab: hinein in die Arbeiterräte — weil man auf diese Weise die SPD, zu zerstören glaubte. Heute hat das Kind nur einen anderen Namen, es heißt heute Einheitskomitee, nicht Arbeiterrat, der Zweck aber ist der gleiche. Auch die „günstigste Gelegenheit seit vielen Jahren“ wird vorübergehen, ohne daß den Kommunisten die Zerspaltung der SPD, mit Hinterlist und Lüge gelingt.

Aufwertung von Baudarlehen.

Die württembergische Reichsregierung verleiht ein Reichsgesetz.

Der Steuerauschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit einem sozialdemokratischen Gesetzentwurf über die Aufwertung von öffentlichen Baudarlehen. Ihm liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Im Finanzgleichgesetz ist bestimmt worden, daß die Aufwertung von öffentlichen Baudarlehen mit 25 Proz. ihres Goldmarkwertes zu erfolgen hat. Dieser Beschluß ist dem Reichstag einstimmig gefaßt worden. Trotzdem hat die württembergische Regierung ihn nicht ausgeführt. Sie setzte statt des einfachen Goldmarkbetrages das 1/2fache und kam somit zu einem Aufwertungssatz von 40 Proz. statt von 25 Proz. In der eingehenden Aussprache wurde von fast allen Rednern anerkannt, daß es sich bei dem Verhalten der württembergischen Regierung um die Verletzung eines Reichsgesetzes handele. Daher habe diese Angelegenheit eine weit größere Bedeutung als die Vorgänge, die ihr zugrunde liegen. Da von den Kommissaren der Reichsregierung dieser grundsätzliche Gesichtspunkt nicht genügend gewürdigt wurde, beschloß der Ausschuß, die Reichsregierung aufzufordern, in einer späteren Sitzung eine offizielle Erklärung zu geben, ob es einen Einzelstaat gestattet sei, zwingende Vorschriften der Reichsgesetzgebung nach Belieben außer Kraft zu setzen.

Upton Sinclair.

Von Dr. Willy Cohn.

Von dem rauschenden Glanz des kapitalistischen Amerikas erzählen immer wieder aufs neue die bürgerlichen Blätter. In diesem Lande des alles beherrschenden Dollars soll es angeblich keine Not geben, und Henry Ford will uns Karmachen, daß die Arbeiter des Landes mit den herrschenden Zuständen durchaus einverstanden sind. Aber die andere Seite zeigt uns Upton Sinclair, dessen Romane von der deutschen nichtsozialistischen Presse nicht in dem Maße gewürdigt worden sind, wie sie es verdienen. Als erstes Blatt von Deutschland hat der Vorwärts, 3. „Der Sumpf“ von Sinclair abgedruckt.

In unerschöpflicher Schaffenskraft wirft der Verfasser in einem durchaus amerikanischen Tempo Buch nach Buch auf den Markt. Jedes anders, aber alle von dem gleichen Gedanken erfüllt, der Welt zu zeigen, daß in dem gelobten Lande Amerika eine ungeheure Ausbeutung aus dem Arbeiter des letzte an Kräften herausholt.

„König Kohle“ führt uns in die Bergwerke, deren Belegschaft nach in den Anfängen gewerkschaftlicher Organisation steht, und die zum Teil viel schwerer als im alten Europa, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu kämpfen hat, weil die Reservoarmee der Eingewanderten in der Regel um jeden Preis zum Arbeiten bereit ist. In dem ökonomischen „Sumpf“ schildert er die Zustände in den Stiehlfabriken Chitagos. Wenn es heut vielleicht anders aussieht, so ist dies sein Verdienst.

Was hat man uns nicht alles über den Eintritt Amerikas in den Krieg vorgelesen? „Jimmy Higgins“ zeigt uns deutlich, daß der amerikanische Proletariat genau so ungerne in den Krieg gegangen ist wie der europäische, aber ungeheure Summen, die der amerikanischen Rüstungsindustrie zur Verfügung standen, haben die Kriegsstimmung künstlich erzeugt. Auf den europäischen Schlachtfeldern wird Jimmy Higgins zum Verkünder des Sozialismus und dafür von seinem Vorgesetzten schwachsinzig geschlagen. Soeben sind drei neue Bücher von Sinclair im Marktverlag herausgekommen, bei dem auch seine sämtlichen anderen Werke erschienen sind: „Die Metropole“, „Die Beschler“, „Der Industriebaron“. In allen drei Werken reißt er vor allem der Hauptstadt New York und dem kleinen Kreis der Dollarmillionäre rücksichtslos die Mäse vom Gesicht. Er muß in diese Gruppen einen vorzüglichen Einblick getan haben, und wenn dies alles nicht wahr ist, was er dort erzählt, dann sollte man ihn aus jenen Kreisen heraus zu widerlegen versuchen. Es wird schwer möglich sein, 99 Proz. auch dieser größten menschlichen Siedlung der Erde quälen sich im Schweiß ihres Angesichts ab, um ihr tägliches Brot zu verdienen, Frauenarbeit ist so schlecht bezahlt, daß für die meisten auf anständigem Wege ein Durchkommen überhaupt unmöglich ist. Aber in wenigen Händen ist das Geld zusammengeballt und wird spekulativ hin und hergeworfen. Ueberreizte Sinne wissen von ihm keinen vernünftigen Gebrauch mehr zu machen. Wer irgendeine mag, diesen Kreisen Widerstand

hohl und ohne Ehre fand. Bergens versuchte ich zwei Jahre lang als Eremit Ruhe zu tun. Nun hat mein Sohn eine Verlobung zwischen mir und meiner Frau zustande gebracht... Ich war grauam, als ich jung war... Eleonore Duse, die größte Tragödin aller Zeiten, liebte mich. Unsere Trennung war tragisch. Eleonore Duses Leiden machten mich fast wahnsinnig, denn der Gebante peinigte mich, daß ich mich in den letzten Tagen unserer Liebe unritterlich benommen hatte. Eine innere Stimme sagte mir: „D'Annunzio, such Vergebung!“ „Von wem?“ fragte ich zurück. „Duse ist ja tot!“ „Die Verzeihung deiner Frau!“ lautete die Stimme.“

Was wird die nächste Clappe Gabriels sein?

Ein Ebert-Bildnis. Anlässlich des Todestages von Friedrich Ebert am 28. Februar ist im Verlage der Reichsdruckerei ein Bildnis des verstorbenen ersten Reichspräsidenten erschienen. Das 27 x 34 Zentimeter große Bild zeigt den mächtigen Kopf Eberts in einem fein durchgearbeiteten Original-Rupferbild des Berliner Graphikers E. Smith und wird in seiner lebenswahren, künstlerisch vollendeten Wiedergabe eine willkommene Gabe für die zahlreichen Freunde des ersten sozialdemokratischen Reichsoberhauptes der deutschen Republik sein. Das Bild ist durch alle Buch- und Kunsthandlungen zu dem billigen Preis von 2,50 M. zu beziehen. Ferner ist eine Vorkugelausgabe mit Chinapapierauslage zum Preise von 5 M. erschienen.

Die „Wertfreude“ läßt Räte und Albert Baer mit ihren neuartigen Spielfiguren die biblischen Geschichten von Joseph und seinen Brüdern und Salomo und der Königin von Saba vorführen. Räte Baer hat für das Haus- und Kindertheater zweidimensionale „Marionetten“ verfertigt, die z. T. so fein sind, daß die Kinder sie wohl herzlich lieben werden. Die Werke dazu von Albert Baer werden auch — in ihrer schlichten Unbekümmtheit um Reim und Versmaß — Freude bereiten.

Leider hat die „Wertfreude“ nicht, wie sie es sonst beim Ausprobieren neuer Spiele tut, Kinder dazu geladen. Was hat's viel Wert, wenn wir die einfache Technik und Schönheit der Figuren bewundern oder uns an Mängeln stoßen — die für die's geschaffen, die Kinder, hätten zur Kritik kommen müssen und jubeln oder — gähnen.

Die Volkoper im Theater des Westens bringt Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr, die Oper „Rigdon“ zur Aufführung.

Ernst Friedrich heißt: Sonntag 3 Uhr im Rathaus Königsstraße den „Hilfemann“ von Ernst Toller und Eugen aus „Die Wandlung“.

Zum Ball der Karikaturisten anbei der Vorverkauf der ermäßigten Wette Samstag, den 6. Februar, 6 Uhr.

Ein Schffel-Moleum in Kocturche. Aus Anlaß des 100. Geburtstages Josephs Schffel wird am 12. Februar das vom Deutschen Schffel-Bund, Karlsruhe, eingerichtete und verwaltete Deutsche Schffel-Moleum in Angliederung an das Badische Landesmuseum im ehemaligen Schloss eröffnet. Wohlige Witter, der auch bei uns bekannte Maler und Zeichner, ist im Alter von 68 Jahren in Paris gestorben.

Ordensauszeichnung für einen russischen Gelehrten. Laut Bescheid des Zentralerziehungsausschusses der Russischen Sowjetrepublik ist dem Professor der Medizin an der Universität Saratow Alexander der Orden der Roten Arbeitshahn verliehen worden, und zwar für besondere Verdienste bei Bekämpfung von Epidemien und Seuchen. (Dieser Orden geht's also hier auch nicht.)

Die Ablenkungsoffensive.

Der Verteidiger Sendens und der Zeuge Goebel.

In der Mitteilung der Frau des zum Tode verurteilten ehemaligen Feldwebels Stein, von der auch wir Notiz genommen haben, war die Rede von dem früheren Unteroffizier Goebel, der über die Mitschuldhaftigkeit des Oberleutnants von Senden bestimmte Angaben gemacht haben sollte. Gegen diesen Goebel, der zwar von der politischen Polizei, aber nicht vom Gericht vernommen worden ist, beginnt nun das übliche Kesseltreiben in der Rechtspreffe. Hugenbergs „Nachtausgabe“ bringt unter der Ueberschrift „Kronzeuge Goebel festgenommen wegen versuchter Erpressung“ in Feilbrud die Meldung, daß Goebel beim Verteidiger Sendens Rechtsanwalt Bloch versucht habe, „sich seine Weisheit für 200 M. abkaufen zu lassen“. Rechtsanwalt Bloch habe die Kriminalpolizei verflucht und sei zum Schein auf das Anerbieten eingegangen. Als Goebel im Bureau des Rechtsanwalts verhandelt, ließ Bloch ihn verhaften und nach dem Polizeipräsidium bringen.

Die äußere Aufmachung dieser Sensationsmeldung läßt darauf schließen, daß es sich hier um eins der üblichen Ablenkungsmanöver handelt. Man spricht von dem „Kronzeugen“ Goebel, um die Aufmerksamkeit von Senden abzulenken. Goebel ist zwar auf Veranlassung Blochs in Haft genommen und von der Abteilung IA ebenso wie ein gewisser Schyra, der den Mittelsmann zwischen ihm und Bloch spielte, nach am Donnerstagsabend eingehend vernommen worden.

Sie hat, wie wir spät abends erfahren, mit der Freilassung Goebels und Schyras geendet, die übrigens gar nicht verhaftet, sondern nur auf die Anzeige des Dr. Bloch hin zur Klärung vorgeführt wurden. Die baldige Freilassung der Angeklagten beweist, daß sich für den Tatbestand eines Erpressungsversuchs Anhaltspunkte nicht ergeben haben.

Aber der „Kronzeuge“ Goebel ist gar kein Kronzeuge. Er hat in dem Wortprozess Panier gar keine Rolle gespielt, wenigstens geht das nicht aus der Urteilsbegründung hervor. Der Verdacht gegen den Kommandierenden des Döberitzer Regiments von Senden ist aus anderen Umständen der Genüge abzuleiten. Besonders ist bis heute noch nichts von der Staatsanwaltschaft unternommen, um die detaillierten Mitteilungen des „Berliner Tageblatts“ über die Beteiligung Sendens an der Befreiung Paniers und des Feldwebels Wilms auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen. Aber wenn auch alle diese positiven Behauptungen nicht vorlägen, so bliebe doch noch genügend an Verdachtsmomenten übrig. Wie sollte es möglich gewesen sein, daß aus dem Schwarzen Reichwehrlager in Döberitz einer nach dem anderen verschwindet, ohne daß der Kommandierende etwas davon erfährt? Wollte man dies Nichtwissen glauben, so müßte man annehmen, daß in den Schwarzen Reichwehrgarnisonen eine noch größere Rotterwirtschaft geherrscht habe, als wie sie tatsächlich vorhanden war. Aber schon in dem mecklenburgischen Fremdenmordprozess ist hinlänglich bewiesen worden, daß nicht nur der „Befehl ausgeführt“, sondern auch über die Ausführung der vorgelegten Stelle „dienstlich Bericht erstattet“ worden ist. Es liegt zum Greifen nahe, daß bei der strengen militärischen Ordnung, die auch in der Schwarzen Reichwehrgarnison herrschte, diese Gepflogenheit auch in Döberitz geübt wurde.

Allerdings wollen die zuständigen Stellen nachträglich nichts von der militärischen Organisation der Schwarzen Reichwehrgarnisonen. Ueber einen ganz besonderen Fall, der in das Treiben dieser schwarzen Organisationen bizarre hineinschneidet, erhalten wir folgende Mitteilung:

Ein Arbeiter Weyer in Frankfurt a. O. war am 4. Juni 1923 nach Rüstern gekommen, um dort in die Reichswehr aufgenommen zu werden. Er begab sich zunächst zur Kaserne des Pionierbataillons III in Rüstern. Dort wurde ihm in der Wachstube gesagt, er sollte zur Fahrbatterie III (Trainbataillon) in der Altstadt gegenüber dem Bahnhof Altstadt gehen. Dort war aber auch keine Stelle frei. Der Wachhabende der Fahrbatterie schickte ihn jedoch nach dem Zeughaus in der Altstadt. Dort wurde er auch richtig von einem Oberleutnant Knüppel eingestellt, nachdem er einen ausführlichen Fragebogen unterschrieben hatte. Er war der irrümlichen Meinung, nun tatsächlich Reichswehrmann zu sein. So täuschend ähnlich war die Uniform und das ganze Gehebe. Schon wenige Tage nach seinem Eintritt mußte er, eingekleidet in eine Uniform mit Schulterklappen und Regimentsnummer, Wachdienst leisten, ohne eigentlich militärisch ausgebildet zu sein. Am 30. Juni ging er auf einige Tage in Urlaub, kam am 3. Juli abends zurück und mußte sofort wieder Wachdienst leisten. Er nahm seinen Karabiner, den er vor seiner Abreise gereinigt hatte, ohne zu wissen, daß die Waffe inzwischen von einem anderen geladen war. Der Karabiner entzünd sich und Weyer erlitt einen Beinbruch, dessen Folgen ihn für die Dauer um 33 Proz. in der Ermerksfähigkeit verminderten. Weyer erhob nunmehr bei der Reichswehr Anspruch auf Schadenersatz. Die Reichswehr aber erklärte jetzt in einem Schreiben vom 25. Januar, Weyer sei gar nicht Soldat gewesen: „Er war lediglich als Arbeiter beschäftigt. Für den erlittenen Unfall ist daher die Reichsversicherungsordnung einschlägig. Das Reichswehrministerium wird hiernach in seiner Eigenschaft als Ausführungsbehörde über die Unfallfolgen nach diesem Gesetz bestimmen.“

Hier laßt also wieder die Geschichte von den „Arbeitskommandos“ auf, die ja auch in Döberitz herumgepöbel haben sollen. „Arbeitskommandos“ aber, die regelrecht mit Waffen ausgerüstet sind, die unter militärischer Führung stehen und mit Reichswehrstellen in so enger Verbindung arbeiten, wie das in Rüstern und Döberitz der Fall war, sind von ganz besonderer Art. Für diese „Arbeitskommandos“ und für das, was bei ihnen geschieht, tragen die Vorgesetzten die Verantwortung. Wer war also in Rüstern und wer in Döberitz Vorgesetzter? Wie konnte der Oberleutnant von Senden auf dem staatlichen Truppenlagerplatz Döberitz ein ganzes „Bataillon“ mit allen militärischen Einrichtungen unterhalten, ohne daß die Reichswehrstellen davon Kenntnis hatten? War er aber nicht nur eingebildeter, sondern tatsächlicher Leiter dieses militärischen „Arbeitskommandos“, so kann man nur einem deutschen Gericht einreden, daß er von den mehrfachen Mordtaten auf seinem Gebiet nichts erfahren haben sollte. Die Entlastungsoffensive der Hugenberg-Preffe für den Senden ist deshalb zwecklos.

Zusammenbruch der KPD.

10 Proz. sind geblieben — und die sind gespalten!

Schlimmer noch als mit der kommunistischen Partei in Deutschland steht es mit der kommunistischen Bewegung in Frankreich aus. Hier ist die Partei von über 150 000 Mitgliedern, die sie jahrelang zu zählen behauptete, auf 15 000 Mitglieder gesunken, d. h. praktisch, sie hat 90 Proz. ihres Bestandes verloren. Die unter dem Einfluß des Herrn Sinowjew organisierte „Bolschewisierung“ hat also mit einem fürchterlichen Fiasko geendet. Authentische Beweise dafür sind neuerdings von kommunistischer Seite selbst geliefert worden. Sie stammen von dem ehemaligen geistigen Führer der moskowskischen Elemente in Frankreich, dem Franzosen russischer Abstammung, Boris Souvarine, der bei der Spaltung des französischen

Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Der Entwurf vom Reichsrat genehmigt.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag mit dem von Reichsarbeitsminister vorgelegten Arbeitsgerichtsgesetz.

Der Zweck der Vorlage ist, eine allgemeine einheitliche Arbeitsgerichtsbarkeit für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen, an Stelle der gegenwärtig auf diesem Gebiet herrschenden großen Zersplitterung. In ganz Deutschland soll auch für Gemeinden, die weniger als 20 000 Einwohner haben, ein lückenloses Netz von Arbeitsgerichten geschaffen werden, und zwar von allgemeinen Arbeitsgerichten unter Befreiung der bisher bestehenden besonderen Gewerbegerichte, kaufmännischen Schiedsgerichte, Innungsschiedsgerichte usw. Die Arbeitsgerichte sollen für alle Arbeitnehmer zuständig sein, auch für solche, deren Einkommen über 5 000 M. hinausgeht. Alle Arbeitsstreitigkeiten in weitestem Umfang sollen von den Arbeitsgerichten entschieden werden, auch solche, die aus Tarifverträgen entspringen.

Der Aufbau der Arbeitsgerichte.

Während bisher die Gewerbegerichte usw. Einrichtungen der Gemeinden waren, sollen jetzt Einrichtungen der Länder und des Reiches geschaffen werden. Bisher bestand nur eine erste Instanz, von der unter Umständen an die ordentlichen Gerichte appelliert werden konnte. Jetzt werden drei Instanzen geschaffen: Arbeitsgerichte, möglichst für den Bezirk eines jeden Amtsgerichts, ein Landesarbeitsgericht für jedes Einzelland und schließlich ein Reichsarbeitsgericht. Während bisher die Berufung zulässig war bei Streitigkeiten, wo es sich um Werte von über 300 M. handelte, soll künftig die Berufung an höhere Instanzen auch zulässig sein, wenn der Streitgegenstand zwar weniger Wert hat als 300 M. (dreihundert Mark), aber ein Rechtsstreit von besonderer grundsätzlicher Bedeutung vorliegt. Neben der Berufung ist auch die Revision in dritter Instanz beim Reichsarbeitsgericht vorgesehen, die auch direkt vom Gericht erster Instanz an die dritte Instanz gehen kann, wenn beide Parteien darüber einig sind oder der Arbeitsminister es besonders bestimmt. Während bisher die Beisitzer für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte von den Interessenten gewählt wurden, soll künftig ihre Berufung durch die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden auf Grund von Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen erfolgen. Das Reichsarbeitsgericht ist als ein Teil des Reichsgerichts gedacht. Befehle werden sollen sämtliche Instanzen mit Richtern und mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die bei jedem er-

tennenden Gericht in der Einzahl verwendet werden sollen. Immer soll als Vorsitzender ein Richter vorhanden sein. Beim Reichsarbeitsgericht sind noch zwei richterliche Beisitzer vorgesehen.

Die Aufsichtsbezugnisse.

Zur Kostenfrage wurde mit überwiegender Mehrheit die Bestimmung aufgenommen, daß den Mehraufwand der Länder durch dieses Gesetz das Reich zu ersetzen habe. Von der Reichsregierung wurde das sehr lebhaft bekämpft. In einer weiteren Streitfrage, wie weit die Arbeitsgerichte als selbständige Gerichte eingerichtet werden sollen, ist es bei den Bestimmungen der Regierungsvorlage geblieben, ebenso hinsichtlich der Aufsichtsbezugnisse der Behörden. Die Vorlage überträgt die Aufgabe der Einrichtung der Arbeitsgerichte und die Aufsicht über diese den Justizbehörden im Einvernehmen mit den Sozialbehörden. Bezüglich Zulassung der Rechtsanwälte enthält die Regierungsvorlage die Bestimmung, daß diese in erster Instanz ausgeschlossen sein sollen, während beim Landesarbeitsgericht und beim Reichsarbeitsgericht der Rechtsanwaltszwang eingeführt wird. Die Ausschüsse des Reichsrats haben geglaubt, auch in erster Instanz, also bei den Arbeitsgerichten Rechtsanwältinnen zuzulassen zu sollen, wenn es sich um Streitigkeiten von einem Wert von mehr als dreihundert Mark handelt, in denen also Berufung zulässig ist. Bezüglich der Frage, wer der Vorsitzende der neuen Gerichte werden soll, blieb es bei den Bestimmungen der Regierungsvorlage. Diese sieht vor, daß es im allgemeinen der ordentliche Richter sein soll; neu mit dem Vorsitz dürfen nur Personen mit voller richterlicher Qualifikation betraut werden. Andererseits können als Vorsitzende solche Personen beibehalten werden, die bereits im Hauptamt Vorsitzende von Gewerbegerichten usw. waren, auch wenn sie keine richterliche Qualifikation besaßen.

Kein Fortschritt.

Der Reichstag wird die Vorlage einer eingehenden Prüfung unterziehen müssen. Die Unterstellung unter die Justizbehörden ist wohl die bedeutendste Bestimmung der Vorlage. Sehr bedenklich ist auch die Zulassung der Rechtsanwälte in erster Instanz, denn die Voraussetzung, daß der Streitgegenstand mindestens 300 Mark betragen müsse, wird praktisch nicht in Erscheinung treten. Ebenso verhält es sich mit der Berufung. Bedenklich ist auch die Herabsetzung der Zahl der Beisitzer. Das sind nur die wesentlichsten Punkte, die die Vorlage, trotz des Vorteils der Vereinheitlichung als einen schweren sozialen Rückschritt erscheinen lassen.

Labourpartys Adressantrag.

Verstaatlichung des Großgrundbesitzes gefordert.

London, 4. Februar. (M.B.) Im Unterhaus legte Snowden den Abänderungsantrag der Arbeiterpartei zur Antwort auf die Thronrede vor. In diesem Antrag wird das Fortdauern der Arbeitslosigkeit beklagt und nachdrücklich darauf hingewiesen, daß keine Besserung im Wirtschaftsleben eingetreten ist. Der Antrag verlangt eine vollständige Neuordnung von Industrie und Handel auf der Grundlage der Rationalisierung. Snowden verlangte in seiner Begründungsrede die Enteignung des Grundbesitzes zugunsten des Staates und gefehgeberische Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft.

Die Budapester Anklageschrift.

Die Spuren werden verwischt.

Budapest, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die jetzt erfolgte Veröffentlichung der Anklageschrift gegen die Banknotenfälscher wird in politischen Kreisen als die Antwort der Regierung auf das Verlangen Frankreichs nach Mitwirkung an der Untersuchung angesehen. Im übrigen demüßigt sich die Anklageschrift ängstlich, alle Spuren, die zu den wirklichen Hintermännern der Frankenfälschungen führen könnten, zu verwischen und auch den Ministerpräsidenten reinzuwaschen. Es wird z. B. versucht, unter anderem nachzuweisen, daß Graf Bethlen erst zwei Tage vor seiner Abreise nach Genf von den Fälschungen erfahren hat und dann sofort den Polizeipräsidenten zur Einleitung einer Untersuchung verständigen ließ.

Ein Abgedankter.

Hauptmann a. D. Hans Werner von Zengen hat nun dem Lummelpfad seines politischen Ehrgeizes Abschied genommen. Der Name dieses Mannes ist unseren Lesern noch in frischer Erinnerung. Er verdient darin festgehalten zu werden als ein Symbol deutscher Unternehmertreue und -wahrhaftigkeit. Zengen war rund vier Jahre Propagandachef in der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Dort vertrat er den Standpunkt der Arbeitgebergemeinschaft. Die Arbeit überließ er anderen. Er selbst konzentrierte seine Tätigkeit auf ausgiebige Weinstüßfahrten mit Personen, die er zum Mittel der Beeinflussung der Arbeiterpartei zu machen verstand. Die fürstlichen Speiserechnungen wurden von den Unternehmern gern bezahlt. Ein weiteres Gebiet seiner Tätigkeit waren die Besuche bei entkränkten Hauptern, als deren sozialpolitischer Berater er sich fühlte. Die einzige Erholung, die er sich von dieser und ähnlicher, immer sehr aufreibender Tätigkeit gönnte, bestand darin, das Geld der Vereinigung für korruptive Wochenfahrten für Arbeitgeber unter die Leute zu bringen. Erinnerung ist seine jarte Fürsorge für den Firmenrat, erinnertlich sind auch die Geldsummen an den Christlichen Landarbeiterverband, die, wie jetzt feststeht, sogar bis in die Hände des Fremdenordens Schulz gelangten. Man begriff es, wenn Herr v. Zengen mit einem Gefühl von Wehmut von dem Feld seiner ebenso anstrengenden wie kostspieligen Tätigkeit scheidet. Der Öffentlichkeit gegenüber tut er so, als ginge er freiwillig. Eingeweichte wissen jedoch, daß dieses „freiwilligen“ Abgangs eine disziplinarische Untersuchung innerhalb der Vereinigung vorausgegangen war. Natürlich bezichtigt Herr v. Zengen alle Leute, die über ihn die Wahrheit sagen, der Verleumdung, der Heße und der Antrigmardel. Ein echter deutscher Edelmann, ist er jedoch vorsichtig genug, diese Erklärung nur an seine wirklichen Freunde zu adressieren und seine Verleumder nicht bei Namen zu nennen. Denn jede gerichtliche Klage ist ihm eine unehonorige Sache. Nun wird er „einsamer“ Fabrikant und arbeitet in Chiffriermaschinen. Unterdessen, die nicht wissen, was das ist, sei gesagt, daß das die maschinelle Form ist, andere Dinge zu Papier zu bringen, als man wirklich meint. Nach allem, was er bisher getan, darf man für Herrn v. Zengen auf diesem Gebiete eine große Zukunft voraussetzen. Daß er überdies öffentlich erklärt, er würde nun auch arbeiten, das ist ein rühmensewerter Abgang für einen Menschen, der seit vier Jahren mit allen Mitteln, auch denen der niedrigsten Propaganda die Förderung an andere gestellt und vertreten hat, sie sollten mehr arbeiten und weniger verbrauchen.

Bayern und Horthy-Ungarn.

Ein Münchener Dementi.

München, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Gegenüber den Mitteilungen über gewisse bayerisch-ungarische Zusammenhänge in der Frankenfälscheraffäre erklärt das bayerische Innenministerium, daß sich für die bayerischen Polizeibehörden bisher noch keine Richtung hin Anhaltspunkte für die Tatsache solcher Zusammenhänge ergeben hätten. Die Polizei habe auch keine Unterlagen dafür, daß am 10. Januar in München beim Extronprinzen Rupprecht eine Geheimkonferenz stattgefunden hat, an der u. a. auch der ungarische Monarchist Graf Andrássy teilgenommen habe.

Belgischer Generalkonsul ist, als Nachfolger des kürzlich zurückgetretenen Generals Roglafe, General de Bonaeville. Nach zweitägigem Kammertag der Liberalen und Konserverativen gegen die demokratische Seerechtsreform wurde der Regierung ein Vertrauensvotum mit 105 gegen 50 Stimmen erteilt.

Die Reichsbahngesellschaft pfeift auf das Gesetz.

Sie tut was sie will. — Herr Defer verteidigt sich.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft teilt mit: Der Schiedspruch vom 29. Dezember 1925 enthielt neben der Auflage der allgemeinen Lohnerhöhung für die Deutsche Reichsbahngesellschaft die Verpflichtung, Lohnunterschiede wesentlicher Art gegenüber der Privatindustrie zugunsten der Reichsbahnarbeiter örtlich auszugleichen. Zu diesem Ausgleich hat sich die Reichsbahngesellschaft von jeher bereit erklärt. Sie hat auch an dieser Bereitwilligkeit festgehalten, obwohl sie den Schiedspruch als Ganzes nicht durchführen konnte und zur Anrufung des Reichsbahngerichts gezwungen (?) war.

In der Bepfändung, die über den örtlichen Ausgleich mit den Tarifgewerkschaften stattfand, verlangten diese, daß der Nachprüfung der Ortszulagen die im Schiedspruch festgelegten Tariflöhne zugrundegelegt werden sollten. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft konnte dagegen vor Austragung des schwebenden Rechtsstreits folgerichtig als Verhandlungsgrundlagen nur die jetzt geltenden Löhne anerkennen. Sie mußte dabei aber den Gewerkschaften keineswegs einen Verzicht auf ihren Rechtsstandpunkt zu.

Obwohl somit rechtlich einwandfreie Grundlagen für die Vereinbarung der Ortszulagen mit den Tarifgewerkschaften gegeben waren, haben diese an ihrer Auffassung festgehalten. Um unter diesen mehr oder weniger doch rein theoretischen Meinungsverschiedenheiten die Arbeiter, denen örtliche Lohnerhöhungen guttätig werden sollten, nicht leiden zu lassen, wird die Deutsche Reichsbahngesellschaft nunmehr von sich aus die Nachprüfung vornehmen und die danach notwendigen Erhöhungen schleunigst anordnen.

Mit dieser Rundgebung, die keinerlei neue Tatsachen enthält, will die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft offensichtlich nur zum Ausdruck bringen, daß sie auf die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums pfeift und daß ihr die einmütige Verurteilung ihrer Personalpolitik durch den Reichstag schnuppe ist. Die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft erklärt, sie mache „von sich aus“, was sie wolle.

Es braucht wohl nicht erst unterfirtich werden, daß die mit felter Konsequenz durchgeführte Mißachtung der deutschen Gesetze durch die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft diese zu einer öffentlichen Gefahr werden läßt. Seit Jahr und Tag hat der „Vorwärts“ auf die Mißwirtschaft der Reichsbahngesellschaft hingewiesen. Wir haben den Skandal der Korruptionszulagen, der krankhaften Verschwendungssucht gegenüber dem leitenden Personal, das man zu Reparationsgewinnern gemacht hat, hingewiesen. Im krassem Gegensatz dazu steht die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Reichsbahngesellschaft.

In den letzten Monaten sind im Reichsarbeitsministerium zwei Schiedsprüche gefällt worden, wovon der letzte vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärt wurde. Diese Schiedsprüche gewährten den Eisenbahnern fast lächerlich anmutende geringfügige Lohnerhöhungen. Die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft hat weder den ersten Schiedspruch erfüllt, noch will sie die Verbindlichkeit des zweiten Schiedspruchs anerkennen. Die deutsche Gesetzgebung, erklärt die Reichsbahngesellschaft, ist für sie nicht maßgebend.

Am Reichstag wird es nun liegen, den offenbar von Größenwahn besessenen Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft zur Reize zu bringen, wenn man die Eisenbahner nicht zwingen will, zur Selbsthilfe zu greifen.

Herr Defer verteidigt sich.

Der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft hat sich von einem Vertreter des Wolff-Bureaus interviewen lassen, um sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen, die im Haushaltsausschuß des Reichstages gegen die Personalpolitik der Reichsbahngesellschaft erhoben wurden.

Zunächst geht Herr Defer auf die Geschichte des Zustandekommens des Reichsbahngesetzes ein und hebt verschiedene Punkte

hervor, wo eine Verringerung zugunsten der Deutschen Reichsbahn gegenüber dem ursprünglichen Dawes-Plan erreicht worden sei. Entgegen dem Gutachten sei, sagt Herr Defer, das Berufsbeamtentum aufrechterhalten worden. Herr Defer hätte aber hinzufügen müssen, daß die Reichsbahngesellschaft systematisch dieses Berufsbeamtentum abgebaut hat und noch weiter abbaut.

Wenn Herr Defer weiter anführt, daß die Aufsichtsrechte der Reichsregierung erheblich erweitert worden seien, so paßt das merkwürdig zu dem kompetenzkonflikthaltigen Schiedspruches erhoben hat. Herr Defer sagt dann:

„Die finanziellen Lasten bestimmen maßgebend die Tarif- und Personalpolitik. Wenn Gedulderluß vorhanden ist, wird ein Personal stets zufrieden sein. Wenn wenig Geld zur Verfügung steht wie gegenwärtig, ist eine Spannung zwischen Personal und Verwaltung fast unvermeidlich. Ich bemühe mich dauernd, alle irgendwie strittigen Fragen mit der Aufsichtsinstanz, dem Reichsverkehrsminister, auf gutlichem Wege ins Reine zu bringen. Es gibt naturgemäß Fragen prinzipieller Natur, bei denen dies nicht möglich zu sein scheint. Eine solche Frage ist auch die der Leistungszulagen. Diese umfassen Leistungszulagen, die im Jahre 1925 in Höhe von insgesamt 20 Millionen verausgabt worden sind und etwa in Höhe von 22 Millionen Mark für das Jahr 1926 vorgesehen sind, machen etwa 2 Proz. der über eine Milliarde betragenden Beamtensolden aus.“

Dazu ist zu bemerken, daß die Reichsbahngesellschaft, über deren gegenwärtige finanzielle Lage kein Reich außerhalb der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft in Deutschland genau Bescheid weiß, sich der noch so geringfügigen Lohnerhöhung widersetzt, als sie nach ihrem eigenen Eingeständnis sich in einer ausgezeichneten finanziellen Lage befindet. Was die Leistungszulagen betrifft, so kommt es sehr darauf an, wer sie bekommt und wie sie verteilt werden.

Herr Defer wendet sich dann gegen die „Gerüchte“ über die Gehälter der leitenden Beamten. Es handle sich um nur etwa hundert leitende Beamte bei einer Gesamtzahl von 329 000 Beamten. Es ist bedauerlich, daß Herr Defer nicht begreift, wie sehr die Knickrigkeit gegenüber der Masse der Eisenbahner abstricht gegenüber der Liberalität, die man den leitenden Beamten gegenüber zeigt.

Zu den Vorwürfen über die Verschwendungssucht der Verwaltung sagt Herr Defer, daß eine gewisse Repräsentationspflicht auch im Interesse der Deutschen Reichsbahngesellschaft notwendig ist. Wir sind der Meinung, daß die Reichsbahn als Reparationspfand verpflichtet ist, dem Ausland gegenüber die Notlage zu repräsentieren, in der sich das deutsche Volk durch die Reparationslasten befindet. Die Aufwendungen, die für leitende Beamte bei der Reichsbahn gemacht werden, müssen jedoch den gegenteiligen Eindruck erwecken.

Herr Defer behauptet dann, daß durch Reichstagsbeschluß und Schiedspruch im Laufe des letzten Geschäftsjahres der Reichsbahn eine Mehrausgabe von 280 Millionen auferlegt worden sei. Herr Defer gibt nicht die geringste Unterlage für diese geradezu verblüffende Behauptung. Wir fordern Herrn Defer auf, den Nachweis zu erbringen, daß im letzten Geschäftsjahr durch Schiedspruch und Reichstagsbeschluß neue Personalausgaben von 280 Millionen der Reichsbahn auferlegt worden sind.

Wenn Herr Defer schließlich sagt, daß der von der Reichsbahngesellschaft prozotierte Streikfall im geeigneten Moment komme, weil ja die Lohnaufbesserung nur eine geringfügige sei, dann müssen wir schon sagen, daß wir für eine derartige Logik kein Verständnis aufbringen.

Der Kampf im Karosseriegewerbe geht weiter.

Am Sonnabend wurde auf Einladung des Schlichters von Groß-Berlin über den Konflikt in der Karosseriebranche erneut verhandelt. Den Bemühungen des Schlichters ist es nicht gelungen, die Unternehmer zur Annahme des Schiedspruches vom

16. Dezember zu bewegen. Die Unternehmer betonen, wie bei jeder Verhandlung, daß für die Karosseriebranche die bisherigen Löhne, die der Schiedspruch unverändert ließ, nicht tragbar seien. Sie führten weiter aus, daß sie bei diesen Löhnen nicht imstande seien, mit der amerikanischen Automobilindustrie zu konkurrieren, die ihre Produkte auf dem deutschen Markt viel billiger anbiete.

Sie verweisen dabei aber ganz, daß die amerikanische Automobilindustrie ihnen nicht durch Lohnrückerei überlegen ist, sondern drei bis viermal höhere Löhne zahlt. Die Konkurrenzschwäche der deutschen Automobilindustrie kann nicht durch niedrige Löhne behoben werden. Die Löhne müssen vielmehr so hoch sein, um einen Ansporn zu bilden, die betriebstechnische Rückständigkeit der deutschen Industrie zu überwinden. Zu dieser Einsicht können sich unsere Unternehmer leider noch immer nicht aufschwingen.

Der Schlichter kam nach vierstündiger Verhandlung zu folgendem Vergleichsvorschlag: Der Tariflohn beträgt vom Tage der Arbeitsaufnahme 98 Pf., die Tarifbasis 93 Pf. Die Löhne der übrigen Gruppen bleiben im bisherigen Verhältnis. Die Kündigung des Mantelvertrages wird vom Arbeitgeberverband zurückgenommen. Der Tarifvertrag verlängert sich damit im Sinne der Bestimmungen des § 11 des Vertrages. Die Kündigungsfrist des Lohnabkommens beträgt vier Wochen zum Schluß einer Lohnwoche. Die Einstellung der bisher beschäftigten Arbeiter erfolgt nach Maßgabe der Beschäftigungsmöglichkeit. Maßregelungen finden nicht statt. Die Einstellung bisher nichtbeschäftigter Arbeiter (Betriebsrentner) findet bis zum 15. März 1926 nicht statt, sofern bisher beschäftigte Arbeiter noch arbeitslos sind. Das Aussehen der Arbeit gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Erklärungsfrist bis Dienstag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr.

Eine Funktionärskonferenz nahm am Montag zu dem Vergleichsvorschlag Stellung und beschloß, der Vollversammlung die Ablehnung zu empfehlen. Die Vollversammlung der Karosseriearbeiter beschloß sich am gleichen Tage mit dem Vergleichsvorschlag und beschloß, über seine Annahme oder Ablehnung betriebsweise abstimmen zu lassen.

Der Vergleichsvorschlag wurde abgelehnt und die Weiterführung des Kampfes beschlossen.

Zur Linderung der Not der älteren Angestellten.

Im Umerausschuß des Reichswirtschaftsrates wurde am Donnerstag zugunsten der älteren Angestellten folgender einstimmig gefaßte Beschluß angenommen:

1. Dem Sozialpolitischen Ausschuss eine Reklamepflicht an öffentliche und nicht gewerbmäßige Arbeitsnachweise aller mit Angestellten zu besetzenden Stellen vorzuschlagen, um eine bevorzugte Unterbringung älterer Kräfte zu erreichen.
2. Die Ausdehnung der Kündigungsfrist für ältere Angestellte für Betriebe mit mehr als 5 Angestellten auf mindestens drei Monate zum Schluß eines Kalendermonats zu fordern.
3. Die Arbeitsnachweise anzuhalten, die Bewerbungen solcher Angestellter, die mehr als drei Monate stellungslos sind, den verschiedenen sozialen Fürsorgeeinrichtungen (Wohlfahrtsämtern usw.) unter Schilderung der Notlage zur besonderen Berücksichtigung zu empfehlen.

Siemens-Schuckert, Rebellerei! Heute nachmittags 3 Uhr im Schauspielhaus Hermann-Saal die öffentliche Besprechung aller G.D.-Genossen. Der Reichswirtschaftsrat.

Reichswirtschaftsrat des Maschinen- und Metallgewerkschaften. Generalkonferenz heute, Freitag, abends 6 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Gröblich u. 24-25. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bezirk 18, Weiskopf. Die am Freitag, den 20. Januar, verordnete Besatzungsaktion des 18. Bezirks findet heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr im Schauspielhaus „Grüner Baum“, Weiskopf, Berliner Allee, statt. Ohne Verbotsbuch kein Eintritt. Die Besatzungsaktion.

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Frisches Fleisch

Kalbshamm Brust u. Rücken Pfund 70 Pf.
Hammelvorderfleisch Pfund 78 Pf.
Kammerrücken Pfund 80 Pf.
Schweinebauch und Rücken mit Dig. Pfund 98 Pf.
Schweineblatt u. Kamm Pfund 105 Pf.
Kaßler Rippsteer Pfund 125 Pf.
Lieser Pfund 95 Pf.

Prima Geflügel

Rinderkamm u. Brust Pfund 52 Pf.

Wild u. Geflügel

Hasen gebrüht u. ausgewaschen, Pfd. 85 Pf. 98 Pf.
Mirsch- Ragout, Pfd. 40 Pf. Blätter, Pfund 78 Pf.
Brat- u. Suppenhühner Pfd. 120 145

Eß- u. Koch- äpfel Pfund 10 Pf.
Tafeläpfel Pfund 25 Pf.
Schön- v. Boskoop 30 Pf.
Feigen Pfund 25 Pf.
Mandarinen Pfund 30 Pf.
Apfelsinen Dubend 35 Pf. 75, 55.

Tafeläpfel halbfornische Pfd. 45 Pf. 48 Pfund brutto 15 25

Romatour 20 Pf.
Limburger 65 Pf.
Gouda 68 Pf.
Camembert vollreif 85 Pf.
Tilsiter Pfund 78 Pf. 115

Braten- schmalz Pfd. 92 Pf.
Margarine Pfund 58 Pf.
Moikorei-Butter 92, 98 Pf.
Tafelbutter Pfund 204

Billigste Lebensmittel

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat. Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

Kakao stark entölt, 1/2-Pfd.-Pak. 17 Pf.

Borkenschokolade Karton 5.5 Pf. 30 Pf.
Prallnbroten 100 Gr.-Stück 35 300 Gr. 70 Pf.
Blockschokolade (Glanzhalt) Pfund 1 M

Bäcklinge 24 Pf.

große Letta, Pfd. 135 Pf.
Fludern geräuchert Pfund 38 Pf.
Sprotten Kleie 44 Pf. Pfund 42 Pf.
Fleckerlinge Pfund 43 Pf.

W Wein

Edelapfelwein 65 Pf.
1924 Wollsteiner 80 Pf.
1923 Meenicher 90 Pf.
Brünnchen 90 Pf.
1924 Niersteiner 130 Pf.
1922 Trittenheimer 130 Pf.
Saarley 130 Pf.
1921 Oppenheimer 130 Pf.
Krüttenbrunnen 2 M

W Wein vom Faß:

1924 Wollsteiner Berg milder Tischwein . . 1,15
Roter Johannisbeerwein süß 1,15
Spanischer Rotwein „Rioja Claret“ 1,40
Tarragona Lohfarben süß, voll 1,60
Griechischer Muskat sehr süß und würzig . . 2,20
Malaga Dunkel 2,20
Weinbrand „Drei Kronen“ 4,50

Fische

Grüne Heringe große 5 Pfund 55 Pf.
Bratschollen Pfund 12 Pf. 20 Pf.
Schellfische Pfund 20 Pf. 25 Pf.
Dorsche ohne Kopf Pfund 22 Pf.
Robarse ganze Fische Pfund 26 Pf.
Kabeljau ohne Kopf Pfund 28 Pf.
Lachs gefroren, 1 Ganz- Pfund 75 Pf. 1 Auschnitt Pfund 1 M
Zander Pfund 90 Pf.
Lebende Bleie Pfund 40 Pf.
Lebende Hechte Pfund 110 145
Lebende Karpfen Pfund 120

Konserven

Schnitt- u. Brechbohnen 68 Pf.
Stang-Bohnen 1 M
Rosenkohl 1 M
Spinat 50 Pf.
Junge Erbsen 65 Pf.
Jg. Erbsen mittelfein 80 Pf.
Pfefferlinge 105 Pf.
Stangenspargel extra stark (1/2 Dose 1 80) 345
Apfelmus 58 Pf.

Pflaumen mit ohne Stein 80 Pf. 65 Pf.
Mirabellen 105 Pf.
Birnen halbe Frucht . . 105 Pf.
Preiselbeeren 1/2 D. 19 Pf. 5 Pf. Dose 210 90 Pf.
Rindfleisch ohne Knochen, 2 Pfd.-Dose 125 Pf.
Goulasch aus Wind- u. Schweinefleisch, 1 Pfd.-D. 63 Pf. 2 Pfd.-Dose 85 Pf.
Leberwurst Dose 85 Pf.

Konfitüren Pfäunen 50 Pf. 1 Pfd.-Dose 90 Pf.
Orangen, Johannis- beer, 1 Pfd.-Dose 110 Pf.
Kirschen, Himbeer, Aprikosen, 2 Pfd.-Dose 140 Pf.

Frisch gebrannter Kaffee aus eigener Rösterei „Konsum“ Pfd. 240 „Haushalt“ Pfd. 280

Abteilung Frische Blumen

Holländ. Hyazinthenzwiebeln Stück 10, 18, 25 Pf.

Blühende Primeln Topf 30, 50 Pf.
Blühende Tulpen Topf 3 St. 65 Pf.
Blühende Hyazinthen Topf 70 Pf.

Deutschnationale Chefschneider.

Der Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Max Weiß, hatte vor der Reichstagswahl in einer vertraulichen Sitzung der Deutschnationalen Volkspartei erklärt, daß er gegen die Sozialdemokratie „hundsgeime Flugschläger“ herausbringen wolle. Ein Mann — ein Wort, Rufführer sind seine Gewöhnmänner zuverlässige Leute, absolut zuverlässige. Da gab nun die Schriftvertriebsstelle der Partei eine Wahlproklamation heraus: „Republikanische Musterbeute“. Auf Seite 7 dieser Flugschrift konnte man lesen: „Guste, Feuerwerksleutnant, Detektor, Strafantrag wegen Hochverrats, Soldatenrat in Essen, Landrat in Rerfeldburg.“ Was kann aber der Hauptgeschäftsführer Herr Weiß dafür — der absolut zuverlässige Gewährsmann war ein hoher Beamter. Er hatte seine Wissenschaft aus der „Deutschen Zeitung“, nachprüfen? Wo? Verleumdungen — darauf kommt es ja den Herren allein an. Genosse Guste forderte von der Staatsanwaltschaft, daß Klage erhoben werde, damit er als Lebenszeuge zu seinem Rechte komme. Nach vergeblichem Bemühen stand schließlich die Sache nach neun Monaten vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zur Verhandlung. Herr Dr. Max Weiß verteidigte sich: „Mein Name ist Hale, ich weiß von nichts. Habe nichts gelesen, kann auch unmöglich während der Wahl alle Flugschriften nachlesen.“ Wahrheitsbeweis wird nicht angetreten. Der Tatbestand der Verleumdung ist somit zugegeben. Was hat aber Herr Weiß getan, um die Verleumdung der Broschüre zu verhindern, nachdem er bereits in der Sache vernommen worden war? Hat er etwa die Anordnung gegeben, die Broschüre zu vernichten oder die fragliche Stelle zu verkleben? Keine Idee! Für jeden Fall wurde die Flugschrift aufbewahrt. Und als die Provingiolandtagswahlen in Rerfeldburg kamen, da wurde dem Genossen Guste aus neue die Verleumdung entgegengehalten. Da machte Guste folgendes, um sich zu vergewissern, ob die Broschüre noch weiter verbreitet wird. Er bestellte durch einen Gewährsmann in der Buchhandlung Stolberg fünf Exemplare der Broschüre. Und siehe da: prompt erhält die Buchhandlung von der Vertriebsstelle der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin die Broschüren. Herr Dr. Max Weiß erklärt aber, es sei gegen seine Anordnung geschehen. Der Staatsanwalt meinte mit Recht, daß jedenfalls doch eine Fahrlässigkeit dabei mit im Spiele gewesen sei. Die Verhandlung wurde vorläufig vertagt, damit ein Angehöriger der Schriftvertriebsstelle der Deutschnationalen Volkspartei vernommen werden könne, ob Herr Weiß wirklich die Anordnung getroffen habe, die Broschüren nicht mehr zu veröffentlichen. — Der Zeuge mag aussagen, was er will, die bewusste Übelthat der Chefschneidererei bleibt bestehen — ganz im Geiste der Deutschnationalen Volkspartei.

Der Bartels-Prozess.

Herr Rinzer — der Kronzeuge.

Das Gericht hat sich eine zweitägige Kampfpause gegönnt. Dann geht Bartels Kampf um Freiheit und Ehre weiter. Seine persönliche Freiheit wird ihm vielleicht bleiben, seine Beamtenrechte ist aufs äußerste gefährdet. Sie sah es schon früher. Aber erst der Zeuge Rinzer hat die Gefahr in handgreifliche Nähe gerückt. Dieser Rinzer! Er durchbrach die Einigkeit der Gerichtsverhandlung. Leidenschaftlichkeiten auf, Aufstrebendammisellektischen durch den Saal, selbst die Öffentlichkeit mußte wegen Gefährdung der Sittlichkeit ausgeschlossen werden. Und in diese Eiferfuchtelien, Romane, in diesem Klatsch und Tratsch spielte immer wieder der Name des hohen Beamten Bartels hinein. Holzmann verlangt von ihm Rinzers Ausweisung, weil dieser ihm die Bglusta abspenstig machte. Frau Holzmann bestürmte ihn, die Bglusta auszuweisen, weil sie ihr den Mann abspenstig machte. Eine wichtige Situation für den Leiter des Fremdenamtes, ein Tanz auf dem Seil. Was Wunder, daß man hinabgleiten und sich den Kopf brechen konnte! — Rinzer konnte Holzmann seit Charlott. Er traf ihn in Konstantinopol, später in Berlin und stieß hier hart mit ihm zusammen. Gefühlsdifferenzen führten zu Oberlegen. Das alles über löste nicht ihre Beziehungen. Gefühlsdifferenzen und Weiberhosen aber machten endlich doch zu bittersten Feinden. Holzmann spielte gegen Rinzer seinen Haupttrumpf aus: Bartels! Der Schloßtruf lautete: Rinzer habe in Charlott zwei Deutsche erschossen. Die Verleumdung kam Rinzer zu Ohren. Er forderte Holzmann auf, mit ihm zusammen zu Bartels zu fahren. Der aber dachte nicht daran. Rinzer kämpfte um sein Recht, in Deutschland zu bleiben. Er versuchte, Bartels Vertrauen zu Holzmann zu erschüttern. Er läßt ihm russische Zeitungen vorlegen, in denen Holzmann als Rührlischer gebrandmarkt wird. Es hilft nichts. Er läuft zu Bartels persönlich und wirft ihm Bestechlichkeit vor. Vergeblich; er wird ausgewiesen. In den Akten des Fremdenamtes, die Rinzer betreffen, ist sein Aufenthaltserlaubnisgesuch, das er von Paris aus eingeleitet hat, nicht erledigt worden. Weshalb? Bartels meinte, es müsse Schuld seiner Untergebenen gemessen sein. Rinzers Zeugenschaft wird durch die Aussagen anderer Zeugen durchleuchtet werden müssen. Ihn erfüllt ein unbegreiflicher Haß gegen Bartels. Jahn Jahre Gefängnis hat er prophesiert. Noch vor einigen Tagen sprach er, Schaum auf den Lippen, über die Ungerechtigkeit, die ihm widerfahren sei. Als dieser ihm im Gerichtssaal Lügen vorwarf, antwortete er: „Ich heiße Rinzer, nicht Bartels.“ Aber die russische Jengin Luft nannte wiederum im Gerichtssaal Rinzer einen Lügner. — Sonst gab es wenig von Bedeutung während der letzten Prozesstage. Das Ende ist noch nicht abzusehen. Auch Frau Bartels und der französische Konsul Pingaud, der sich in Argentinien aufhält, sollen verhört werden. Ein anderer Zeuge befindet sich in Albanien. Das Gericht wird eine schwere Aufgabe zu tun haben. Es wird nicht leicht sein, den Tatbestand der Bestechung nachzuweisen, um so leichter aber einen gewissen Defekt im sittlichen und seelischen Zustand des ehemaligen Leiters des Berliner Fremdenamtes.

Gegen die Autosteuer.

Die Organisationen der Berliner Kraftfahrersführer hatten gestern zusammen mit privaten Kraftwagenbesitzern und führten und zahlreichen anderen Verbänden eine Demonstrationserklärung gegen die bevorstehende Berliner Autosteuer im großen Saal der Philharmonie einbringen. In der Hauptsache zielen die Ausführungen darauf hin, daß eine neue steuerliche Belastung der Autoindustrie in dieser schwierigen geschäftlichen Situation den Tod der gesamten Industrie bedeute, besonders aber des kleinen Kraftfahrzeuggewerbes, das bei den herabgesetzten Löhnen und der verhältnismäßig geringen Nachfrage bereits schwer genug zu kämpfen habe. Im Grunde sei die Steuer als Wegabgabe gedacht, aber Automobile mit Aufstößen nützen nicht derart die Straßen, daß sie einer besonderen Besteuerung unterliegen. Es bedeute einen absolut unhaltbaren Zustand, daß es durch den Ministerialerlass vom Jahre 1923 allen Landkreisen und Stadterwaltungen erlaubt sei, eine Steuer für Kraftwagen in willkürlicher Höhe zu erheben. Das sei eine Wiederbelebung vormärzlicher Zustände und verteuere eine Automobilreise durch Deutschland derart, daß niemand sie sich leisten könne. Notwendig sei eine einheitliche Reichsteuer. Am Schluß nahm die Versammlung eine Resolution an, nach der der Wunsch ausgesprochen wird, die neue Steuer hinauszuschieben, bis die Reichsregierung eine gesetzliche Regelung angekündigt hätte; eine Novelle läge bereits vor.

Oplex des Berufs. Gestern nachmittag gegen 5 Uhr war ein Löschar der Feuerwehr damit beschäftigt, aus der in der Fischerstraße 87/88 gelegenen alten Feuerwache morsche Balken und Fußböden herauszureißen und abzutragen. Ein Teil davon wurde auf einen breiten Balken befördert und von dort aus in die Tiefe gelassen. Hierbei stürzte sich der Feuerwehrmann Pflaum gegen das morsche Geländer und brach durch. Pflaum stürzte ab und zog sich einen Schädelbruch zu. Der Verunglückte wurde nach der Infallklinik in der Siegelstraße gebracht.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 5. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4.30—6 Uhr nachm.: Konzert. 6.45 Uhr abends: Oberregierungsrat Dr. Erich Heise: „Die Tollwut, ihre Bedeutung und ihre Bekämpfung“. 7.15 Uhr abends: Dr. Georg Zehden: „Brunnenkuren im Hause“. 7.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulcourse). Abteilung Photochemie. Geh. Reg.-Rat Dr. A. Mieth: „Ziele und Wege der Naturfarbentherapie“. Die Grundlagen der Dreifarbenverfahren“. 8.30—10 Uhr abends: Abendunterhaltung. 1. Auber: Ouvertüre „Fra Diavolo“ (Berliner Funkkapelle). Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 2. a) Hildaeb: Der Spielmann (mit obligater Violine) (H. Schmidt). b) Gumperts: O bit' such, liebe Vögelein (R. Prutz) (Edith Bach, Sopran). N. R. Prosser: a) Heimkehr des Schiffbrüchigen. b) Eins sei dein Trost. c) Weh! dem. d) Coeur-Dame (Eugen Burr, Rezitation). 4. a) Levi: Der letzte Gruß (Eichendorff). b) Doebber: Man glaubt es kaum (Vischer). c) Doebber: Fahrender Sänger (Marschall) (Hardy von François, Bariton). 5. Spoliansky: Morobium, Valse Boston (Berliner Funkkapelle). 6. a) Warlamoff: Der rote Sarafan (russisches Volkslied). b) Woyna: Hans und Liesel (Dichter unbekannt). c) Cluam: Negerweisenlied (Hanson) (Edith Bach). 7. R. Prosser: Die schöne Dorothee. b) Ein nader Rubens. c) Die Tante sagt. d) Die Ahnengalerie (Eugen Burr). 8. a) Mander: Mädel, bleib' immer bei mir (Mander). b) Spoliansky: Zwei, die voneinander träumen (Rillo). c) Brüll: Sechse, sieben oder acht (Jakobowski) (Hardy von François). 9. Friml: Chansonette. Foxtrot (Berliner Funkkapelle). (Am Flügel: Prof. Oskar Wappenschmitt. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmkinder. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik (Rapée Jazzinfoniker, Dirigent: Ernst Rapée).

Königswusterhausen, Freitag, den 5. Februar.

3—3.30 Uhr nachm.: Dramaturg H. Römer: Praktische Übungen für gesundheitliches, konsentriertes und beseliges Sprechen. 3.30—4 Uhr nachm.: Fran Mathes Wimmermark: Schwedisch für Anfänger. 4—4.30 Uhr nachm.: Einzelsprecher. 4.30 bis 5 Uhr nachm.: Prl. Margot Gruppe: Die Frau als Pflegerin häuslicher Kunst. 7.30—7.40 Uhr abends: Ministerialdirektor Prof. Dr. Dietrich: Begründung und Bedeutung des Rundfunks für die hygienische Volksbelehrung. 7.40—8.05 Uhr abends: Ministerialrat Dr. Thiele-Dresden: „Die Ziele der hygienischen Volksbelehrung“. 8.05—8.15 Uhr abends: Prof. Dr. Adam: „Die Reichsgesundheitswoche“.

Das Große Schauspielhaus als Rundfunk-Theater!

Die Berliner Funktunde hat Verhandlungen eingeleitet, die auf eine Pachtung des „Großen Schauspielhauses“ abzielen, um sich so ein eigenes Rundfunk-Theater zu schaffen. Im „Großen Schauspielhaus“ sollen vornehmlich von Mitte Mai ab, Bühnenvorstellungen veranstaltet werden, deren „Premiere“ übertragen wird. Dieses Sendespiel ist dann gleichzeitig als Werbung für die Wiederholungen der Aufführungen gedacht, die eine Woche lang fortgesetzt werden sollen. Den Rundfunkteilnehmern sollen die Plätze zu einem Durchschnittspreis von etwa 2 Mark zur Verfügung gestellt werden. Als Leiter dieser neuen „Hör-Schau-Bühne“ soll — dem „Fun!“ zufolge — Direktor Rosen in Aussicht genommen. Verhandlungen über eine gemeinsame Zusammenarbeit mit den Staatstheatern sollen gleichfalls im Gange sein.

Lastauto und Straßenbahn. In einem schweren Verkehrsunfall kam es gestern nachm. um 5 1/2 Uhr an der Göden-Edel-Kulmstraße. Ein Lastkraftwagen mit Anhänger der Firma Goldader fuhr gegen einen Straßenbahnzug der Linie 8 und warf den Friedwagen und Anhänger aus den Schienen. Der Anhänger kam quer über die Geleise zu liegen. Sämtliche Scheiben gingen in Trümmer. Das Auto und der Straßenbahnwagen wurden sehr schwer beschädigt. Trotz des überaus starken Zusammenstoßes wurden glücklicherweise nur wenige Personen verletzt: der Mittfahrer des Lastwagens Franz Kopp, 58 Jahre alt, erlitt schwere Kopfverletzungen und wurde mit einem Wagen des Städtischen Rettungsdienstes in das Elisabethkrankenhaus geschafft. Zwei Fahrgäste erlitten leichtere Verletzungen. Die Feuerwehr, die an die Unfallstelle alarmiert worden war, nahm die Aufräumungsarbeiten vor und brachte die entgleisten Wagen in die Schienen, die infolge der starken Beschädigungen aus dem Verkehr gezogen werden mußten. Durch den Vorfall trat eine sehr empfindliche Verkehrsbehinderung ein, die von den vielen gerade zu der Zeit heimkehrenden Arbeitern und Angehörigen besonders hart empfunden wurde. Die Schuldfrage ist bisher noch nicht geklärt.

Kommunistendemonstration in Charlottenburg. Die KPD und der Rote Frontkämpferbund veranstalteten am Vonnertag abend eine Kundgebung für ihr bei dem Zusammenstoß auf dem Wilhelmplatz in Charlottenburg ums Leben gekommenes Mitglied. Mehrere tausend Personen sammelten sich am Anie und zogen mit Tambourkorps durch die Berliner Straße zum Luisenplatz, wo fünf Redner sprachen. Von Heineren Redneren am Luisenplatz abgedrängt, haben sich keine Zwischenfälle ereignet. Die Kundgebung ging in Ruhe aus einander.

Schweres Grubenunglück in Amerika. 23 Bergleute verschüttet.

Wie aus Pittsburg gemeldet wird, hat eine Explosion in einem Bergwerk 23 Bergleute verschüttet. Nach langwierigen Bemühungen ist es erst gelungen, fünf Bergleute zu retten und drei tote zu bergen. Die übrigen sind noch in der Grube eingeschlossen.

Schneefürne in den Vereinigten Staaten. In New York und dem übrigen Osten der Vereinigten Staaten wüten Schneefürne. An der Küste von New Jersey sanken zwei Schiffe, wobei acht Personen ertranken.

Ebert-Büste im Heidelberger Rathaus. Im Treppenhans des Rathauses wurde am 3. Februar in Gegenwart der Mitglieder des Bürgerausschusses und Vertreter der Behörden die von dem Stuttgarter Bildhauer Reizinger angefertigte Büste des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert nach einer kurzen Ansprache des Bürgermeisters Dr. Holz enthüllt.

Die Mode des Publikums in Europa hat, wie aus Peking gemeldet wird, zu einer Arbeitslosigkeit von 18000 Chinesinnen geführt, die zur Herstellung von Haarnetzen beschäftigt waren.

Jugendveranstaltungen.

Wohnung, Abteilungsaffäre! Heute, Freitag, den 5. 7 Uhr Veranstaltung der Reichsgruppe des Reichsverbandes der Arbeiterjugend und der Arbeiterjugend. Abteilungsmitgliederversammlungen heute, Freitag, 7 1/2 Uhr: Reichsgruppe II: Jugendheim Dusseldorf Str. 62. — Reichsgruppe I: Jugendheim Dusseldorf Str. 17. — Oben (Stralauer Straße): Jugendheim Köpenick Str. 61. — Reichsgruppe III: Jugendheim Köpenick Str. 4. — Oben (Stralauer Straße): Jugendheim Köpenick Str. 18. — Charlottenburg: Jugendheim Köpenick Str. 4. — Reichsgruppe IV: Jugendheim Köpenick Str. 15. — Oben II: Jugendheim Köpenick Str. 2. — Reichsgruppe V: Jugendheim Köpenick Str. 12. — Reichsgruppe VI: Jugendheim Köpenick Str. 11. — Reichsgruppe VII: Jugendheim Köpenick Str. 10. — Reichsgruppe VIII: Jugendheim Köpenick Str. 9. — Reichsgruppe IX: Jugendheim Köpenick Str. 8. — Reichsgruppe X: Jugendheim Köpenick Str. 7. — Reichsgruppe XI: Jugendheim Köpenick Str. 6. — Reichsgruppe XII: Jugendheim Köpenick Str. 5. — Reichsgruppe XIII: Jugendheim Köpenick Str. 4. — Reichsgruppe XIV: Jugendheim Köpenick Str. 3. — Reichsgruppe XV: Jugendheim Köpenick Str. 2. — Reichsgruppe XVI: Jugendheim Köpenick Str. 1. — Reichsgruppe XVII: Jugendheim Köpenick Str. 0.

Reichsgruppe I: Jugendheim Köpenick Str. 17. — Reichsgruppe II: Jugendheim Köpenick Str. 16. — Reichsgruppe III: Jugendheim Köpenick Str. 15. — Reichsgruppe IV: Jugendheim Köpenick Str. 14. — Reichsgruppe V: Jugendheim Köpenick Str. 13. — Reichsgruppe VI: Jugendheim Köpenick Str. 12. — Reichsgruppe VII: Jugendheim Köpenick Str. 11. — Reichsgruppe VIII: Jugendheim Köpenick Str. 10. — Reichsgruppe IX: Jugendheim Köpenick Str. 9. — Reichsgruppe X: Jugendheim Köpenick Str. 8. — Reichsgruppe XI: Jugendheim Köpenick Str. 7. — Reichsgruppe XII: Jugendheim Köpenick Str. 6. — Reichsgruppe XIII: Jugendheim Köpenick Str. 5. — Reichsgruppe XIV: Jugendheim Köpenick Str. 4. — Reichsgruppe XV: Jugendheim Köpenick Str. 3. — Reichsgruppe XVI: Jugendheim Köpenick Str. 2. — Reichsgruppe XVII: Jugendheim Köpenick Str. 1. — Reichsgruppe XVIII: Jugendheim Köpenick Str. 0.

Arbeitersport.

Fußballspiele am 7. Februar.

Reichsgruppe I: Jugendheim Köpenick Str. 17. — Reichsgruppe II: Jugendheim Köpenick Str. 16. — Reichsgruppe III: Jugendheim Köpenick Str. 15. — Reichsgruppe IV: Jugendheim Köpenick Str. 14. — Reichsgruppe V: Jugendheim Köpenick Str. 13. — Reichsgruppe VI: Jugendheim Köpenick Str. 12. — Reichsgruppe VII: Jugendheim Köpenick Str. 11. — Reichsgruppe VIII: Jugendheim Köpenick Str. 10. — Reichsgruppe IX: Jugendheim Köpenick Str. 9. — Reichsgruppe X: Jugendheim Köpenick Str. 8. — Reichsgruppe XI: Jugendheim Köpenick Str. 7. — Reichsgruppe XII: Jugendheim Köpenick Str. 6. — Reichsgruppe XIII: Jugendheim Köpenick Str. 5. — Reichsgruppe XIV: Jugendheim Köpenick Str. 4. — Reichsgruppe XV: Jugendheim Köpenick Str. 3. — Reichsgruppe XVI: Jugendheim Köpenick Str. 2. — Reichsgruppe XVII: Jugendheim Köpenick Str. 1. — Reichsgruppe XVIII: Jugendheim Köpenick Str. 0.

Reichsgruppe I: Jugendheim Köpenick Str. 17. — Reichsgruppe II: Jugendheim Köpenick Str. 16. — Reichsgruppe III: Jugendheim Köpenick Str. 15. — Reichsgruppe IV: Jugendheim Köpenick Str. 14. — Reichsgruppe V: Jugendheim Köpenick Str. 13. — Reichsgruppe VI: Jugendheim Köpenick Str. 12. — Reichsgruppe VII: Jugendheim Köpenick Str. 11. — Reichsgruppe VIII: Jugendheim Köpenick Str. 10. — Reichsgruppe IX: Jugendheim Köpenick Str. 9. — Reichsgruppe X: Jugendheim Köpenick Str. 8. — Reichsgruppe XI: Jugendheim Köpenick Str. 7. — Reichsgruppe XII: Jugendheim Köpenick Str. 6. — Reichsgruppe XIII: Jugendheim Köpenick Str. 5. — Reichsgruppe XIV: Jugendheim Köpenick Str. 4. — Reichsgruppe XV: Jugendheim Köpenick Str. 3. — Reichsgruppe XVI: Jugendheim Köpenick Str. 2. — Reichsgruppe XVII: Jugendheim Köpenick Str. 1. — Reichsgruppe XVIII: Jugendheim Köpenick Str. 0.

Reichsgruppe I: Jugendheim Köpenick Str. 17. — Reichsgruppe II: Jugendheim Köpenick Str. 16. — Reichsgruppe III: Jugendheim Köpenick Str. 15. — Reichsgruppe IV: Jugendheim Köpenick Str. 14. — Reichsgruppe V: Jugendheim Köpenick Str. 13. — Reichsgruppe VI: Jugendheim Köpenick Str. 12. — Reichsgruppe VII: Jugendheim Köpenick Str. 11. — Reichsgruppe VIII: Jugendheim Köpenick Str. 10. — Reichsgruppe IX: Jugendheim Köpenick Str. 9. — Reichsgruppe X: Jugendheim Köpenick Str. 8. — Reichsgruppe XI: Jugendheim Köpenick Str. 7. — Reichsgruppe XII: Jugendheim Köpenick Str. 6. — Reichsgruppe XIII: Jugendheim Köpenick Str. 5. — Reichsgruppe XIV: Jugendheim Köpenick Str. 4. — Reichsgruppe XV: Jugendheim Köpenick Str. 3. — Reichsgruppe XVI: Jugendheim Köpenick Str. 2. — Reichsgruppe XVII: Jugendheim Köpenick Str. 1. — Reichsgruppe XVIII: Jugendheim Köpenick Str. 0.

Reichsgruppe I: Jugendheim Köpenick Str. 17. — Reichsgruppe II: Jugendheim Köpenick Str. 16. — Reichsgruppe III: Jugendheim Köpenick Str. 15. — Reichsgruppe IV: Jugendheim Köpenick Str. 14. — Reichsgruppe V: Jugendheim Köpenick Str. 13. — Reichsgruppe VI: Jugendheim Köpenick Str. 12. — Reichsgruppe VII: Jugendheim Köpenick Str. 11. — Reichsgruppe VIII: Jugendheim Köpenick Str. 10. — Reichsgruppe IX: Jugendheim Köpenick Str. 9. — Reichsgruppe X: Jugendheim Köpenick Str. 8. — Reichsgruppe XI: Jugendheim Köpenick Str. 7. — Reichsgruppe XII: Jugendheim Köpenick Str. 6. — Reichsgruppe XIII: Jugendheim Köpenick Str. 5. — Reichsgruppe XIV: Jugendheim Köpenick Str. 4. — Reichsgruppe XV: Jugendheim Köpenick Str. 3. — Reichsgruppe XVI: Jugendheim Köpenick Str. 2. — Reichsgruppe XVII: Jugendheim Köpenick Str. 1. — Reichsgruppe XVIII: Jugendheim Köpenick Str. 0.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Sowjet-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Schloßstr. 173B, Hof 1 K. Mittw. Sonntag, den 7. 7 1/2 Uhr nachm. Vorträge mit Schluß und Landwehrmarsch. Vortrag: „Der Kampf um die Freiheit“. Reichsbanner „Sowjet-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Schloßstr. 173B, Hof 1 K. Mittw. Sonntag, den 7. 7 1/2 Uhr nachm. Vorträge mit Schluß und Landwehrmarsch. Vortrag: „Der Kampf um die Freiheit“.

Reichsbanner „Sowjet-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Schloßstr. 173B, Hof 1 K. Mittw. Sonntag, den 7. 7 1/2 Uhr nachm. Vorträge mit Schluß und Landwehrmarsch. Vortrag: „Der Kampf um die Freiheit“.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die „Deutschnationale Reichsgruppe“. Die Deutschnationale Reichsgruppe hat am 3. Februar in Berlin eine außerordentliche Versammlung abgehalten. In der Versammlung wurde über die Lage der Partei im Reich und in den Provinzen berichtet. Die Reichsgruppe hat beschlossen, die Arbeit in den Provinzen zu verstärken und die Bekämpfung der Sozialdemokratie zu intensivieren. Die Reichsgruppe hat auch beschlossen, die Arbeit in den Provinzen zu verstärken und die Bekämpfung der Sozialdemokratie zu intensivieren.

Willst Du, wie es Dir behagt, Dich vor erster Not bewahren, Bleib dem treu, was Reichardt sagt: Loni durch Feinkakao sparen! Auch Schokolade bricht die Not, ist Du sie statt Fleisch zum Brot.

Die Gründung Berlins.

In der „Brandenburgia“ Gesellschaft für Heimatkunde und Heimatgeschichte der Mark Brandenburg nahm kürzlich der Direktor der vaterländischen Abteilung des Rüstlichen Museums, Dr. Albert Kietebusch, Stellung zu der Abhandlung des Berliner Stadtarchivars Dr. Kaeber in den „Forschungen zur brandenburgisch-preussischen Geschichte“ über die Gründung Berlins.

Kaeber, wie auch im „Vorwärts“ vor einiger Zeit mitgeteilt wurde, bezweifel zu können, daß Berlin im 1230. Jahre als Stadt gegründet wurde. Er trug der Auffassung von Kietebusch und Robert Mielke entgegen, wonach Berlin aus einem deutschen Dorf entstanden sein soll. Kaeber ist zu seiner Ansicht auf Grund von alten Urkunden gekommen; er versucht den Ursprung Berlins nur auf dem Wege der historischen Kritik aufzuklären. Kietebusch dagegen, der der Streitfrage auf dem Wege über die Vorgeschichte beizukommen versucht, begnügt sich nicht mit den Urkunden, er berücksichtigt auch die Forschungsergebnisse anderer Wissenschaften, wie der agrarwissenschaftlichen Forschung, der Geologie, der Siedlungsarchäologie und der Volkstunde, soweit sie sich mit der Siedlungsarchäologie beschäftigen. Mit den Methoden und Mitteln der Vorgeschichte erhebt er das mangelnde Wissen der Geschichte. In alten Karten zeigte Kietebusch, daß die Nordgrenze der alten Feldmarken von Wedding, Berlin, Köpenick, Friedrichsfelde, Biesdorf, Köpenick, Köpenick gleichlaufend dem Nordrand des Berliner Haupttals ist. Die Ackerstücke lagen auf der Hochfläche, während sich in der Niederung die zum Dorf gehörenden Wiesen und Wäldchen befanden. Das Dorf Wedding wurde schon im Jahre 1251 mit Berlin vereinigt. Zwischen Wedding und Berlin lag ursprünglich nach dem Vorwort Schönhausen, von dem vermutet wird, daß es das einstige Rittergut Berlin sei. Während sich die Hufen Berlins bis an die Grenze der nördlich gelegenen Döcker Pantan und Biesdöcker erstreckten, besaß Köln ursprünglich keine Hufen. Diese Stadt ist nicht aus einem deutschen Dorf entstanden. Bei der Entstehung Berlins, wie auch anderer Städte, war der Plan des Stadtgrundrisses von dem Gelände abhängig, auf dem die Stadt entstand. Die Ansicht, daß die Städte nach einem allgemeinen Normalplan angelegt wurden, läßt sich wohl kaum noch bei einer Stadt aufrechterhalten. Berlin lag auf einer Spreeinsel, die die Form einer Ellipse hatte und von mehreren Dämmen bedeckt war. Einer Ellipse entsprach auch die Form des Grundrisses. Volkstraße, Straußberger Straße und Klosterstraße bezeichnen die Ränder der Ellipse. Schon der Wunsch der Vorzeit legte seine Siedlungen auf Inseln oder Sandbänken an, wozu ihn zwei Gründe hemmten: Wasser in der Nähe zu haben (Brunnen waren in jener Zeit noch nicht bekannt) und der Siedlung eine möglichst günstige Verteidigungsanlage zu geben. Der zweite Grund war auch bei der Anlage mittelalterlicher Städte entscheidend: Brunnen hatte man inwischen kennen gelernt. „Der Berlin“ war eine Insel oder ein inselartiges Gelände, das einen großen natürlichen Schutz durch die Wasserarme bot.

Der Weg zur Erforschung der Gründung Berlins muß von der Vorgeschichte ausgehen. Vorgeschichte und Geschichte müssen sich die Hände reichen. Ohne Siedlungsarchäologie auf wissenschaftlicher Grundlage läßt sich der Gründung Berlins nicht näher kommen. Berlin und Wedding konnten der Hufen wegen nur deutsche Dörfer sein, die zur Stadt Berlin wurden. Geologie, Vorgeschichtsforscher und Historiker müssen Hand in Hand arbeiten, um schließlich zu einem allgemein anerkannten Ergebnis zu kommen. Der von Kaeber beschrittene Weg, die Aufgabe nur mit den Hilfsmitteln der Historik lösen zu wollen, erscheint nicht gangbar. Der Weg, auf dem Kietebusch sich befindet, von dem vorgezeichneten Gebirgen auszugehen und alle anderen in Betracht kommenden Wissenschaften heranzuziehen, scheint sicherer zum Ziel zu führen. Darum darf mit größerer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß Berlin nicht logisch als Stadt gegründet wurde, sondern aus einem deutschen Dorf entstanden ist. Der Meinungskampf ist jedoch nicht abgeschlossen, sondern steht erst recht eröffnet und werden. Durch einer Widerlegung der Auffassung von Kietebusch und Mielke durch Kaeber kann aber nicht die Rede sein.

Die laufenden Instandsetzungsarbeiten.

Der Vermieter ist nach § 6 Abs. 1 des Reichsmietengesetzes verpflichtet, auf Antrag der Mietergemeinschaft oder — wo solche nicht besteht — der Mieter, die sachgemäße Verwendung der Gebäude für laufende Instandsetzungsarbeiten nachzuweisen. Diesen Nachweis hat der Vermieter, soweit derselbe in Frage kommt, in der Zeit vom 1. bis 10. Februar und vom 1. bis 10. August jeden Jahres zu führen. (§ 10 der Verordnung über die Mietzinnsbildung in Preußen vom 17. April 1924.) Der Vermieter muß rechtzeitig (am besten schriftlich) zur Führung des Nachweises aufgefordert werden. Der Nachweis, der in der Zeit vom 1. bis 10. Februar zu führen ist, erstreckt sich auf die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1925 für laufende Instandsetzungsarbeiten durch die Mieter gezahlten Prozente. Diese betragen zusammen 90 Proz. Der Nachweis muß also für verwendete Gelder in Höhe von 90 Proz. der halbjährlichen Friedensmiete des Hauses erfolgen. Hat ein Mieter auf Grund ausdrücklicher oder stillschweigender Vereinbarung die gesamten Schönheitsreparaturen in seinen Mieträumen (das Tapezieren, Anstreichen oder Kalten der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und der Fenster, letzteres nur von Türen, das Streichen der Türen) übernommen und dafür die Miete um den für laufende Instandsetzungsarbeiten bestimmten Teil (vier Prozent der Friedensmiete) gekürzt (§ 7 der Verordnung über die Mietzinnsbildung in Preußen vom 17. April 1924), so ermäßigt sich die Höhe der nachzuweisenden Verwendung der Instandsetzungszuschläge um diesen Prozentsatz, also um einmal 4 Proz. gleich 24 Proz. In diesem Falle wäre nur der Nachweis über die Verwendung der Gelder in Höhe von 66 Proz. der halbjährlichen Friedensmiete zu führen. Zu den laufenden Instandsetzungsarbeiten

rechnen nicht die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Abfuhrrohre, das Umbauen des Daches, der Abzug oder Anstrich des Hauses im Inneren, der Kaminstrich des ganzen Treppenhauses im Inneren, die Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizung und Warmwassererzeugung. Dies sind vielmehr große Instandsetzungsarbeiten. Ganz besonders sei nochmals hervorgehoben, daß das Abputzen oder Kaminstrichen des Hauses im Inneren nicht, wie irrtümlich verschiedentlich angenommen worden ist, zu den laufenden Instandsetzungsarbeiten rechnet.

Neue Lesebücher in der Deutschen Republik.

Eine Flut von neuen Lesebüchern ergießt sich über die deutschen Schulen. Im allgemeinen muß man anerkennen, daß sie literarisch gehaltvoller geworden sind. Wie aber steht es mit dem Verhältniß für die neue Zeit, wie mit der Beachtung des Artikels 148 der Reichsverfassung? In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung zu erstreben.

Vor uns liegt ein vom Ministerium genehmigtes Lesebuch für Schlesien „Deutsches Erbe“, Verlag Hirt, Seite 186 bis 193 findet sich eine Erzählung: „Wenn man „Schwester“ ist.“ Ein durch Not und Unglück sehr verkommener Arbeiter wird durch die aufopfernde Hilfe einer „Schwester“ für sein Kind gerettet. Natürlich ist er Agitator „und schürt das Feuer des Hasses gegen Religion und Gesetz“. Aber er wird befehrt und erkennt: „Es ist ja unmöglich, daß wir alle in der Welt gleiche Mittel, gleiche Tug, gleiche Arbeit und gleiches Leben haben können. Es wird allezeit Kluge und Dumme, Gute und Böse, Sparame und Verschwendung, Fauls und Fleißige, Arme und Reiche, Kranke und Gesunde auf der Welt geben, und es ist unmöglich, alle Menschen unter denselben Himm zu bringen. Aber Sie glauben nicht, wie so etwas paßt, wenn man es den Seuten in begeisterten Worten schildert. Ich sehe auch ein, daß wir in unserem großen Vaterland ein Staatsoberhaupt haben müssen, ob das nun ein Kaiser oder ein Präsident ist, scheint mir egal.“ Diese Worte werden dem Bekehrten in den Mund gelegt. Wie jählich scheinbar, wie abstrus: „Staatsoberhaupt — ob Kaiser oder Präsident.“ Das nennt sich Erziehung für die Republik! Man kann viele Behauptungen machen, wie so etwas in der Behandlung aussieht. Man wird an die Kabinetsorder Wilhelm II. vom 1. Mai 1889 erinnern: „In einer Zeit, in welcher die sozialdemokratischen Irrtümer und Entstellungen mit vermehrtem Eifer verbreitet werden, sollen die Schüler lernen, was wahr, was wirklich, was in der Welt möglich ist. Die Schule muß der Jugend die Ueberzeugung verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenslehre widersprechen, sondern in der Wirklichkeit unmöglich sind und dem Gange in ihrer Konsequenz gleich verberberlich sind.“ Und dann tragen wir die Politik in die Schule!

Man sollte meinen, Schlesien böte genug Stoff, um soziale Verständnis zu wecken. Wir haben von hungernden Weibern und der Not der Bergarbeiter gehört. Wir haben einen schlesischen Dichter, Gerhart Hauptmann, der ergreifende Tragödien aus schlesischen Volkstum geschrieben hat. Nichts von alledem in dem „schlesischen Lesebuch“. Gerhart Hauptmann, Deutschlands großer Dichter, erscheint mit einem kleinen Gedicht. Er war freilich „bei Hof“ nicht beliebt — Seite 416 bis 418 findet sich ein Bericht über die Verletzung der deutschen Flotte (1919). Man mag über diese von der deutschen Marinekritik auf eigene Faust durchgeführte Verlesung denken wie man will, in ein Lesebuch gehört eine so unpraktische Angelegenheit nicht, vor allem dann nicht, wenn sie zum Anlaß genommen wird, die englischen Soldaten, die sich befehlsgemäß wehren, als röhre, feige und grausame Herden hinzustellen. Viele Beispiele mögen genügen; sie kennzeichnen den Geist sehr vieler Lesebücher. Wir empfehlen dem Herrn Minister Becker, seinen Regierungs-Schulräten ein wenig auf die Finger zu setzen. Die Schüler sollen die Verfassung und die Deutsche Republik lieben, nicht sabotieren.

Volkshilfsarbeit im Bezirk Friedrichshain.

Die Volkshilfsarbeit in einem der größten Arbeiterbezirke Berlins hat im Etatsjahr 1925 eine erhebliche Erweiterung erfahren. Nach den Mißerfolgen in den letzten Jahren, besonders nach der Inflation, haben in diesem Jahre zum ersten Male genügend Mittel zur Verfügung, um auch wirklich Durchgreifendes leisten zu können. Die ersten Monate des Winterhalbjahrs waren vor allem der Gewinn eines festen Kreises von Besuchern gemindert. Vier musikalische Kunststaben und ein großes Sinfonieorchester im Saalbau Friedrichshain gaben die besten Anregungen und Hoffnungen zur Fortführung dieser Arbeit. Daneben wurden und werden auch weiterhin den minderbemittelten Volkshilfskreisen gute Veranstaltungen zu sehr niedrigen Eintrittspreisen geboten. Zunehmend ist das neue Programm für Januar bis April fertiggestellt, das der Bevölkerung des Bezirks nach mancher schönen Stunde verspricht. Als erstes fand am Sonnabend, den 30. Januar, in der Schulaula, Rappentstraße 76, ein Lautenabend mit dem weltbekannten schwedischen Lautenspieler Sven Scholander statt. Der Eintrittspreis betrug nur 20 Pf. Mitte Februar soll sodann das gesamte Gebiet des Volkshilfs in einem Volkshilfsabend über die Berufstätigkeit finden. Dr. Felix Günther und Charlotte Lindemann (Staatsoper) haben ihre Mitwirkung bereits zugesagt. Ferner wird noch ein Chor herangezogen werden. Eintritt 40 Pf. Am 27. Februar, 20. März und 17. April spricht Dr. Max Deri über „die Freude am Bilde“. Der Eintrittspreis wird für alle drei Abende zusammen 50 Pf., für den Einzelvortrag 20 Pf. betragen. Anfang März, sowie am 13. April werden Orchesterkonzerte folgen. Am 26. März findet im Saalbau Friedrichshain eine große Frühlingsfeier statt, die insbesondere der Jugend gemindert ist. Das Berliner Sinfonie-Orchester und ein bekannter Sprechchor wirken mit. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 50 Pf., für Jugend-

liche 20 Pf. Vorbestellungen für diese Veranstaltungen werden schon jetzt im Volkshilfsamt, Marktstr. 49, entgegengenommen. Die Abschluß des Winterprogramms wird dann am 24. April ein musikalischer Abend stattfinden, in dem die vielen Freunde der Volkshilfsveranstaltungen im Alt-Berliner Osten ihre Wünsche für die fernere Arbeit äußern können. Der zweite Teil des Abends wird noch durch Darbietungen eines Kammerorchesters ausgefüllt werden. Neben diesen großen öffentlichen Veranstaltungen laufen noch eine ganze Reihe anderer einher, die geschlossene Kreise erfassen, wie Arbeitskreise, jugendliche, sozialreformer usw. Für Kinder sind besondere Theater- und Konzertvorstellungen vorgesehen.

Ausgebeutete Kinder.

Ueber Kinderarbeit auf dem Lande sprach Fräulein Dr. Simon im Verein zum Schutz der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung. Umfragen, die der Deutsche Verband für Schulkinderversorgung und der Deutsche Kinderschutzverband entgegen haben erneut die längst bekannte Tatsache gezeigt, daß von wenig Ausnahmefällen abgesehen, mit der Kraft der jugendlichen Landarbeiter Raubbau getrieben wird. Acht- bis sechzehnstündige Arbeitszeit ist die Regel; dabei üben die Kinder oft gesundheitsschädliche oder gefährliche Tätigkeiten aus. Die Folgen sind seelische und körperliche Verkümmern und eine trotz der Arbeitslosigkeit in den Großstädten immer stärker einsetzende Landflucht. Die Wirkung der Kinderarbeit wird also dadurch wieder zu ihrer Ursache: als Erlatz für die fehlenden Erwachsenen werden in stärkerer Maße die Kinder herangezogen. Die genannten Verbände wiederholen daher die schon oft erhobene Forderung, die Kinderarbeit härter als bisher durch gesetzliche Bestimmungen zu erfassen. Sie haben auch bereits Vorschläge dafür aufgestellt. Drei, in den Ferien vierstündige Arbeitszeit als Höchstleistung, Verbot der Lohnarbeit für Kinder unter zwölf Jahren, Verbot gefährlicher und schädigender Tätigkeiten, der Arbeit vor der Schule, der Nachtarbeit und der Arbeit an Sonn- und Feiertagen sind die Hauptpunkte.

Ein Bild der Kinderarbeit in Theater und Film entwickelte danach die Delegierten in der Theaterabteilung des Berliner Polizeipräsidiums, Fräulein Dr. Hoffe. Sie zeigte in umfassender Darstellung, wie man auf diesem Gebiet, längst von Gesetzesunterstützung, bemüht ist, Kinder hier von ungeeigneter Tätigkeit überhaupt fernzuhalten und sonst die Arbeitszeiten einzuschränken. Gründe für die Kinderarbeit auf der Bühne und in Filmateliers sind, abgesehen von den sehr wenigen Fällen wirklich künstlerisch begabter Kinder, häufig natürlich ebenfalls wirtschaftliche Not, ob allerdings auch die Eitelkeit begünstigter Eltern. Das letztere trat beispielsweise darin deutlich zutage, daß zu einer Modeschau für Kinderkleidung zahllose Mütter ihre Kinder unentgeltlich anboten.

Kommunale Literatur.

Deutscher Kommunal-Kalender, 6. Jahrgang 1926, herausgegeben von Oberbürgermeister Albrecht Finke und Generalsekretär Erwin Stein. Deutscher Kommunal-Verlag G. m. b. H., Berlin-Friedenau, 480 Seiten, Preis 12 M. In der kommunalpolitischen Fachliteratur nimmt dieser Kalender eine einzigartige Stellung ein. Die Bezeichnung Kalender ist überhaupt bis zu einem gewissen Grade irreführend, denn seine Bedeutung liegt keineswegs darin, daß er neben einem Kalenderformular eine reichlich vollständige Uebersicht über alle kommunalen Organisationen, ihre Adressen, leitenden Persönlichkeiten usw., über alle Reichs- und Landesbehörden bringt. Reichtliche Zusammenstellungen bringen mehr oder minder vollständig auch andere Kalender oder Jahrbücher. Die Bedeutung dieses Kalenders liegt lediglich in dem dem weitest umfänglichen Teil stützenden Abschnitt, der Abhandlungen und Berichte über die aktuellen kommunalpolitischen Probleme bringt. Für die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher stellt er ein kommunalpolitisches Handbuch, das vom sozialistischen Standpunkt aus sowohl das Material wie die sozialistische Auffassung zur Beurteilung der einzelnen kommunalen Probleme bringt. Ein solches Handbuch, das als eine Ergänzung für das für viele allzu umfangreiche und spezialisierte Handwörterbuch der Kommunalwissenschaft in der Praxis der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher große Dienste leisten könnte, müßte geschaffen werden. Solange ein solches Handbuch fehlt, bleiben solche Zusammenstellungen, wie sie in dem Deutschen Kommunal-Kalender geboten werden, für jeden Gemeindevorsteher, der seine Aufgabe ernst nimmt, eigentlich unentbehrlich. Es ist unmöglich, im Rahmen einer Besprechung auf alle einzelnen Aufsätze einzugehen. Sie sind auch selbstverständlich nicht gleichwertig, z. T. überwiegen sie sich, und man kann nur dem Wunsch nach einer etwas strafferen Redaktionsführung Ausdruck geben. Alles in allem genommen aber enthalten sie doch eine solche Fülle von wertvollen Einzelbeiträgen, daß jeder praktische Kommunalpolitiker dieses Handbuch, denn darum handelt es sich in Wirklichkeit, nicht wird entbehren können. In stärkstem Maße sind in der diesjährigen Ausgabe die wirtschaftlichen Probleme kommunaler Betriebe und Unternehmungen berücksichtigt worden. Die allgemeine Haltung der Verfasser der einzelnen Beiträge ist im wesentlichen eine kommunalfreundliche. In den Einführungsworten weist Oberbürgermeister Dr. Luessen-Ries ausdrücklich auf den verhängnisvollen und tödlichen Kampf der Wirtschaft gegen die Gemeinden hin, und auch in anderen Aufsätzen wird auf diesen Gegenstand von kommunalen Standpunkte aus Bezug genommen. Selbstverständlich sind die Mitarbeiter fast ausnahmslos bürgerliche Kommunalpolitiker, aber es steht in den Beiträgen eine außerordentliche Fülle von Material und Arbeit, und es liegt keine Veranlassung vor, über diese Leistungen hinwegzugehen, solange nicht aus unseren eigenen Reihen etwas ähnlich Gleichwertiges dem gegenübergestellt werden kann. Die kommunalpolitische Arbeit der Partei kann nur dann fruchtbar gestaltet werden, wenn sie im höchsten Grade von Sachkenntnis und vom Willen zur sachlichen Behandlung der Probleme getrieben ist. Der Deutsche Kommunal-Kalender ist unter diesem Gesichtspunkt auch den sozialdemokratischen Gemeindevorstehern aufs allerwärmste zu empfehlen.



Fritzi Massary

die überraschend
gehaltvolle 3
Zigarette ist
bisher unerreicht.

Aus den Bezirken.

1. Bezirk — Mitte.

Die Bezirksversammlung im Bezirk Mitte hatte sich in zwei Sitzungen mit der Beratung des Haushaltsplans für 1926 zu beschäftigen. Einen größeren Umfang nahmen die Beratungen der Unterstützung im Wohnungswesen an. Von unserer Fraktion wurde unter anderem die Bereitstellung von Mitteln zur Verhütung von Epidemien, die infolge der großen Erwerbslosigkeit an der Tagesordnung sind, in einem Antrag gefordert, der auch angenommen wurde. Die SPD. konnte es natürlich nicht unterlassen, ihre allbekanntesten Anträge zu stellen, um bei dieser Gelegenheit die SPD. zu „entlarven“. Dazu hatten sie Anhänger auf die Tribüne beordert, damit diese ihre Arbeit beobachten konnten. Unsere Fraktionsredner wiesen darauf hin, daß es der SPD. auf praktische Hilfe der Erwerbslosen gar nicht ankomme, sondern nur auf Agitation. Weiter wurde beschlossen, die während der Kriegszeit stark vernachlässigten Straßen wieder herzustellen. Für die Errichtung eines Hallenbad im Stadtpark wurde in diesem Jahre ein größerer Betrag eingestellt. Große Erregung gab es, als der wohl in allen Bezirken bekannte Antrag der SPD., der die Anerkennung der kommunikativen Erwerbslosenliste fordert, von unserer Fraktion abgelehnt wurde, da die Vertretung der Erwerbslosen nur durch die Erwerbslosen zu erfolgen hat.

12. Bezirk — Steglitz.

In der letzten Bezirksversammlung nahm die Bedarfsmeldung längere Zeit in Anspruch. Bezirksordner Bunge gab den Bericht des Staatsausschusses, der die kommunikativen Anträge meist abgelehnt, einige andere, besonders beim Wohlfahrtsrat, angenommen hatte. Nach einer kurzen Generaldebatte erfolgte die kapitelweise Beratung und Abstimmung. Die Kommunisten tauchten sich hierbei durch langatmige Reden hervor und verletzten die Beratung sozial als möglich in die Länge zu ziehen. Eine lebhafte Debatte entspann sich beim Schulrat. Die Bürgerlichen wollten die Notwendigkeit, für die Kinder des arbeitenden Volkes mehr zu tun als bisher, nicht einsehen und lehnten die diesbezüglichen Anträge ab. Interessant war es, daß die Bürgerlichen in allen diesen Fällen einmütig bis zu den Demokraten gegen die Linke standen. Eine weitere Debatte ergab das Kapitel Wohlfahrtsrat und Obdach. Doch wurde mit wenigen Ausnahmen eine Erhöhung der einzelnen Sätze von der Rechten bis einschließlich der Demokraten abgelehnt. Die Beratung der übrigen Kapitel nahm weniger Zeit in Anspruch. Eine Aussprache gab es eigentlich nur noch beim Tiefbauetat. Hier wurden die mehrfach angeregten Verbesserungsvorschläge nochmals in Vorschlag gebracht. Die einzelnen Kapitel wurden gegen die Stimme der SPD. angenommen. Bemerkenswert ist noch, daß sich der Etat für 1926 gegenüber dem von 1925 erheblich erhöht hat. So erhöhten sich die Einnahmen um rund 1.500.000 M., die Ausgaben um rund 5.734.000 M., der Bedarf also um rund 4.500.000 M. Gewünscht wurde ferner von der Linken die Ueberführung der gesamten Wohlfahrtsleistungen in öffentliche Hände. Frau Müllerberg (Dem.) gab die Betonung zu müssen, daß die privaten Einrichtungen billiger arbeiten als die städtischen, weil hier private Gelder zuströmen. Der Antrag wurde abgelehnt. Die geforderten Schulneubauten, eine Gemeindefabrik in Pantow-Süd, eine Berufsschule in Steglitz und eine Gemeindefabrik im Lauenburger Viertel sind einem Ausschuss übergeben worden. Die Bezirksversammlung nahm dann noch eine Entschließung an, in welcher sie die Erhöhung bestimmter Einheits- und Nichtsätze des Magistrats fordert. Sie wünscht ferner, daß die Lehrer, auch wenn sie ihre volle Pflichtstundenzahl geleistet haben, nicht an einzelnen Tagen ganz dienstfrei bleiben, um anderen nicht städtischen bezahlten Arbeiten nachgehen zu können. Endlich

Gerade die frühherbstliche Erkältung ist so gefährlich!

Sie wöhrt bis tief in den Winter fort und schwächt Ihre Lebenskraft, so daß Sie sich ganz eind fühlten. Entledigen Sie sich Ihrer! Sie ist ganz einfach! Machen Sie zuerst einen gewöhnlichen Sirup aus 250 Gramm Zucker und ¼ Liter heißem Wasser, rühren Sie ihn gut um und fügen Sie 60 Gramm Anis (dreifach konzentriert) hinzu. Damit haben Sie für geringe Kosten einen Vorrat eines guten Hustensirups für eine Familie. Dieser angenehm schmeckende selbstbereiitete Sirup löst nicht nur die Erkältungseiz, sondern schafft auch den entzündeten Membranen Binderung und Heilung. Anis verschafft sofort Erleichterung und heilt gewöhnlich den hartnäckigsten Husten in 24 Stunden. Wenn Sie wirkliche Heilung suchen, weisen Sie Erkältungsmittel zurück!

ist die Stadt von einer Erhöhung der Gewerbesteuer Abstand nehmen. Gegen letzteren Abgab stimmte unsere Fraktion. Den Abschluß des Abends bildete ein deutschnationaler Antrag, der an Stelle der spezialisierten Bedarfsmeldung dem Bezirk vom Magistrat eine Pauschalsumme fordert, die nach Bedarf auf die einzelnen Dezernate von der Bezirksversammlung selbst verteilt werden sollte. Man fordert also ein Recht, das nur der Stadtverordnetenversammlung zustehen kann.

14. Bezirk — Neukölln.

Die Bezirksversammlung vom 3. Februar beschäftigte sich in der Hauptsache mit zwei Punkten. Mit der Änderung der Rat der gerade in Neukölln zahlreich vorhandenen Erwerbslosen und mit der Umbenennung von byzantinisch benannten Straßen. Zu 1 gab Genosse Heitmann einen Bericht des Ausschusses den die Bezirksversammlung zur Durchberatung aller Erwerbslosen anträge eingeseht hatte. Dabei gab der Redner Kenntnis von einer Eingabe an den Magistrat, in der das Bezirksamt auf die besonders in Neukölln herrschende große Not eindringlich hinweist und Vorschläge zur Binderung unterbreitet.

Das Bezirksamt fordert eine sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Proz., die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung, die Verlängerung der gesetzlichen Unterstützungsdauer von 26 Wochen auf 39 von Staats wegen, — Bewilligung der Karenzzeit während der Dauer der Krise, — eine Ermächtigung für die Wohlfahrtsämter, die Erwerbslosen mit ausreichenden Kleidungsstücken zu versehen, wie die anderen Bedürftigen, Beseferung mit Heizungsmaterial an Kinderbewerksamte nach den tatsächlich vorhandenen Roständen im einzelnen, — Beseferung mit Milch und Nahrungsmitteln durch die Säuglingsfürsorgestellen an Säuglinge und Kleinkinder mindestens bis zum 6. Lebensjahre, Erweiterung der Schulpflicht, — Bewilligung von ausreichenden Geldmitteln zur Beschaffung von notwendigen Lebensmitteln durch die erwachsenen Bedürftigen selbst. — Bis zur Durchführung der vorstehend geforderten Maßnahmen eine Bargeldhilfe für alle Erwerbslosen in Höhe von 100 Reichsmark. Bereitstellung von Mitteln für abzuhaltende Versammlungen der Erwerbslosen (Saalmiete). — Tarifliche Entlohnung bei Roststandsarbeiten. — Unentgeltliche Benutzung der Straßenbahn für die Besucher der Facharbeitsnachweise. (Die hierzu notwendigen Fahrausweise werden durch die Facharbeitsnachweise den Erwerbslosen ausgehändigt). — Am Schluß der Eingabe ersucht das Neuköllner Bezirksamt den Magistrat, mit aller Energie dafür einzutreten, daß die von der Bezirksversammlung und dem Bezirksamt einmütig gefassten Beschlüsse bzw. Anträge schnellstens verwirklicht werden. Vom Bezirksamt ist dem Magistrat eine Aufforderung über auszuführende Roststandsarbeiten in Höhe von rund 1.700.000 M. zugefandt worden, darunter sind bereits begonnene Projekte, die wegen Mangel an Mitteln nicht fertiggestellt werden konnten. Am Schluß gab es eine Debatte über Straßenumbenennung: Die Linke (SPD. und KPD.) beschloß gegen die Sabotageversuche der Bürgerlichen, die Kaiser-Friedrich-Straße in Karl-Marx-Straße und den Hohenzollernplatz in Karl-Liebknecht-Platz umzubenennen.

16. Bezirk — Köpenick.

Die Bezirksversammlung am 3. Februar hatte sich mit einer Tagesordnung von 21 Punkten zu beschäftigen. Darunter befanden sich allein von der kommunistischen Fraktion 7 Anträge und Anfragen, die sich noch vor Beginn der Tagung um 5 vermehrten. Ebenfalls 7 rührten von den bürgerlichen Fraktionen her, ein Beweis dafür, daß die Bezirksversammlung als Agitationstribüne für die Extremen von rechts und links angesehen wird. In überreichem Maße trat dies bei den Rednern der kommunistischen Fraktion zutage, die ihre Agitationsreden mit überreichem Wortschwall in Szene legten. Soweit die Anträge und Anfragen sachlich kommunale Interessen betrafen, wurden sie den zuständigen Kommissionen überwiesen oder erfuhren ihre Erledigung durch Erklärungen der zuständigen Dezernenten. Im einzelnen verfiel ein Antrag auf Aufhebung der Tribünenarten und ein weiterer für die Beibehaltung der Mittelschüler in Grünau der Ablehnung. Ein Antrag, der die Enteignung der früheren Fürsten forderte (1), kam nach stürmischer Debatte, in der besonders der deutschnationaler Stein und der östliche Volksschullehrer Jannack Veranlassung nahmen, Proben ihres zweifelhaften Intellekts abzugeben, in der namentlichen Abstimmung mit 17 gegen 13 Stimmen zur Annahme. Die vier Vorlagen des Bezirksamtes gelangten ohne Debatte zur Verabschiedung. Das Fazit des Abends war, daß eine halbe Stunde auf praktische Arbeit und circa drei Stunden auf Agitationsreden verwandt wurden, wovon der übergroße Teil auf das ausgebehrte Bedürfnis der kommunistischen Vertreter entfiel. Es dürfte an der Zeit sein, diesen Unfug durch entsprechende Maßnahmen zu begegnen und in Zukunft diese Art von Verantwortlichkeitsgefühl nicht mehr ernst zu nehmen.

Staatliche Bauhilfe und kommunale Finanzlage.

Im ehemaligen Herrenhaus hatte die Stadtwirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft eine Versammlung einberufen, in der der Geschäftsführer des Reichsstadtbundes Dr. Häsel ein Referat über „Staatliche Bauhilfe und kommunale Finanzlage“ hielt. Er führte darin folgendes aus: Eine staatliche Bauhilfe sei kaum zu erwarten, da die Ueberschüsse im Wirtschaftsjahr für Beamtengehaltserhöhungen und Reparationszahlungen in Betracht kämen. Die Finanzierungslast für Wohnungsbau liegt allein auf Gemeinden und Ländern. Nach dem neuen Gesetzentwurf sollen von der 100prozentigen gesetzlichen Miete, die vom 1. April erhoben werden darf, 40 Proz. für Wohnungsbau und öffentlichen Bedarf in Anspruch genommen werden. Dieser Entwurf ist vom Staatsrat gebilligt. Die preussische Regierung will allerdings davon 8 Proz. den Unterstufungsstellen überweisen, eine Forderung, die der Staatsrat ablehnte, denn hierfür hat 20 Proz. für Wohnungsbau und 20 Proz. für öffentlichen Bedarf (16 Proz. Gemeinde, 4 Proz. den Unterstufungsstellen) zugewiesen. Ebenfalls will der Staatsrat die Steuer auf ausfallende landwirtschaftlichen Gebäude ausdehnen. Demnach ist die Regierung weniger für den Wohnungsbau als der Staatsrat. Das Problem liegt so: Werden die Ausgaben für den Wohnungsbau überpannt, dann können die Fürsorgegelder kaum aufgebracht werden. Der Landtag hat eine provisorische Lösung gefunden. Es sollen in Preußen im Laufe dieses Jahres 100.000 Wohnungen errichtet werden. Die Deckung der Baufkosten ist so berechnet: hinter einer erstelligen Hypothek von 40 Prozent vom Werte der Gebäude soll eine 50prozentige aus öffentlichen Mitteln zur Deckung der Baufkosten eingetragen werden. Demnach hätte der Bauherr also nur 10 Proz. der Baufkosten zu tragen. Allerdings ist die Frage schwer zu beantworten: Wer soll die erste Hypothek aufbringen? Gemeinde und Kreise unter Heranziehung der Sparfassen werden nach dem Landtag am geeignetsten. Aber von den Sparfassenanlagen nimmt allein die Gemeinde bis 35 Proz. der Einlagen für sich in Anspruch und 20 Proz. müssen in Inhaberpapieren angelegt werden. Wenn nun noch 40 Proz. hinzukommen, bleiben die Gemeindefürsorgestellen ohne Kredit. Und die Gemeinden selbst? Auch hier gehen die Einnahmen rapid zurück. Die meisten Gemeinden beziehen in diesem Jahr nur noch 85 Proz. der Friedenseinkommensteuer. Aus den laufenden Einnahmen ist auch nichts zu erwarten, besonders da die Beamtengehälter erhöht werden und die Erwerbslosenzahlen steigen. Abhilfe wären Anleihen, die zuerst im Inland, vor allem bei den Reichsversicherungsanstalten, und dann im Ausland aufgenommen werden müßten. Trotzdem damit eine Belastung des Wohnungsetats eintritt, bilden diese Anleihen den einzigen Ausweg. Hinzu kämen indirekte Unterstufungen kommen. Staat und Gemeinden hätten die Baugelände zu möglichst billigen Preis abzugeben, vielleicht zum Selbstkostenpreis. Ferner müßte der Staat auf viele Steuern verzichten, um die Baukosten anzuregen, ein Vorgang, der in Italien gute Resultate gezeigt hat. Außerdem müßte der Staat bittwe Hypotheken den Baukreditern gemähren.

Winterarbeiten der städtischen Hochbauverwaltung. Reich und Staat haben eine Förderung von Arbeiten der Hochbauverwaltung aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge abgelehnt. Infolgedessen können eigenständige Roststandsarbeiten, im Sinne der Bestimmungen des Reichsarbeitsministers vom 30. April 1925 über öffentliche Roststandsarbeiten, von der Hochbaudeputation nicht ausgeführt werden. Um aber die Erwerbslosigkeit im Hochbaugewerbe zu mildern, hat der Magistrat am 16. Dezember 1925 Mittel in Höhe von 1.200.000 M. zur Ausführung von Instandsetzungsarbeiten an städtischen Gebäuden zu Tariflöhnen, vornehmlich Arbeiten mit geringerem Materialverbrauch, freigegeben. Davon entfielen auf die sechs Innenbezirke und das Bauamt der Hochbaudeputation zusammen 570.000 M., auf die vierzehn Außenbezirke zusammen 630.000 M. Bei diesen Arbeiten können etwa 800 Bauhandwerker — Maurer, Zimmerer, Schlosser, Dachbeder, Klempner, Rostleger, Töpfer, Tischler, Glaser, Maler bzw. Anstreicher und Steinseher — auf drei Monate beschäftigt werden.

Subkäm. Genosse 942g Witzky (M. 481.) wohnt St. 11. war am 4. Februar 25 Jahre Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Ausstellte er als Bezirksordner und Bezirksvorsteher im Interesse der unterbenutzten Bevölkerung des Bezirks Friedrichshagen.



Schaumpon mit dem schwarzen Kopf unübertroffen für die Kopfwäsche. Wahren Sie sich den Preisverlauf der neuen Doppelpackung (Inhalt 2 Beutel), Preis 35 Pfg. - Einzelpackung 20 Pfg.

WEISSE WOCHE

<p>Deckbettbezug aus Louisiana . . . 4.95</p> <p>Kopfkissen dazu passend . . . 1.65</p> <p>Bettlaken ohne Naht . . . 2.95</p> <p>Bettlaken gute Double-Qualität, ca. 145x210 cm . . . 3.50</p> <p>Schweizer Voll-Volle 135 weiß, prima Qualität, ca. 112 cm breit . . . Meter</p> <p>Oberhemden weiß, mit Filze-Faltenbrust u. Filze-Umschlagmanschetten . . . 4.90</p> <p>Oberhemden farbig, gefütterte Faltenbrust, mit 2 Kragen und Umschlagmanschetten . . . 5.90</p> <p>Nachthemden für Herren, aus feinstem Käse . . . 3.90</p> <p>Schlaf-Anzüge Perkal od. Zephir gute Verarbeitung . . . 9.50</p> <p>Wäsche-Garnitur 390 Hemd und Hosenkleid, guter Wäschestoff, mit Stickers-Garnierung . . .</p> <p>Linon leinenartiges Gewebe, Deckbettbreite . . . Meter 1.25</p> <p>Linon dazu passend, Kleiderbreite . . . Meter 0.78</p> <p>Inlett in bewährter Qualität, Deckbettbreite . . . Meter 2.65</p> <p>Inlett dazu passend, Kleiderbreite . . . Meter 1.65</p> <p>Kaffeeservice 495 Porzellan, für 6 Personen, mit 6 Tassen u. 6 Deloren . . .</p>	<p>Damen-Taghemd aus gutem Wäschestoff mit breiter Hals- und Hüftver-Einsatz . . . 1.25</p> <p>Damen-Taghemd Trägerform, vorzüglich, Wäschestoff, mit Vorder- und Rückensicherer . . . 1.65</p> <p>Kniebeinkleid aus gutem Wäschestoff, mit Hüftver-Einsatz . . . 1.65</p> <p>Damen-Hemdchse aus gutem Wäschestoff, mit Hüftver-Einsatz . . . 2.45</p> <p>Damenstrümpfe Kunstseide, Maris Gewebe, fertig und schwarz . . . 0.85</p> <p>Schlupfhosen für Damen, Kunstseide, sehr gutes Fabrikat, moderne Farben . . . 1.95</p> <p>Hemdchsen für Damen, Kunstseide, prima Qual., mod. Formen, viele Farben . . . 2.95</p> <p>Herren-Garnituren: Jacke und Beinkleid, farbig, in 6 Größen, auch extra starke Leibweilen . . . 3.75</p> <p>Damenstrümpfe prima Seidenfarb, mit Doppelseide u. Hochfesse, regulär gearbeitet . . . 0.95</p> <p>Damenstrümpfe extra prima Seidenfarb, Doppelseide, Hochfesse, breiter Doppelrand, viele Modifarben, regulär gearbeitet . . . 1.25</p> <p>Herren-Socken sehr gute 3-fache Qualität, besonders haltbar, regulär gearbeitet . . . 0.65</p> <p>Wäsche-Stickerei auf gutem Cambrie, mit roter Kantje, ca. 46x100 cm, gestickt und gebündelt . . . 0.48</p> <p>Drell-Handtuch schöne Halb-leinwand-Quadrat, ca. 46x100 cm, gestickt und gebündelt . . . 0.78</p> <p>Küchenhandtuch rein Leinen, ca. 46x100 cm, gestickt und gebündelt . . . 0.95</p> <p>Stubenhandtuch Gerstenkorn, vollweiß, vor-zügliche Qualität, ca. 60x100 cm, gestickt u. geb. . . 0.95</p> <p>Wäsche-Stickerei u. Einsag auf gutem Cambrie, schöne, moderne Muster, ca. 7 cm breit . . . 1.75</p>	<p>Regenschirm Halbovald 690 mit fester Kantje, Topform, 12 teilig . . .</p> <p>Damas Kunstseide mit Baum-wolle, neuzeitige Muster, für Mantel oder Jadenfutter, . . . Meter 295</p> <p>Renforce bewährter guter Wäschestoff . . . Meter 0.78</p> <p>Hemdentuch starkfädige Strapsaler-Quadrat Meter . . . 0.88</p> <p>Mako-Batist schöne Qual., für eleg. Leibwäsche . . . Meter 0.95</p> <p>Wäschetuch unsere Spez-Markje „Edelwoll“ . . . Meter 0.98</p> <p>Vollvolle-Bluse 195 Junperform, mit Hoblaum und Knopf-Garnierung . . .</p> <p>Krepon weiß und farbig . . . Meter 0.88</p> <p>Popeline mit kunstseidenerm Durchweg, prachtvolle Streifenmuster . . . Meter 1.25</p> <p>Kleiderschotten doppeltbreit, moderne, neue Stellungen . . . Meter 1.45</p> <p>Kunstseide mit Baumwolle, wachbar, neue aparte Designs . . . Meter 1.85</p> <p>Waschkleider 390 in neuen Passons, entzückende Farberstellungen, fecht verarbeitet . . .</p> <p>Scheibengardinen Bandinf. Meter . . . 0.45</p> <p>Tüllgardinen Schallbreit, hübsche Muster, Meter . . . 0.75</p> <p>Gardinenmull ca. 120 cm breit, Meter . . . 1.05</p> <p>Wachstuch prima Barhent, ca. 100 cm breit, Meter . . . 2.25</p> <p>Frühstücksservice 245 Porzellan, für 2 Personen, mit verschiedenen Deloren . . .</p>
--	--	--

Belle-Alliance-Str. ♦ Gr. Frankfurter Str. ♦ Brunnenstr. ♦ Kottbusser Damm ♦ Wilmersdorfer Str.

Das Sperrgesetz angenommen.

Zweidrittelmehrheit im Reichstag.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde zunächst die Beratung des Ausschussberichts über die Rechtsverhältnisse der Eisenbahn auf die Freitagssitzung verschoben.

Abg. Hoch (Soz.):

Auch wir haben immer wieder auf Beschleunigung der Arbeiten in der Frage der Erwerbslosenfürsorge gedrängt. Heute erst habe ich die Regierung im Sozialpolitischen Ausschuss deshalb scharf angegriffen.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist die Beratung des Gesetzes über die Aussetzung der Rechtsstreitigkeiten über die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstentümern (Sperrgesetz).

Alle Rechtsstreitigkeiten, die zwischen den Ländern und den Mitgliedern der ehemals regierenden Fürstentümer sowie der übrigen in den Artikeln 57 und 58 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch genannten Familien bei deutschen Gerichten über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung und damit zusammenhängenden Fragen anhängig sind oder anhängig werden, sind auf Antrag einer Partei bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung (Geleß oder Vollstreckung) auszusetzen.

Unter das Sperrgesetz sollen auch alle Schiedsgerichtsverfahren und die Ansprüche der Seitenlinien der früheren Fürstentümer fallen.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache verabschiedet. Dagegen stimmen nur Deutschnationalen und Bölsche. Präsident Lohse stellt fest, daß sich an der Abstimmung zwei Drittel der Abgeordneten beteiligen wollten, und daß das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit angenommen worden sei.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über Militärgerichte und militärgerichtliche Verfahren.

Abg. Rosenfeld (Soz.):

Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf um den Versuch, wichtige Errungenschaften aus der Revolution wieder zurück zu machen. Wir halten an dem Wahlrecht für die Militärgerichte, wie es die Revolution geschaffen hat, fest, und sind nicht gewillt, an seinem Abbau mitzuwirken.

Es ist höchst eigentümlich, daß ein Minister aussprechen konnte, daß neben der Ermittlung der Wahrheit noch das Interesse des Staates stehen müsse.

In unserer Ablehnung dieser Vorlage werden wir noch gestärkt durch die Begründung, in der es heißt, daß Unteroffiziere und Mannschaften nicht immer ausreichend das zur Aufrechterhaltung der militärischen Manneszucht Erforderliche übersehen könnten.

Rach kurzen Bemerkungen des Abg. Korsch (Komm.) wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Beratung unter Ablehnung aller Abänderungsanträge gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Die Entschlebung: Die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für alle im öffentlichen Dienst stehenden Personen die Herausforderung zum Zweikampf und die Annahme einer solchen Herausforderung als Grund der Entlassung bzw. fristlosen Lösung des bestehenden Vertragsverhältnisses bestimmt wird.

wird in namentlicher Abstimmung mit 216 gegen 125 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Gesetzentwurf zur Abänderung des Strafgesetzbuches, wonach als § 210a folgendes bestimmt wird:

In den Fällen einer Verurteilung auf Grund der §§ 201, 202, 203, 206, 207, 208, 210 des Strafgesetzbuches (Zweikampf) ist für alle im öffentlichen Dienst stehenden Personen auf Dienstentlassung bzw. auf fristlose Lösung des bestehenden Vertragsverhältnisses zu erkennen,

wird ohne Aussprache dem Rechtsausschuss überwiesen.

Nach 2 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag nachm. 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Anträge der Parteien, besonders zu den Steuergeetzen.

Kommunale Konferenz!

heute, Freitag, den 5. Februar, abends 7 Uhr pünktlich, im Stadtverordnetenversammlungsaal, Rathaus, Königstraße.

Referenten s. d.: Stadtverordneter Franz Czerninski und Stadtrat Dr. Herz-Spandau.

Zur Teilnahme sind berechtigt: Die sozialdemokratischen Stadt- und Bezirksverordneten, Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder Berlins.

Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Die Städteordnung im Landtag.

Einwilligung der Strafverfolgung wegen Gotteslästerung!

Der Landtag setzte gestern zunächst die nochmalige Beschlussfassung über das Gesetz zur Änderung der Bestimmungen über die Stellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialparlamente, die durch den Einspruch des Staatsrats notwendig geworden war, von der Tagesordnung ab, um den Parteien zur nochmaligen Beratung Gelegenheit zu geben.

Abg. Pleß (Komm.) wünscht dann in einer an die Regierung gerichteten Anfrage Auskunft über die Memorde, insbesondere den Fall Bannier, wo die wirklichen Schuldigen von der Staatsanwaltschaft unterläßt worden seien.

Präsident Varnitz erklärt, daß es geschäftsmäßig unmöglich sei, eine Große Anfrage sofort auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Pleß (Komm.) wandelt nunmehr die Große Anfrage in einen Antrag um, da aber Abg. Lange-Windhof (Dnat.) der sofortigen Beratung dieses Antrages widerspricht, kann ihm nicht stattgegeben werden.

Beratung der Städteordnung

Abg. Brehler (Dem.) erklärt, für seine Fraktion seien die neuen Bestimmungen über Banken und bankenähnliche Institute, durch die die Genehmigungspflicht festgelegt werden und erteilte Genehmigungen widerrufen werden können, unannehmbar.

Abg. Müller-Franken (Wirtsch. Vgg.) ist für Heraussetzung des Wahlalters auf das 25. Lebensjahr und für das Zweitkommerzsystem. Den Bürgerchafentscheid müsse man ablehnen.

Abg. Danke (Volk.) erklärt das Eintreten seiner Partei für die Magistratsverfassung. Im übrigen lehnt er die Vorlage ab.

Abg. Breconr (Soz.) erblickt den schlimmsten Eingriff in die Selbstverwaltung in den Bestimmungen für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und wehrt die Einwände gegen das vorgesehene Bürgerchafentscheid ab.

Abg. Döer (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Abg. Hourß (Dem.) verlangt bestimmtere Vorschriften für die Veröffentlichungen über den Stand der wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden.

Es folgt die Einzelberatung. Beim § 17 vertagt der Landtag die weitere Einzelberatung auf Freitag 12 Uhr. Außerdem keine Vorlagen und Anträge.

Strafverfolgung wegen Gotteslästerung!

Die Beratung der Städteordnung wurde schon vorher durch eine Abstimmung unterbrochen, die zu bewegten Mißstimmungsgebungen der Linken führte.

Schäftsordnungsausschusses hinsichtlich der Genehmigungserteilung zur Strafverfolgung der kommunistischen Abgg. Kellermann und Lademann wegen Gotteslästerung bzw. wegen Beleidigung der Kirche. In namentlicher Abstimmung wird mit 186 gegen 137 Stimmen bei drei Enthaltungen beschlossen, die Strafverfolgung gegen den Abg. Kellermann zu erteilen.

Aus der Partei.

Eine Fabiergesellschaft in Indien.

In England hat die Fabian Society, die bekannte Vereinigung sozialistischer Intellektueller, zu deren Gründern Sidney und Beatrice Webb und Bernard Shaw gehörten, im Laufe von mehr als vier Jahrzehnten sehr viel zur geistigen Durcharbeitung der Probleme des Sozialismus und damit schließlich auch zum Aufbau der Labour Party selbst beigetragen.

Nun wird versucht, in Indien auf dem gleichen Wege das gleiche Ziel zu erreichen. Zu Anfang November wurde in Madras eine indische Fabian Society gegründet. Ihr Vorsitzender ist Major Graham Pole, ihr Sekretär S. M. Michael.

Die Aufgabe der neugegründeten Gesellschaft ist, vor allem für die Arbeiterorganisationen Indiens ein gemeinsames sozialistisches Programm auszuarbeiten, und sodann an der Bildung und Festigung einer indischen Arbeiterpartei nach dem Muster der englischen, zu arbeiten.

Parteinachrichten für die Rubrik sind hier an das Sekretariat, Berlin S.W. 44, Lindenstraße 1, 2. Hof, 2 Trepp. rechts, zu richten.

heute, Freitag, den 5. Februar:

- 34. Abt. 7 1/2 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
35. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
36. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
37. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
38. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
39. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
40. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
41. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
42. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
43. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.

Morgen, Sonnabend, den 6. Februar:

- 1. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
2. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
3. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
4. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
5. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
6. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
7. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
8. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
9. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.
10. Abt. 8 Uhr bei Köpfer, Hermannstr. 10, Funktionärskomm.

Jahresabschluss. Gruppe Mitte: Heute, Freitag, abends 8 Uhr, in der Schule Oststr. 12a Vortrag der Genossin Ellen Felder über 'Das Arbeiterproblem in Amerika'. Parteigenossen und Gäste herzlich willkommen.

Storbefehl der Groß-Berliner Partei-Organisation

33. Abt. Unsere Genossin Anna Hermann, Verw. Oststr. 14, ist verstorben. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Die Einäscherung ist bereits erfolgt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Teils heiter, teils neblig, allmählich wärmer werdend. - Für Deutschland: Im Südwesten noch ziemlich mild und meist bewölkt, im Nordosten Abkühlung und zeitweise aufklarend.

Nudel-Woche bis einschließlich Donnerstag, den 11. Februar

Table with 4 columns: Product name, current price, old price, and another price. Includes items like Eier-Band-Nudeln, Eier-Faden-Nudeln, Eier-Hörnchen, Eier-Makkaroni, Band-Nudeln, Faden-Nudeln, Figuren-Nudeln, Makkaroni.

5-Pfund-Beutel Reichelt-Auszugmehl ... 1,55 jetzt M. 1.42 Es gibt kein besseres Mehl!



Eigene Nudelfabrik

146 Geschäfte

die Firma der guten Qualitäten bei billigen Preisen

Gewerkschaftsbewegung

(Gewerkschaftliches siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

Schiedspruch für die Holzindustrie.

Zum Zwecke des Lohnabbaues haben die Bezirksverbände des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie die geltenden Lohnabkommen zum Ablauf Anfang Februar gekündigt. Das Tarifvertragswesen, das in der Holzindustrie schon eine jahrzehntelange Geschichte hat, hat hier eine etwas eigenartige Entwicklung genommen. Es bestehen etwa 20 Bezirks-tarifverträge mit nahezu gleichlautendem Inhalt und daneben Lohnabkommen. Vertragsparteien sind die beiderseitigen Bezirksorganisationen. Es sind Bestrebungen im Gange, das Vertragswesen wieder zu zentralisieren, doch stehen der Durchführung dieser Pläne noch Hindernisse entgegen. Tatsächlich sind aber die Zentralvorstände an der Leitung der Vertrags- und Lohnbewegung hervorragend beteiligt. Die Tarifverträge sind auf Grund einer zwischen den Zentralvorständen getroffenen Vereinbarung bis zum 15. Februar 1927 verlängert worden. Dagegen waren die Lohnabkommen, die im Anschluß an die miflungene Ausperrung im Sommer vorigen Jahres zunächst bis zum 15. Oktober abgeschlossen waren, von da ab mit zweimonatiger Frist kündbar. Mitte Januar wurden sie auf Anweisung der Zentralleitung des Arbeitgeberverbandes zum Ablauf Anfang Februar gekündigt.

Zwischen den Zentralvorständen wurde vereinbart, daß die Verhandlungen für alle Bezirke gemeinsam am 2. Februar in Leipzig geführt werden. Wenn auch die Fiktion der bezirklichen Verhandlung aufrecht erhalten wurde, so wurde doch tatsächlich zentral vor dem Lohnamt der Holzindustrie verhandelt. Die Unternehmer hatten ihre Forderungen erst unmittelbar vor Aufnahme der Verhandlung bekanntgegeben. Sie gingen dahin, die Löhne überall auf den Stand vom Juni vorigen Jahres zurückzuschrauben. Das besagt, daß die Zugeständnisse, die zum Abschluß der Ausperrung im vorigen Sommer gemacht worden waren, rückgängig gemacht werden sollten. Der angeforderte Abzug beträgt im Durchschnitt etwa 18 Proz. Außerdem wurde für eine Anzahl Vertragsbezirke eine Verschlechterung des Lohnschlüssels verlangt. Das heißt, die Abschaffung der Löhne für die einzelnen Ortsklassen, für die Berufsgruppen und Altersklassen. Derartige Forderungen konnten nur für die Bezirke gestellt werden, in denen der Schlüssel ein Bestandteil des Lohnabkommens ist; in den meisten Bezirken ist diese Materie im Mantelvertrag geregelt und deshalb zurzeit unfundbar.

Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig. Von den Arbeitervertretern wurde kein Zweifel darüber geäußert, daß sie keinem Lohnabzug zustimmen und gegebenenfalls auf den Neuaufschluß von Lohnabkommen verzichten würden. Das aber wäre ein, den Unternehmern sehr unerwünschter Zustand, insbesondere auch im Hinblick darauf, daß dies für den Zusammen-

halt ihrer Organisation recht gefährlich wäre. Als am 2. Februar eine Annäherung der Parteien sich als unmöglich erwies, wurde der Stadtrat Dr. Bluth ersucht, am 3. Februar die weiteren Verhandlungen als unparteilicher Vorsitzender zu leiten. Nachdem bis in die späten Abendstunden verhandelt worden war, verkündete er den Schiedspruch, der dahin geht, daß alle Lohnabkommen bis zum 31. Juli 1926 unverändert verlängert werden. Dieser Spruch bezieht sich auf folgende Vertragsgebiete: Baden, Bayern, Brandenburg, Bremen, Kassel, Düsseldorf, Halle, Hamburg, Hessen und Hessen-Nassau, Köln, Niedersachsen, Preußen, Sachsen, Schlesien, Schleswig-Holstein, Swinemünde, Thüringen und Württemberg. Eine Nachprüfung des Vertragslohnes soll unter gewissen Voraussetzungen in Köln nach dem 31. März zulässig sein. Hinsichtlich der Lohnschlüssel sieht der Schiedspruch einige unbedeutende Änderungen gegenüber dem bisherigen Zustand vor. Den Parteien ist eine Frist bis zum 12. Februar gesetzt für ihre Erklärung zum Schiedspruch.

Von dieser Regelung sind etwa 120 000 Arbeiter betroffen, die unter normalen Verhältnissen in den in Betracht kommenden Betrieben beschäftigt sind. Zurzeit herrscht auch in der Holzindustrie eine große Arbeitslosigkeit, doch scheint die Hoffnung auf eine bevorstehende Besserung nicht unbegründet. Für die Industrie dürfte es jedenfalls von Nutzen sein, wenn sie durch diese Verständigung in der bevorstehenden Zeit der Anfurteilung der Wirtschaft von Erschütterungen bewahrt bleibt.

Wirtschaftsbeihilfe in den Berliner Brauereien.

Die der Tarifgemeinschaft der Berliner Brauereien angehörenden Betriebe, mit Ausnahme der Schultzei-Vogelboiser-Betriebe, zahlen an ihre gewerblichen Arbeitnehmer die nachstehenden Beträge als Wirtschaftsbeihilfe: an Gelehrte und an das Hochschulpersonal 40 M., an Ingeleernte 30 M., an Frauen 20 M., an Lehrlinge 10 M. Diese Wirtschaftsbeihilfe wird gezahlt an alle gewerblichen Arbeitnehmer, die am 5. Februar 1926 im Betriebe beschäftigt sind und deren Arbeitsverhältnis seit dem 1. Oktober 1925 ununterbrochen andauert. — Für die in den Schultzei-Vogelboiser-Betrieben beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer ist eine andere Regelung vorgesehen. 15 Proz. des Reingewinns der Schultzei-Vogelboiser-Brauerei-Gesellschaft werden alljährlich an die dort beschäftigten Angestellten und Arbeiter verteilt.

Deutsche Streikbrecher nach Belgien?

Brüssel, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In Nordbrabant bei Charleroi im Hennegauer Streikgebiet fand am Donnerstag ein großer Protestumzug vieler Tausender streikender Arbeiter der Schwerindustrie statt, um Einspruch zu erheben gegen die Heranziehung deutscher technischer Arbeitskräfte, mit deren Hilfe die belgischen Unternehmer die stillliegenden Hochöfen und Werke in Gang bringen wollen. Im Umzug wurde in großen Lettern der Wortlaut des Telegramms getragen, das eine Verfechtung an die Maschinenfabrik Kugsburg-Rürnberg

forderte und in dem dringend um Entsendung technischer Hilfskräfte zur Beendigung des vielmonatigen Streiks gebeten wird. In der anschließenden Streikerversammlung wurde eine Entschlieung angenommen, in der das Vorgehen der Unternehmer scharf verurteilt wird.

Gewinn-Auszug
5. Klasse 20. Preussisch-Schlesische Klassen-Lotterie
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

1. Ziehungstag 3. Februar 1926, nachmittags
Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 25000 M. 20882	10 Gewinne zu je 2000 M. 49557 77061 85531 248970 278495
12 Gewinne zu je 2000 M. 81333 85237 77937 102726 212776 225818	32 Gewinne zu je 1000 M. 4944 14156 40085 61744 88861 70825 78556 124789 179154 139118 203161 209852 214128 236363 294990 280960
52 Gewinne zu je 500 M. 124 8858 9416 12897 28336 42398 42513 52754 64788 70432 82056 84756 90428 94007 95534 101884 106028 108343 112703 122268 127933 139349 145667 148381 152256 153900 157749 162707 166903 167946 180281 185789 187045 190444 201348 203327 203886 204040 239309 256853 257093 267209 285438 299544 272777 283541	204 Gewinne zu je 300 M. 2182 6351 22759 24788 25140 25885 27389 28137 30027 47636 49427 52461 59180 73359 76801 77610 80130 80636 83824 95413 95773 96993 97099 102367 103675 105543 106689 107832 109082 110284 118278 119551 121818 124099 125251 133317 134321 141053 142273 142354 142831 146132 146479 148236 154115 168280 161918 163259 164480 174262 174670 176129 179674 183075 185177 188721 190339 191451 194353 195566 196115 207310 208045 209510 214037 214782 216546 217359 223237 223154 226385 227826 234878 235063 236435 238465 237407 245577 248129 248792 250743 251026 254947 255900 258082 269711 264458 265327 265359 267872 268682 273409 279298 285395 286464 286967 288184 289589 291591 294391 294578 297099

2. Ziehungstag 4. Februar 1926, vormittags
Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 20000 M. 38833	2 Gewinne zu je 10000 M. 105562
6 Gewinne zu je 3000 M. 4642 52058 124478	6 Gewinne zu je 2000 M. 29460 191892 242381
22 Gewinne zu je 1000 M. 8908 45938 110870 114800 143800 151874 165105 236836 242467 280392 397464	52 Gewinne zu je 500 M. 4379 58126 91136 91905 94247 94340 106813 108738 111882 118792 125287 134382 136809 165700 168002 173892 183917 206026 212950 271191 273820 274283 288071 288728 288746 289587
228 Gewinne zu je 300 M. 3007 5256 14349 16276 19650 20492 20607 21487 26724 30224 34456 37024 37254 41654 44849 48451 52210 52901 55883 56054 58524 59729 60575 65508 69131 69227 74021 77199 79116 79301 81791 85935 88846 89677 90011 91813 93565 95077 96075 102933 103256 105875 106057 107877 110805 112251 114237 114746 116186 117028 121436 135414 136601 136803 136981 137056 139586 142671 145785 146206 148100 149626 150891 151823 153208 154173 161379 163791 167012 169720 173984 175478 176146 178826 185807 188438 191405 193876 196233 205975 208075 211903 214806 217507 219487 221146 221652 224068 225492 227307 227633 228690 233278 233827 233873 237435 240845 245349 246011 248483 248931 248977 256793 259181 265088 269099 269261 270138 270240 274821 277720 278617 279805 279800 280770 287709 290935 294729 295114	



Auch unter der Lupe
entdecken Sie keinerlei Risse und Sprünge im Leder, wenn Sie Ihre Schuhe mit Erdal behandeln. Erdal nährt das Leder und erhält es geschmeidig. Erdal verleiht Ihren Schuhen Schönheit und langes Leben. Verwenden Sie deshalb nur noch

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder!

Kressin



Blaukopf

Überall erhältlich



Güte die so überaus zahlreichen Bewerben ausrichtiger Teilnahme beim Preiswettbewerb unseres teuren Ehrentafelmann, Genossen 18.86

Hugo Richter
sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Berlin-Kaustorf-Süd
Im Rahmen der Hinterbliebenen
Marie Richter geb. Duckh.

Arbeitsamt

i. rheinisch-westf. Industriegebiet sucht

zum baldigen Eintritt einen in Theorie und Praxis erfahrenen

Berufsberater

der befähigt ist, auf diesem Gebiet Ersprießliches zu leisten. Zugleich wird gesucht eine ebenfalls praktisch erfahrene

Arbeitsvermittlerin

der bei Eignung die Berufsberatung der weiblichen Jugend übertragen wird. — Ausführliche Bewerbungen sind zu richten unter K.H.501 an die Geschäftsstelle der Westf. Allgem. Volks-Zeitung, Dortmund

BOESONSALZ



Was ist das Aht! und das Oh! Ihrer Gesundheit?

„Ihre Verdauung“

Sie haben eine schlechte oder mangelhafte Verdauung — also kaufen Sie sich in der Apotheke „Boeson Salz“! Bereiten Sie sich mit „Boeson Salz“ in einem Glase frischen Wassers jeden Morgen nüchtern sowie jeden Abend vor dem Schlafengehen das köstlich schmeckende kohlensäure „Boesongetränk“! Sie werden überrascht und beglückt sein, wie schnell und wohltuend „Boeson Salz“ Ihre Verdauung regelt und dadurch Ihre Gesundheit fördert. Dankbar werden Sie sein und dem „Boeson Salz“ treu bleiben!

BOESON G. M. B. H.
Chemisch-pharmaz. Erzeugnisse, Hamburg 5.

Domino-Masken

von 10 Pf. an, Bockdiermäuzen
Dtz. von 30 Pf. an. Alle Karneval- und Festartikel sehr billig seit 36 Jahren.
A. Maas & Co., Markgrafenstr. 84
an der Lindenstraße.

Marken-Zigaretten

kaufen Sie am billigsten
Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 32 Trepp
Versand nach auswärts franko.

Amerikanisches Glück.

Von Katharina Brody.

Schon oft sind der Fleiß und die Tüchtigkeit des reichen Bekleidungsindustriellen Isaac Goldweller als nachahmenswertes Vorbild für die Möglichkeit zur Erzielung eines großen Vermögens hingestellt worden. In den Handelsschulkursen wird er als Musterbeispiel dafür genannt, wie es selbst der ärmste Junge im Leben zu etwas Großem bringen kann. Sein Aufstieg vom gewöhnlichen Arbeiter bis zum Besitzer einer Firma, die in der fünften Avenue die Hälfte eines Riesengebäudes einnimmt, ist wohl bekannt. Es war ein äußerst harter Anfang gewesen. Unbekannt aber ist, daß es für Goldweller selbst keine Theorie dafür gibt, wie man es durch eigene Kraft zum Erfolg bringt. Er glaubt fest an Glück und ist im tiefsten Innern davon überzeugt, daß er sein Vermögen einzig und allein einem glücklichen Zufall an einem kritischen Punkte seines Lebens verdankt.

Goldweller wanderte nach Amerika aus, weil sich ihm dort mehr Zukunftsmöglichkeiten zu bieten schienen als in der alten Welt. Im Jahr 1900 kam er aus einem Dorfe in Litauen, einer unansehnlichen Ansiedlung von fünfzig jüdischen Familien, welche dort Bäden hatten und Handel mit den Bauern der Umgegend trieben. Er entstammte einer Hausiererfamilie. Während des ganzen Jahres zog er mit seinem Vater durch die abgelegensten russischen Dörfer. Sie lebten fast nur von Brot und Wasser, und abends erbeteten sie sich in schmutzigen Wirtschaften, in denen jeder betrunkene Ruschik das Recht hatte, auf einen Juden zu spucken, ein Nachtlager auf dem nackten Steinboden. Die Goldweller waren hieran gewöhnt als an etwas Unabänderliches. „Aber sie waren, was ihr Name besagt“, meinten alte Bekannte, „Goldweller — Schnüchlinge nach Gold.“

Eines Tages also verließ der Sohn des Hausierers das Land und ging nach Amerika. Weib und Kind ließ er bei seinen Eltern zurück, bis er bräuen sein Glück gemacht haben würde.

Er wohnte bei Freunden, welche ihn, der arm und verlassen inmitten des Treibens der großen Stadt stand, aus Mitleid bei sich aufgenommen hatten. Außer Goldweller hausten noch einige Untermieter dort, vier Männer und eine junge Verwandte, die ebenfalls erst kürzlich in das fremde Land gekommen waren.

Goldweller maß sechs Fuß, eine ungewöhnliche Größe für einen Juden. Das schwarze Haar eines gedrungenen Kopfes lag dick und glatt über der niederen Stirne. Groß und breit beherrschte die Nase sein Gesicht, dessen rüstlicher Teil nur aus Rinnsbäcken zu bestehen schien. Seine Besselsmuskeln spannten sich wie straffgezogene Seile unter einer blauen, welken Haut. Der starke Hals schien fast zu kurz für den prognostischen Schädel, den er zu kühlen hatte. Seine Stimme klang heller, die Zähne standen einzeln und schlecht gewachsen, so daß er beim Sprechen die Worte laute und halbe Silben verschluckte, wobei ihm der Speichel durch die Zahnlücken flidierte.

Er war viel zu ungeschickt und ungenüht für irgend eine der feineren Arbeiten in der Schneiderei, wie Bügeln oder Zuschneiden, und wurde deshalb Arbeiter in einem Geschäft der Pelzstraße, in dessen stickdunster Atmosphäre sich die durchdringenden Küchenbüste aus vier Mietwohnungen mischten.

Alltäglich stand er schon vor Morgengrauen auf und besuchte Gesicht und Hände mit kaltem Wasser, ohne Seife dabei zu verwenden. Er schlückte im Geschäft aus dem Korbe eines alten Hausierers, der die Arbeiter belieferete. Spät am Abend kam er nach Hause und sah an dem mit Wachstuch bedeckten Tische auf einem alten Brett, das über zwei Stühle gelegt war. Auf dieser Bank sahen alle Kostgänger gemeinsam. Manchmal kam nach dem Nachtessen ein armer Student der Medizin, der sich durch Erteilung von englischen Unterricht im Lesen und Schreiben an irgendeiner der Einwonderer etwas Geld verdiente. Während sich ein Schüler mit rührender Ausdauer Worte lernte und buchstabierte, unterhielten sich ringsum laut die anderen.

Wenn der Lehrer gegangen war, gab es oft lange Disputationen. Die rauhen Stimmen durchdrangen den Dunst des Pfeifen- und Zigarettenrauches wie Rebhühner den Nebel. Gewöhnlich disputierten sie darüber, wie man reich werden könne. Einige glaubten dies Ziel durch möglichst schnelle Amerikanisierung zu erreichen, und nahmen deshalb „Stunden“.

„Ihr kommt hierher und gebt euer Geld aus, um Amerikaner zu werden“, pflegte Goldweller zu sagen, „ich jedoch, ich werde das meineigen sparen. Geld und Glück — das ist alles, was man in Amerika braucht.“

Sein großer Glaube hieß Glück. Er kauerte immer darauf. Vorübergehenden suchte er es aus den Gesichtern herauszulesen. Er veräumte keine Gelegenheit, sich in alles hineinzuversuchen, da er stets hoffte, verborgenes Glück aufzufinden. Aber er war nicht abergläubisch. Nie glaubte er, daß man gewaltfam das Glück zwingen könne. Pflöglich mußte es kommen wie ein Blitz aus dem Himmel. Oder — es kam eben nicht. Er lebte ein altes hebräisches Sprichwort zu zitieren: „Die Blindheit der Gerechtigkeit ist die Blindheit einer Person, die einstmals gesehen hat. Aber das Glück ist von Geburt an blind.“

Goldweller leistete schwere, aber nicht gerade hervorragende Arbeit. Was man von ihm verlangte, das schaffte er.

Nach einigen Jahren ließ Goldweller Frau und Kind nachkommen. Er hatte drei dumpe Zimmer in der Ludlowstraße gemietet. In die Küche hatte er einen alten Tisch und drei Holzstühle gestellt, außerdem einige graue Töpfe und dicke Schüsseln. Er kaufte ein lackiertes Büfett, einen kleinen, schwarzangestrichenen, vierfüßigen Tisch und zwei glänzende Stühle mit hoher Lehne, deren oberster Teil mit riesigen Schnörkeln verziert war. Ferner kaufte er für seine Frau eine große hölzerne Wanduhr, zwei Porzellanöfen mit künstlichen roten Keilen und einen Kalender mit dem Bildnis einer Frau mit totenbleichem Gesicht und Schinkenarmeln.

Als er seine Frau in das neue Heim brachte, war sie wenig erbauet von diesem Mobiliar. Sie jammerte und klagte. Besonders mißerte sie das laue Trinkwasser an, und sie sehnte sich nach dem guten Wasser ihres russischen Heimatortes, das rein und kalt war wie frisch gefallener Schnee.

„Ist dies dein amerikanisches Glück?“ fragte sie voll Bitterkeit.

Die drei Räume Goldwellers dienten auch noch sechs Kostgängern, für die Mrs. Goldweller immerfort kochen mußte, um die laufenden Ausgaben bestreiten zu können. Immer stand sie gebückt am Küchentisch oder am Ausguck, kochend, badend oder scheuernd. Ihre Haut wurde hart und gelb, ihre Stimme dünn, ihr Wesen abweisend, ihre Redeweise wirkte geradezu verlegend.

Sarah, das damals vierjährige Kind, fand es stets am kügsten, sich in abgelegenen Winkeln aufzuhalten oder auf der Straße zu spielen.

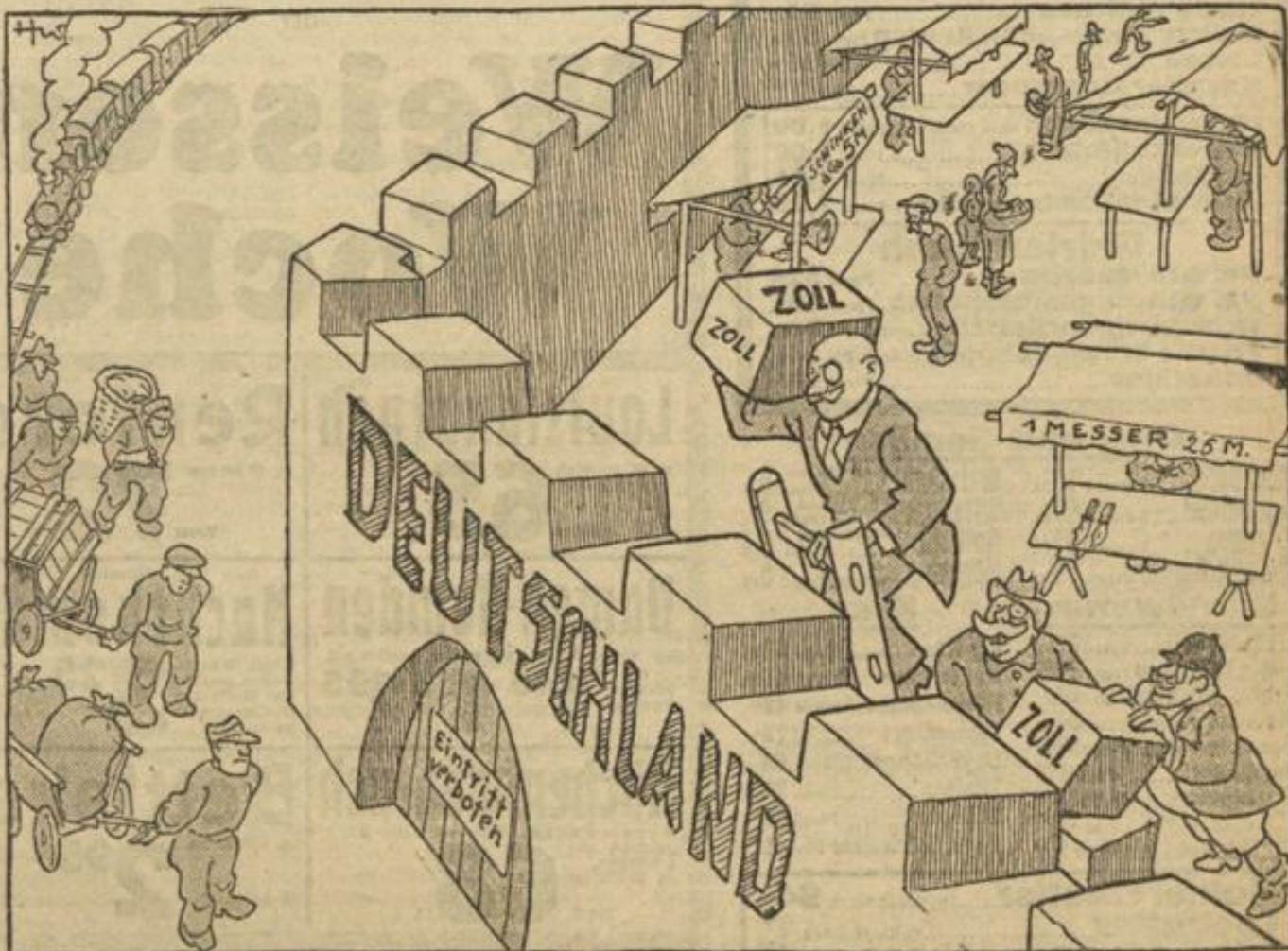
Wenn Goldweller vor Morgengrauen aufstand, klapperte seine Frau schon mit Geschirr in der Küche. Hastig schluckte er mit den Kostgängern einen unbeschreiblichen Fraß, der aus Resten vom vorigen Abend zusammengemischt war. Spät heimkehrend, schlang er sein Abendessen mit lautem Geschmach hinunter und schnarchte dann in einem Lehnstuhl, bis die Betten bereit waren.

Er hatte keinerlei Interessen und keine Sonderwünsche. Er arbeitete inständig hart, weil sein Körper anscheinend nach harter Arbeit verlangte, gerade so wie er inständig Geld zusammensparte, weil seine Seele sich hiernach zu sehnen schien. Er machte keine großen Pläne, doch besah er eine gewisse, angeborene Fähigkeit, aus jeder irgendwo geeigneten Sache den größtmöglichen persönlichen Profit herauszuziehen. Bei ganz unerwarteter Gelegenheit fand er Glück, weil er danach suchte und so fest daran glaubte.

(Schluß folgt.)

Landbundpolitik.

(Graß Kalkreuth auf der letzten Landbundsitzung: — nicht Zwangswirtschaft, sondern Wiederherstellung der freien Konkurrenz auf allen Gebieten der Wirtschaft ist notwendig.)



„Nur freie Konkurrenz, nicht Zwangswirtschaft!“
Ruft Kalkreuth aus mit aufgeblasener Kraft...
Mit Zöllen hat die Grenzen man verbaut,

Zum eignen Vorteil viel herauszuschlagen,
Und heute jammern sie und klagen laut,
Um dennoch neue Mauern aufzutragen.

Neue Ergebnisse der Atomforschung.

Von Wilhelm Renner.

Immer überwältigender enthüllt sich aus den Fortschritten der radioaktiven Forschung die unerhörte instinktivere Weisheit der Alten, der ionischen Philosophen besonders, die Weltgefühl genug besaßen, um an den Anfang ihrer Philosophie den Satz von der Einheit in der Mannigfaltigkeit der Materie zu stellen. Zu einer Zeit, die von irgendwelcher Methodik der Naturforschung noch nicht den geringsten Begriff hatte, umriß die Atomistik diesen Gedanken noch klarer, indem sie Qualitätsunterschiede in der Materie überhaupt leugnete und alles auf Jählbares oder Rebbares zurückführen wollte, indem sie — eine Theorie, die dem Buch eines Populärphysikers des zweiten Viertels des 20. Jahrhunderts entnommen sein könnte — der Materie nur ein zählbares Substrat: gleichartige Teilchen ließ, deren verschiedene Anordnung und Bewegung eben jene Differenzierungen der Materie verursachte, die die Wissenschaft weniger abnungssicherer Jahrhunderte als „Elemente“, als Unveränderliches ansehen zu dürfen glaubte.

Salt schon — vor etwa 100 Jahren — die „Erkenntnis“, daß jedes chemische Element aus gleichartigen, kleinsten, unteilbaren Teilchen bestehe, als eine glänzende Rechtfertigung der Atomistik, so ist der nächste Schritt, den die moderne Wissenschaft vor etwa 30 Jahren tun mußte: der Nachweis, daß jene „unteilbaren“ Teilchen, jene „Atome“, die Bausteine der chemischen Elemente ihrerseits doch nur wechselnde Gruppierungen von Bestandteilen seien, die in aller Materie dieselben sind — so war dies erst der vollkommene und endgültige Triumph des alten griechischen Weltbildes.

Den Weg zu dieser letzten Erkenntnis — wird es die letzte bleiben? — wies unter Zusammenfassung aller nicht ganz zu Ende gedachten Anregungen und Hinweise, die in ihren prinzipiellen Anzügen bis auf Helmholtz zurückreichen, der englische Forscher Sir Ernest Rutherford. Er stellte die ungeheure Energie, die bei dem natürlichen Zerfall der Atome der schwersten (radioaktiven) Elemente frei wird, in den Dienst seiner Forschungen. Er benutzte dazu die sogenannten Alphateilchen der schnell beweglichen Kerne des Heliumatoms. Indem er mit diesen Alphateilchen die Atome anderer chemischer Elemente sozusagen bombardierte, gelang es ihm, ihren Zerfall künstlich herbeizuführen. Bei diesem Verfahren nämlich wird — allerdings nur in außerordentlich seltenen Fällen — der Kern des Atoms, das zertrümmert werden soll, getroffen. Rutherford wies zunächst bei sechs dem Atomgewicht nach leichteren Elementen nach, daß durch solche Alphateilchen-Bombardements aus den Atomkernen jener Elemente Teile herausgerissen wurden, die sämtlich mit dem Kern des leichtesten aller bekannten Elemente, mit dem des Wasserstoffs, identisch waren.

Damit war die künstliche Umwandlung eines Elementes in ein anderes vollzogen, die alte Hypothese, daß Wasserstoff der Grundstoff aller Materie, das „Proton“ sei, bestätigt, die Grundfrage der geltenden Schulchemie zertrütert.

Die Forschungen in dieser, eine ungeheure Perspektive eröffnenden Richtung wurden sorgfältig: In England im Cavendish-Institut zu Cambridge, in Wien im Institut für Radiumforschung. Das Wiener Institut hat neuerdings bedeutungsvolle Fortschritte zu verzeichnen, die beweisen, daß die Atomforschung im großen und ganzen seit Rutherford auf dem richtigen Wege ist. So ist zum Beispiel das Element Aluminium von Dr. E. A. Schmidt untersucht worden. Er stellte fest, daß bei Bestrahlung von diesem Aluminiumblech mit Alphateilchen (Anfangsgeschwindigkeit circa 20 000 Kilometer pro Sekunde) nicht weniger als 80 Wasserstoffteilchen auf je 1 Million einfallender Alphateilchen abgespalten werden, während Rutherford seinerzeit nur auf 4 Wasserstoffteilchen pro Million Alphateilchen gekommen war. Außerdem gelang es Dr. Schmidt, die Aluminium-Atomzertrümmerung bei sehr erheblicher — bis zu 60 Proz. ihres Anfangswertes — abgebremseter Geschwindigkeit der Alphateilchen zu vollziehen. Ein außerordentlich wichtiger Fortschritt für die Methodik der ferneren Arbeiten, da man infolgedessen dazu übergehen können, auch die radioaktive Substanz Polonium für Atomzertrümmerungsversuche zu verwenden.

Bemerkenswert sind auch die Ergebnisse Dr. E. Stetters, dem es nach zweijähriger Arbeit gelang, einen Apparat zu konstruieren, mit Hilfe dessen es möglich ist, die Masse der schnellfliegenden Atomtrümmer durch Ablenkung im starken magnetischen und elektrischen Felde unmittelbar zu bestimmen. — Eine junge Physikerin, Frau Dr. R. Kara-Nikolowa hat die Zerlegbarkeit des Lithium-Atoms sichergestellt, dessen Zertrümmerbarkeit Rutherford bei seinen auf anderen Methoden beruhenden Versuchen als fraglich erklärt hatte. Endlich haben Dr. G. Kirch und Dr. J. Fetterjon Versuche an etwa 20 mittelschweren chemischen Elementen angestellt, deren Hauptergebnis die Feststellung der Zertrümmerbarkeit von weiteren acht Elementen, darunter Eisen und Zinn, ist. Den stärksten Beweis für die absolute Unanschaulichkeit der Atomzertrümmerungstheorie stellt wohl die Zerlegung der Atome des reinen Kohlenstoffes (Diamant) und die Abspaltung von Wasserstoffatomen aus alphaabgestrahlten Sauerstoffatomen dar.

Massenentdeckung von Doppelsternen.

Nach einem Ausbruch aus Johannesburg (Transvaal) hat der Astronom Dr. Vandebos von der Universität London auf der südlichen Halbkugel 130 neue Doppelsterne festgestellt.

Die Entdeckung von 130 neuen Doppelsternen von Dr. Vandebos, der zugleich die Behre ausstieß, daß viele für einfach gehaltene Sterne in Wirklichkeit Doppelsterne seien, hat bereits eine große Reihe von Vorläufern gehabt. Man unterscheidet sogenannte physische Doppelsterne von sogenannten optischen. Die Sterne, die tatsächlich ein eigenes System sind, nennt man physische Doppelsterne, während die anderen, die nur wegen ihrer großen Entfernung von uns als Doppelsterne erscheinen, optische genannt werden. Insgesamt sind uns gegenwärtig 10 000 Doppelsterne bekannt. Herschel selbst entdeckte fast 900 derartiger Sterne, die zwischen 4 Sekunden und 32 Sekunden Entfernung schwanken. Nur diese kann man als Doppelsterne bezeichnen, während diejenigen, die mehrere Minuten Entfernung aufweisen, nicht mehr für eigentliche Doppelsterne gehalten werden können. Der Astronom Struve entdeckte sogar mehr als 3000 solcher Doppelsterne, von denen 514 physische Doppelsternsysteme sind. Es ist bemerkenswert, daß die Zahl der Doppelsterne mit der Annäherung der Sterne an die Milchstraße wächst. In neuerer Zeit hat man auch Doppelsterne mit Hilfe des Spektroscops festgestellt, während früher das Fernrohr die einzige Möglichkeit war, veratmete Systeme am Himmel festzustellen. Dem Astronomen Pickering gelang es nämlich zum erstenmal, bei dem Stern Wizar im Spektrum in einer Zwischenzeit von 32 Tagen die ultraviolette Linie doppelt zu sehen. Daraus entnahm man, daß der Stern Wizar aus einem Sternpaar besteht und daß die Umdrehung in 104 Tagen erfolgt, woraus sich ergeben muß, daß in der Hälfte dieser Zeit sich jedesmal die Spektren der beiden Sterne übereinander lagern, so daß eine Verdoppelung der Linie im Spektrum entsteht. Auch auf andere Weise wurde auf spektroskopischem Wege nachgewiesen, daß helle Sterne, die anscheinend Einzelsterne sind, dunkle Begleiter haben, so daß es sich tatsächlich um Doppelsternsysteme handelt. Bei vielen Sternen, wie z. B. bei dem Stern Algol, sind sogar Systeme von mehreren Sternen festgestellt worden. In der letzten Zeit hat auch der Begleiter des Sirius bekanntlich dadurch in der Wissenschaft großes Aufsehen erregt, daß er eine ungewöhnliche Verschiebung der roten Linie im Spektrum zeigte, woraus man schließen zu müssen glaubt, daß die Masse dieses Begleiters des Sirius von einer Schwere ist, die sonst in der Welt noch nicht festgestellt worden ist. Die Schwere dieses Sterns beträgt ungefähr das Sehtausendfache der normalen.

Sonnenflecken und Radiowellen. Im Observatorium der französischen Stadt Meudon wurde in den letzten Tagen des Januar beim Erscheinen eines großen Sonnenfleckens, dem ein magnetisches Gewitter folgte, eine bedeutende Verstärkung der ankommenden Radiowellen festgestellt, die beispielsweise bei dem römischen Sender das Fünffache der normalen Stärke betrug. Die kosmische Ursache dieser Erscheinung bedarf noch der wissenschaftlichen Untersuchung.

HERMANN Billige Lebensmittel

Massgebende Vorarbeiten Leichtverdauliche Artikel sind vom Versand ausgeschlossen

Frisches Fleisch

Suppenfleisch Pfund 60 Pt.
 Fehrippe und Brust Pfund 70 Pt.
 Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 1,05
 Rouladen Pfund 1,10

Hammelvorderfleisch Pfund 78 Pt.
 Hammelrücken Pfund 85 Pt.
 Kalbskamm Pfund 68 Pt. Keulen Pfund 80 Pt.
 Liesen Pfund 95 Pt.
 Kasseler Rippespeer Pfund 1,30

Schweinebauch ohne Beilage Pfund 1,00
 Schullerblatt Pfund 1,00
 Schinken Pfund 1,05
 Schweinekamm mit Schaft Pfund 1,20

Gefrierfleisch

Pa. Ochsenbrust Pfund 52 Pt.
 Pa. Ochsenfleisch Pfund 56 Pt.
 Ochsenfleisch o. Knochen, Pfund 74 Pt.
 Frische Schweineköpfe m. Back, Pfund 54 Pt.
 Gehacktes Pfund 70 Pt.

Fortsetzung des grossen Verkaufs

der

Weissen Woche

Obst und Gemüse

Rohrpfel Pfund 10 Pt.
 Apfelsinen Dutzend 40 Pt.
 Zitronen Dutzend 35 Pt.
 Amerik. Apfel Pfund 35 Pt.

Weisskohl holländischer Pfund 6 Pt.
 Wirsingkohl holländ. Pfund 9 Pt.
 Rotkohl holländischer Pfund 9 Pt.
 Möhren gewaschen, Pfund 8 Pt.

Wurstwaren

Hausm.-Salze Pfund 45 Pt.
 Blut- u. Leberwurst Pfund 60 Pt.
 Hausm.-Leberwurst Pfund 95 Pt.
 Mettwurst grob, Pfund 95 Pt.
 Speckwurst Pfund 95 Pt.
 Jagdwurst Pfund 1,35
 Mettwurst n. Nr. Art, Pfund 1,45
 ff. Leberwurst Pfund 1,50
 Holst. Zervelat u. Salami Pfund 1,85

Käse

□-Käse Pfund 32 Pt.
 Harzerkäse Pfund 48 Pt.
 Kummelkäse Pfund 48 Pt.
 Camembert Pfund 75 Pt.
 Bayr. Stangenkäse Pfund 68 Pt.
 Tilsiter Pfund 78 Pt.
 Edamer Pfund 98 Pt.
 Bayr. Schweizer Pfund 1,45

Molkereibutter

Teebutter Pfund 1,00
 Frische Suppenhühner Pfund 1,35

Louisianatuch ca. 80 cm breit **65** Meter

Renforcé ca. 80 cm breit **72** Meter

Damen-Hemden mit voller Arbeit, aus gutem Hemdentuch mit Stöckel-Ärmeln **1,45 1,75 1,95**

Nachthemden a. gut. Wäsche-stoff, m. gesticktem Motiv und Hochkragen, reich garniert **3,25**

Rüchenhandtuch Gerstenkorn, weich mit toller Kante, gestickt und gebündelt, ca. 45/100 cm **68** Stück

Bettlaken ca. 180/210 cm **2,95**

Besonders preiswerte Bowlen- und Tischweine

Die Flaschenweinepreise verstehen sich ohne Steuer u. Flasche

Mosel- und Rheinweine 1/2 Fl. 10 Fl.
 1924er St. Martiner, Rheinpfalz **65 6,00**
 1924er Langsaurer Obermoseler **65 6,00**
 1924er Edenkobener, kleiner Tischwein **85 8,00**
 1924er Rhodter Kalkgrube **85 8,00**
 1924er Bayerfelder Schlossberg **85 8,00**
 1922er Gundersheimer, Rheinbessa **85 8,00**

Rot- und Desseriweine 1/2 Fl. 10 Fl.
 Roter Tarragona, vorzügliche Qualität **1,25 12,00**
 Sonnengarter, roter spanischer Säurewein **1,25 12,00**
 1924er Dürkheimer Feuerberg **1,75 16,50**
 Vorzüglicher Malaga, dunkel **1,75 16,50**
 Original Insel Samos **1,75 16,50**
 1922er Chât. Latour-Garnet **1,75 16,50**

Zur Bowle:
 10 Fl. 1924er Bayerfeld, Schlossberg 10,00 Steuer und
 2 Fl. Fruchtachsumwein, zusammen **10,00** Steuer und
 Flasche 3,00

Vorzüglicher Weisswein vom Fass **90** Steuer 10 Liter
 in sehr guter, reinstöniger Qualität, Ltr. **8,50** Steuer 7,70

Kolonialwaren

Bruchreis Pfund 18 Pt.
 Tafelreis Pfund 20 Pt.
 Weisse Bohnen Pfund 18 Pt.
 Linsen Pfund 19,23 Pt.

Hartgriss Pfund 30 Pt.
 Erbsen halbgroß Pfund 28 Pt.
 Viktoria-Erbsen Pfund 24 Pt.
 Kalif. Backobst Pfund 60 Pt.

Frisch gebrannter Kaffee Pfund **2,40 2,60**
 Kakao gute Qualität Pfund 48 Pt.

Gemüse- u. Obstkonserven

Stg.-Spargel sehr stark **3,45**
 Stg.-Spargel stark **3,35**
 Stg.-Spargel mittel **3,05**
 Stg.-Spargel schwach **2,65**
 Brechspargel stark **2,75**
 Brechspargel mittel **2,45**
 Gem. Gemüse sehr fein **1,95**
 Kaiserschoten **2,35**

Jg. Erbsen sehr feine **1,85**
 Jg. Erbsen feine **1,35**
 Jg. Schell- und Brock-Bohnen I. feine **75 Pt.**
 Sollerie in Scheiben **1,10**
 Apfelsmus **58 Pt.**
 Mirabellen **1,05**
 Kirschen schw. mit St. **1,05**
 Kaiserkirschen o. feine **1,15**

Fische und Räucherwaren

Grüne Heringe Pfund 10 Pt.
 Frische Fildern Pfund 13 Pt.
 Scheiffische Pfund 17 Pt.
 Kabliau Pfund 23 Pt.

Seelachs Pfund 23 Pt.
 Hamb. Bücklinge Pfund 23 Pt.
 Echte Sprotten Pfund 40 Pt.
 Räucherheringe 3 St. 25 Pt.

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
 8 Uhr:
 Der Kaufmann von Venedig
 Morgen 8 Uhr:
 Der Handmann von Venedig

Staats-Theater
 Opernhaus
 8 Uhr: Ritter Blaubart
 Opernhaus am Königsplatz
 7 1/2 Uhr: Butterfly
 Schauspielhaus
 8 Uhr: Peer Gynt
 Schiller-Theater
 8 Uhr: Maria Stuart

Städtische Oper
 Charlottenburg
 7 1/2 Uhr:

Hofmanns Erzählungen
 Abonn.-Turnus III.

Deutsches Theater
 8 Uhr:
 Inarez und Maximilian
 Kammerspiele
 8 Uhr:
 Die letzte Geiliche
 Die Komödie
 Karlstadtstr. 108/7
 8 Uhr

Gesellschaft
 11.15 Uhr:
 Nachtvorstellung
 „Der blaue Vogel“
 Alle Plätze
 4 und 5 M.

Trianon-Theater
 Heute 8 Uhr:
 Urzuführung
 Sadie v. Broadway
 Ein lust. Sings. u. d. am. Geschichtsleben
 Frz. u. Sd. II U.
 Nachtvorstellung

Großes Schauspielhaus
 Tägl. 8 Uhr:
 Die Schöne und das Biest
 Täglich 8 1/2 Uhr:
 Die Schöne und das Biest

Walhalla-
 Th. - Waldweg
 Täglich 8 1/2 Uhr:
 Königin der Nacht
 I. Preis, Stück m. Ges. u. Tanz 1.78
 Sonntag nachm. 4:
 Bernröschen

Herrnfeld
 Intimes Th. 8 U.
 Zwei gute Söhne
Jamil Schmock
Klabriasperte
 Kleine Friedenssp.

Deutsches Künstler-Theater
 8 Uhr:
Paganini
 Th. u. Karlsruhstr. 10
 8 Uhr:
Die Nacht der Rächte
 Th. u. Schiffbauerdamm
 8 Uhr:
 Der frühe Weinberg
 Lustspielhaus
 Geschlossen!
Wallner-Theater
 8 Uhr:
Kolportage

Bertin's Theater
 8 Uhr:
Messaline
Circus Busch
 Tägl. 7 1/2 Uhr:
 D. Gorillabaut
 u. d. neue Febr.-Prog.
Brettlbar!
 bleibt bis 15. Febr.
 Sig. 3 U. halbe Preise
 ungekürzt
 Der Graf von Monte Christo

Theater d. Westens
 Tägl. 8 Uhr:
 Das Spiel
 u. die Liebe
 Operette von Gilbert
 Friedenspreis
 M. 0,50 bis 10,-

Central-Theater
 8 Uhr:
Der Fremde

Metropol-Theater
 Tägl. 8 Uhr:
No no Nanette

Neues Th. am Zoo
 Ababendl. 8 Uhr:
Guido
Thielscher
Stöpsel
 Kleinstpreise: Parkett-28.
 Park. 1. u. 2. 3-4 M. Orchest.
 Parkett 5 M. Sessel 6 M.
 Vorverkauf ausgeschlossen

Casino-Theater
 Täglich 8 Uhr
Ken!
Der große Erlöb
Helenes
Liebesabenteuer
 und das beste Programm

Borsow-Bühnen
Theater
Königsplatz-Str.
 8 Uhr:
Exzesse
Hombörsenhaus
 8 Uhr:
Der Garten Eden
Die Tribüne
 8 Uhr:
Die neuen Herren

Theater im Admiralspalast
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Haller-Revue
Adlung!
Welle 505
3. billige
Woche
 Pr. 1 bis 8 M.
 Sonntags
 2 Vorstellungen
 1 und 8 1/2 Uhr:
 die ganze Vorst.
 z. halben Preis.

Gelegenheitskäufe in Damen-Schuhwaren!!

Kein Laden! **Potsdamer Str. 119, I. Hof** Geringe Spesen!

Wir bringen infolge günstigen Einkaufs: Moderne Fassons
 Erstklassigste Verarbeitung — Billigste Preise in allen Größen

von Mk. 4.65 bis Mk. 8.95
 in Box calf — Wildleder — Chevreau
 Ferner zur

EINSEGNUNG

Ein Posten **Mädchenschuhe** in braun u. schwarz zu Preisen
von Mk. 4.50 bis Mk. 6.50

Waren-Handelsgesellschaft m. b. H., Potsdamer Str. 119, I. Hof

Porzellan-Woche

zu enorm billigen Preisen
 Tafelservice, Kaffeeservice
 Gebrauchsgegenstände aller Art
 in bekannt guten Qualitäten

P. RADDATZ & Co

Leipziger Straße 122-123
 Bitte unsere Schaufenster zu beachten!

TELEFUNKEN

RUNDFUNK APPARATE UND RÖHREN VERBÜRGEN HÖCHSTLEISTUNG

Achten Sie auf den Telefunken-Stern!



Der Steuerwert landwirtschaftlichen Bodens.

Gesetzliche Neuanschätzung.

Die Frage der Festsetzung des landwirtschaftlichen Bodenwertes für die Steuer ist nicht nur für die Steuerpolitik selbst, sondern überhaupt für die Beeinflussung der landwirtschaftlichen Produktion von größter Bedeutung. Wenn man zugeben muß, daß auch die deutsche Landwirtschaft nicht anders als die Industrie sich in einer Umstellungskrise befindet, so muß man verlangen, daß die Bodenwertbestimmung dem Ziele angepaßt wird, diese Krise zu überwinden und einen Anreiz für die bestmögliche Ausnutzung der deutschen landwirtschaftlichen Produktionskraft zu schaffen. Dabei spielt die Festsetzung des Bodenwertes für steuerliche Zwecke eine entscheidende Rolle, der in dem sogenannten Bonitierungsverfahren, der Festsetzung einheitlicher Ertragsklassen für die einzelnen Bodenarten und ihre Lage erfolgt. Die Arbeiterschaft hat an dieser Frage ein um so größeres Interesse, weil auch sie danach streben muß, durch ein gerechtes und den Produktionsverhältnissen angepaßtes Steuersystem für die Landwirtschaft den unerschlichen und oft übertriebenen Klagen entgegenzutreten, die nun seit Jahr und Tag über die Steuerlast der Landwirtschaft kommen, ganz gleich, ob die Ernten gut oder schlecht sind.

Drei Entwürfe Preußens.

Die Frage einer sogenannten Neubonitierung des landwirtschaftlichen Bodens ist schon seit Jahrzehnten Gegenstand von Erörterungen in allen Kreisen, die sich mit Bodenwert- und landwirtschaftlichen Steuerfragen beschäftigen. Dem Verlangen ist nun für den Bereich des Reichslands Preußen durch das Abänderungsgesetz vom 26. Februar 1924 zum preussischen Grundbesitzwertgesetz insofern Rechnung getragen worden, als in dessen § 21 Absatz 3 bestimmt wird, das Staatsministerium habe sofort eine neue Berechnung des Wertes des Grundbesitzwertes in die Wege zu setzen und die Werte der einzelnen Bodenarten nach ihrer Ertragsfähigkeit unter der Mitwirkung der Hauptlandwirtschaftskammer feststellen zu lassen. Demgemäß hatte das Preussische Finanzministerium der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer Mitte Juni 1924 einen ersten Entwurf eines Gesetzes über die Nachprüfung und Berichtigung der auf Grund des Gesetzes betr. die anderweitige Regelung der Grundsteuer vom 21. Mai 1861 erfolgte Einschätzung der Liegenschaften vorgelegt. Aus den Beratungen eines von der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer eingeleiteten Bonitierungskomitees ergab sich ein zweiter Entwurf, der Anfang Oktober 1924 vom Finanzministerium vorgelegt wurde. Die Anordnungen wurden dann aber nicht zum Abschluß gebracht, weil durch die in Aussicht stehende Neuordnung der Reichssteuererhebung, insbesondere durch die Vorlage eines Reichsbesitzwertgesetzes, die Ratschläge nun auch reichsrechtlich mit Rücksicht auf die später erfolgte Neuanschätzung der Reichsbesitzwertgesetze und später noch den Spielraum für eine landesgesetzliche Neubonitierung lassen. Es ist sogar dringend wünschenswert, daß vor Inangriffnahme der Arbeiten des Reichsbesitzwertgesetzes und der zuständigen Stellen der Finanzämter die Länder alleamt erst eine Neu-

bonitierung des landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Bodens vornehmen, um für die reichsrechtliche Betriebsbewertung eine feste neuzeitliche Unterlage in der landesgesetzlichen Bodenbewertung zu erhalten. Dieser Auffassung scheint man auch im Preussischen Finanzministerium sowie in der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer zu sein. Denn im September 1925 — kurz nach Verabschiedung des Reichsbesitzwertgesetzes im Reichstage — hat das Preussische Finanzministerium einen dritten Entwurf für ein preussisches Bonitierungsrecht fertiggestellt, zu dem die Hauptlandwirtschaftskammer jetzt ihre Stellungnahme fundiert.

Das Gutachten der Hauptlandwirtschaftskammer.

Das erstattete Gutachten sagt im allgemeinen Teil u. a.: „Da die zurzeit in Preußen noch gültigen Grundsteuerreinerträge bereits in den Jahren 1861 bis 1864 (!!! Die Schriftleitung.) festgesetzt worden sind, ist der alte Grundsteuerertrag nicht mehr überall zutreffend. . . . Es entspricht daher durchaus dem Grundgedanken der steuerlichen Gerechtigkeit, daß eine Anpassung an die gegenwärtigen Verhältnisse erfolgt. . . . Da die Arbeiten zur Durchführung des Reichsbesitzwertgesetzes, soweit sich das aus ihrem derzeitigen Stand beurteilen läßt, voraussichtlich noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen werden, bis der „Einheitswert“ ermittelt ist, wird Preußen genötigt sein, inzwischen auf einer anderen Grundlage seine Steuern zu erheben.“

Diese Grundlage, so glaubt die Hauptlandwirtschaftskammer, werde sich durch die beabsichtigte allgemeine Neubonitierung schaffen lassen. Sie unterläßt deshalb das Unternehmen des Finanzministeriums und gibt zum dritten Gelegentwurf ihre Abänderungsvorschläge bekannt, zu welchen an dieser Stelle jedoch nichts gesagt werden kann, weil der Gelegentwurf selbst noch nirgendwo veröffentlicht ist, also auch jene Vorschläge für sich genommen keine allgemeine Beurteilung zulassen.

Bonitierung und Reichssteuer.

Zur Sache selbst wurde schon bemerkt, daß eine allgemeine Neuanschätzung des deutschen Bodens, und zwar unabhängig von den Vorschriften des Reichsbesitzwertgesetzes, zugleich aber auch als eine wichtige Vorarbeit für die reichsrechtliche Betriebsbewertung, durchaus wünschenswert sei. Wünschenswert wäre aber auch, daß alle Länder sich zu einer Feststellung nach übereinstimmenden Merkmalen verständigen möchten. Die Sonderbewertung des Bodens nach seiner Ertragsfähigkeit ist schließlich auch um deswillen von großer Wichtigkeit, weil es nicht ausgeschlossen ist und von beachtlichen Wirtschafts- und Steuerreformern nachdrücklich erstrebt wird, aus produktionsfördernden Erwägungen die landwirtschaftliche Vermögenssteuer ausschließlich auf die Bodenwerte zu verteilen, die landwirtschaftlichen Gebäude und anderen Betriebsmittel aber steuerfrei zu lassen. Das Reichsbesitzwertgesetz hat in diesem Punkte sicherlich noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Otto Albrecht.

anderer Staaten gegen das Dumping dargestellt und in ihrer Wirkung auf den Handelsverkehr geschildert werden. Diese Denkschrift, unterzeichnet von dem volksparteilichen Wirtschaftsminister Curtius, liegt nunmehr vor. Die Schlussfolgerungen, die aus dem reichen Material gezogen werden, sind eine glatte Widerlegung der neuen Wünsche der Schutzöllner. Es heißt nämlich wörtlich:

„Die Betrachtung der ausländischen Gehegung ergibt zusammengefaßt folgendes:

1. Das Valutadumping haben in verhältnismäßig wirksamer Weise von dem heimischen Markte fernzuhalten versucht nur Belgien, die Schweiz, Kanada, Australien und Neuseeland.

2. Der Gesamtexport derjenigen Länder, deren Industrie in größerem Umfange Valutadumping getrieben hat, ist durch ausländische Valutadumpingbestimmungen nur in geringem Umfang zu erschwert worden.

3. Gerade die am stärksten am Welthandel beteiligten Staaten — insbesondere die europäischen Großstaaten sowie Nordamerika und Japan — haben auf eine Bekämpfung des Valutadumpings entweder ganz verzichtet oder sich — wie z. B. England — mit vorübergehenden Maßnahmen für einzelne wenige Waren begnügt. Die zölpolitische Bekämpfung des Valutadumpings hat bisher also noch nicht zu den allgemein gebräuchlichen Methoden der internationalen Handelspolitik gehört.“

Damit ist die Zolldevisenpolitik eigentlich wieder einmal zusammengebrochen. Man kann gespannt sein, mit welchen neuen Scheingründen die deutschen Schutzöllner jetzt den Kampf gegen diese verlorne Absicht durch einen Wirtschaftsminister der Deutsch-Volkspartei wieder aufnehmen werden.

Der Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 3. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stand vom 27. Januar (119,7) um 0,4 Proz. auf 119,2 zurückgegangen. Gesunken sind die Preise für Getreide, Kartoffeln, Schmalz, Fleisch, Speck, Hopfen, Wundschäute, Kalbfelle, Baumwollgewebe, Rohwolle, Blei und Benzin. Höher lagen die Preise für Weizen, Butter, Milch, Baumwollgarn und Kupfer. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 114,1 auf 113,5 oder um 0,5 Proz., die Industrierstoffe von 130,1 auf 129,9 oder um 0,2 Proz. nachgegeben. Für den Durchschnitt Januar ergab sich ein Rückgang der Großhandelsindexziffer von 121,5, im Durchschnitt Dezember 1925 auf 120,0 oder um 1,2 Proz.

Landwirtschaft und Landmaschinen-Industrie. Bei der neuerlichen Inangriffnahme des Gesamtproblems der Intensivierung der Landwirtschaft war vielfach darauf hingewiesen worden, daß es der besonders stark beteiligten Industrie landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte leichter noch an einer zu planmäßiger Arbeit notwendigen geschlossenen Front fehle. Dieser Zusammenbruch ist nunmehr erreicht; die bisherigen Einzelorganisationen genannten Industriezweigs haben sich am 2. Februar im Verband der Deutschen Landmaschinen-Industrie mit dem Sitz Berlin W. 15 vereinigt. Dem neuen Gesamtverband, der sich aus dem seit 1897 bestehenden alten britischen Verein (L.M.B.), der Kraft-Flug-Industrie, dem Mähmaschinenverband und dem Milchzentrifugenverband zusammenschließt, gehören über 400 Landmaschinenfabriken mit einer normalen (heute natürlich reduzierten) Beschäftigtenzahl von mehr als 60 000 Beschäftigten an. Dabei werden die Hersteller von Pflügen und sonstigen Bodenbearbeitungsmaschinen mit und ohne Krantrieb, von Maschinen und Geräten zur Pflanzenpflege, zur Ernte und Aufbereitung der landwirtschaftlichen Produkte, wie auch die Fabrikanten der in der Landwirtschaft verwendeten Kraftmaschinen, Motoren, stationären und ortsbeweglichen Betriebsanlagen erfasst. Es handelt sich jedoch bei diesem neuen Gesamtverband — wie von beteiligter Seite betont wird — keineswegs um ein Kartell im Sinne strenger Preisbildung und Preisvereinbarung; die Ziele des Verbandes der Deutschen Landmaschinen-Industrie sind vielmehr auf die wirtschaftspolitische, wirtschaftliche und technische Förderung des Landmaschinenwesens zur Produktionsförderung und -Steigerung der deutschen Landwirtschaft und daneben auch zur Herbeiführung der Wettbewerbsfähigkeit dieses bedeutenden deutschen Industriezweigs auf dem Weltmarkt gerichtet. Der Verband tritt am 23. Februar mit einer Tagung im Reichswirtschaftsrat vor die Öffentlichkeit.

H.-G. vom J. C. Spinn u. Sohn. Die stundenlangen Erörterungen, die auch die gestrige Generatorenversammlung kennzeichneten, bewiesen wieder, daß Bilanzen sehr häufig dazu da sind, Lausachen zu verfaßeln. Die Bilanz per 31. März 1925 schließt mit einem Verlust von 336 300 M. bei einem Aktienkapital von 565 000 M. Da in der Goldbilanz erhebliche innere Reserven vorhanden waren, die in der Bilanz verschwunden sind, sind auch hier Verluste entstanden, die bilanziell gar nicht zum Ausdruck kommen. Um die Bilanzguthaben zu decken, hat die Gesellschaft auf ihr Grundstück, Wassertrift 9, eine Hypothek von der Bayerischen Hypothek- und Wechselbank aufgenommen. Sie bekam kein bares Geld, sondern Pfandbriefe, die ihr mit 89 Proz. abgerechnet wurden. Sie will nun ihr Grundstück verkaufen, um die Zinslasten zu verringern. Die Gesellschaft steht unter Geschäftsaufsicht, und hat ein Moratorium von 10 Monaten von ihren Gläubigern erhalten. Das Unternehmen hat für ihre Bronzegehäuse in erster Linie Automobil- und Flugzeugindustrie als Kundschaft. Diesen Betriebszweigen geht es beinahe schlecht. Darunter leidet auch die Gesellschaft. Sie hat ihren Betrieb eingeschränkt und hat mit allen Arbeitern und Angestellten, die in einem Kündigungsverhältnis zur Firma stehen, die Vereinbarung getroffen, daß die Arbeitszeit und damit auch die Bezüge um die Hälfte gekürzt werden. Die Angestellten in gehobener Stellung, Prokuristen und Direktoren, die einen langfristigen unförderbaren Vertrag haben, werden von diesem Abkommen nicht getroffen. Sie erhalten ihre Bezüge ungekürzt weiter. Auch hier ist wieder der Beweis, daß die Leidtragenden der wirtschaftlichen Krisis in erster Linie die proletarischen Arbeitnehmer sind.

Die neue estnische Agrarreform. Die estnische Staatsversammlung hat in dritter Lesung das Landreformgesetz betreffend die Neuordnung des Besitzes von Pachtländern angenommen. Nach dem neuen Gesetz gehen Pachthöfe bis zur Größe von 50 Hektar sowie sonstige verpachtete ländliche Anwesen bis zur Größe von 5 Hektar in das freie Eigentum des Pächters über, wenn das Gut, von dem der Pachthof abgetrennt ist, größer ist als 20 Hektar. Die Neuordnung kann sowohl auf Ansuchen des Besitzers, wie auch des Pächters eingeleitet werden. Die Vermittlung übernimmt eine in jedem Kirchspiel eigens eingesezte Kommission. Der Staat bezahlt das zum Hauptgut abgetrennte Land dem Eigentümer in drei Jahresraten. Dieormaligen Pächter erhalten zwei Drittel des Wertes des Staats in 36 Jahresraten zurück. Durch das Gesetz werden etwa 10 000 ländliche Anwesen betroffen. Die Landbesitzer haben natürlich, gegen die Annahme gestimmt.

Die Reichsbank am Januarende.

Die überflüssige Diskontherabsetzung.

„Der Ausweis der Reichsbank vom 30. Januar zeigt, daß die Zunahme der Kapitalanlage der Bank in der letzten Januarwoche geringer gewesen ist als die in sämtlichen letzten Monatswochen des Vorjahres.“ Mit diesem Satz beginnt die Reichsbank die Erläuterung ihres Januarausweises. In die Sprache des Wirtschaftslebens übersetzt, bedeutet er, daß die Inanspruchnahme der Reichsbank für den Kreditbedarf der Wirtschaft zum Monatsende während des ganzen Jahres 1925 nie so niedrig war wie diesmal. Das ist ein Kommentar zur Wirtschaftskrise, der es überflüssig macht, die Handelskammerberichte über die Wirtschaftslage zu studieren und die Arbeitslosigkeitsziffern zum Januarende abzuwarten. Das Wirtschaftsleben verharrt in absoluter Stagnation.

	Jan. 1925	Jan. 1925	2. Quart. 25	2. Quart. 25
	(in Millionen Mark)			
Knoten und Schulden				
Reichsbanknotenumlauf	2649	2980	2949	2474
Giroeinlagen der Wirtschaft	579	697	620	564
Kredite an die Wirtschaft				
Lombardkredite	11	10	56	46
Wechselkredite	1464	1915	1717	1691
Knotenbedeckung				
durch Gold	1355	1308	1175	1061
durch Devisen	418	402	319	354
zusammen	1073	1810	1494	1415
Deckungsverhältnis				
durch Gold und Devisen %	83,2	54,4	56,4	57,2
Gesamtbankumlauf				
Noten, Rentendankfcheine, Priv.-B.-noten u. Münzen	4868	5208	5080	5000

Der Bestand an Wechseln und Schecks erhöhte sich um 113,5 auf 1464,4 Millionen. Von dieser Zunahme kommen bestenfalls 43,5 Millionen auf neue Kredite an die Wirtschaft; denn 65,2 Millionen der Zunahme geht auf das Konto der von der Reichsbank bei anderen Stellen weitergegebenen Wechsel, die von diesen zur Reichsbank zurückfließen. Da die Reichsbank unter den Wechseln und Schecks nicht nur Inlandswechsel, sondern auch sonst nicht ausgewiesene Auslandswchsel führt, ist es unter Umständen überhaupt fraglich, ob der Bestand an Inlandswechseln erhöht ist. Die lombardierten und eigenen Wertpapiere erhöhten sich um insgesamt 7 Millionen Mark, also auch hier eine ganz minimale Zunahme. Auf der anderen Seite nahmen die zinslosen Giroeinlagen der Reichsbankkunden um 343,5 Millionen auf 578,7 Millionen ab. Es liegt also die Tatsache vor, daß der Goldbedarf am Monatsende, soweit er von der Reichsbank bedient werden muß, fast vollständig durch einfache Verringerung der Giroguthaben bedrückt werden konnte.

Unserer bei der Besprechung der beiden Wochen ausweise nach der Diskontherabsetzung ausgesprochene Hoffnung, die Herabsetzung des Diskonts könne ihre anregende Wirkung vielleicht nachträglich noch beweisen, hat sich nicht erfüllt. Die Diskontermäßigung hat nicht vermocht, dem Wirtschaftsleben jenen Anstoß zu geben, der ihr Zweck sein mußte. Die Währung im Absatz und in der Beschäftigung der Industrien dauert trotz Auslandskredite und Diskontermäßigung unermindert fort. Zu den 12,4 und mehr Prozent, die die privaten Banken für Wirtschaftskredite verlangen, gibt es für die massenhaften flüssigen Gelder, für die nur 4, höchstens 4 1/2 Proz. bezahlt werden, in Deutschland keine Verwendung. Wenn

die Diskontherabsetzung dafür Verwendung schaffen sollte, war sie umsonst.

Entsprechend der geringen Inanspruchnahme der Reichsbankmittel ist der Banknotenumlauf außergewöhnlich niedrig, seine Deckung durch Gold und deckungsfähige Devisen außergewöhnlich hoch. Der Notenumlauf beträgt 2648,8 Millionen, seine bankgesetzliche Deckung 63,2 Proz., ein Prozentfuß, der ebenfalls im vergangenen Jahre nie erreicht worden ist.

Brotkonsum und Arbeitslosigkeit.

Wir berichteten bereits über die neuen Pläne der Regierung, den Verbrauch von Roggenbrot, und zwar zum Teil sogar mit zwangswirtschaftlichen Maßnahmen zu fördern. Eine große Rolle spielte dabei auch der Gedanke, die Arbeiterschaft neige jetzt zu einem überflüssigen „Luzus“, indem sie das Weibstrot vorgehe. Diese törichte Annahme wurde schon im „Vorwärts“ durch eine Darstellung aus genossenschaftlichen Kreisen widerlegt. Es ist interessant, festzustellen, daß auch einsichtige Kreise der landwirtschaftlichen Praxis erkennen, wie im Grunde genommen gerade die Verarmung breiter Massen ein starker Antrieb zum verstärkten Weizenverbrauch ist. So schreibt Saatgutinspektor Heinz Grünwald im „Berliner Tageblatt“ folgendes:

Das Roggen-Weizen-Problem steht zurzeit im Mittelpunkt des agrarpolitischen Interesses. Die Verdrängung des Roggens durch den Weizen aus dem Konsum hat ganz natürliche Ursachen. Sie resultiert zum Teil unter anderem aus einer gewissen Antipathie gegen das Roggenbrot aus den schlechten Ernährungsverhältnissen des Krieges heraus und besonders aus dem Niedergang der Einkommensverhältnisse der Arbeiterschaft und des Mittelstandes, deren Konsumkraft immer mehr abnehmend für die Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte und damit der Wirtschaftslage der Landwirtschaft gewesen ist. Weizengebäd läßt sich auch trocken gut verzehren, hält sich über die langen Arbeitszeiten, ohne an Schmachhaftigkeit zu verlieren. Roggenbrot dagegen wird schnell unansehnlich, verdorrt und wird ohne Fett oder Wurst, zum Fleischbeleg dazu auf die Dauer nur ungenügend gegessen. Fleisch, Wurst und Fett aber sind Zeichen des Wohlstandes! Es ist daher verständlich, wenn eine verarmte Bevölkerung sich dem Gebäud zuwendet, das einen Konsum auch ohne Fett und Beleg bei dazu höherer Schmachhaftigkeit gestattet und das ist das Weizengebäd. Die Tatsache ist also die, daß das Weizengebäd nicht mehr nur ein Luxusgebäd ist.

Der landwirtschaftliche Fachmann empfiehlt zum Kampf gegen die Abnahmskrise für Roggen den vermehrten Anbau von Weizen, der durch die neuerlichen Ergebnisse der Saatgutzüchtung auch auf leichteren, sonst nur für Roggenkulturen benutzten Böden möglich ist. Wir halten in der Tat diesen Weg für gangbarer als jeden Versuch, durch Zurecht oder gar zwangswirtschaftliche Eingriffe die Bevölkerung zu bewegen, auf Weizengebäd zu verzichten.

Zusammenbruch einer neuen Zollagitation.

Die Schutzöllner sind mit dem, was sie in der letzten Gehegvorlage erreicht haben, noch immer nicht zufrieden. Die Tatsache, daß die Währungen einzelner Länder zerrüttet sind, vor den Führern der Schwerindustrie Anlaß, unter dem Vorwande der Abwehr einer Valutadumpingneue neue Zollmaßnahmen zu fordern. Die Rechnung war durchsichtig, denn es ist ein allgemeiner Grundsat, daß neue Zollserhöhungen leicht eingeführt, aber schwer wieder abgelehrt werden. Zunächst begünstigt die Freunde dieser neuen Zölle damit, durch Reichstagsbeschlüssen von der Regierung eine Denkschrift zu verlangen, in der die Maßnahmen

Übler Mundgeruch schon ab-
klingen,
Häufig
gebürste
Zähne

entstehen das schändliche Übel. Beide Schuldverursacher werden sofort in voll-
kommen unschädlicher Weise beseitigt durch die Zahnpaste **Chlorodont**.

REICHS-KREDIT-GESELLSCHAFT

AKTIENGESELLSCHAFT - BERLIN

Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1925.

Das Jahr 1925 brachte für die deutsche Wirtschaft besonders große Schwierigkeiten mit sich. Trotz starker Erschütterungen machen sich indessen Anzeichen zu einer allmählichen Gesundung unseres Wirtschaftslebens bemerkbar. Wir haben bereits in unseren Berichten über „Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1925“ und über „Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1925/26“ dargestellt, daß die Produktion um die Mitte 1925 etwa die Ziffern von 1913 erreicht hatte, daß aber der Absatz noch nicht auf die Höhe gekommen war, die ihm in der Vorkriegszeit ein konfriblerer Binnenmarkt und ein größerer Export ermöglichte. Infolgedessen ist in der zweiten Jahreshälfte die Produktion wieder zurückgegangen. Wenn auch eine gewisse Neubildung von Kapital unverkennbar ist, so war doch die deutsche Wirtschaft im Berichtsjahre genötigt, in erheblichem Ausmaße Kredit im Ausland anzufordern.

Wirtschaftszweig	Es erklärten Dividenden:					
	0%	1-5%	6-7%	8-10%	10-15%	16-20%
Banken	15,22	4,59	11,16	37,34	1,15	98,100
Bahnen	14,31,5	10,36,4	8,18,2	8,11,3	1,2,3	44,100
Brauereien	9,14,3	9,21,4	4,9,5	9,21,4	14,33,4	42,100
Industrie-Gesellschaften	418,50,2	106,12,8	100,12,8	158,19,0	42,3,1	830,100
Schiffahrtsgesellschaft	10,8,3	1,8,3	—	1,8,4	—	12,100
Versicherungsgesellschaft	11,23,9	1,2,3	14,30,4	18,39,1	2,4,4	95,100
Summe	474,45,4	127,13,2	143,13,7	228,21,9	60,5,8	1042,100

Die Höhe der Beteiligung des englischen Kapitals bei uns im Berichtsjahre, als das englische Embargo und Auslandsverbot am Anfang November aufgehoben wurde. Wir sehen in dieser Aufhebung eine Maßnahme von nicht geringer Bedeutung für die internationale Kapitalvermittlung.

Der hohe Realzins, der den ausländischen Zuleh- zern gewährt werden mußte, hat im vergangenen Jahre im allgemeinen noch keine Minderung erfahren. Die Verzinsung ist gegenüber der Rate, die von den ausländischen Zuleh- zern im eigenen Lande erlangt wird, noch immer sehr hoch.

Von großer Bedeutung für die Gestaltung der Lage auf dem Kapitalmarkt und insbesondere auf dem Geldmarkt war die Entwicklung der Handelsbilanz. Sie zeigte zu Beginn des Jahres eine starke Passivität, hat sich aber in den letzten Monaten erheblich gebessert. Die günstige Ernte und Zurückhaltung bei der Wiederauflösung der Lager haben zu diesem Ergebnis wesentlich beigetragen.

Ein Vergleich der Zinssätze in Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika und England ergibt folgendes Bild:

Zinssätze 1925.	Monat											
	Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
Deutschland	11,28	11,92	11,26	10,13	10,48	10,68	10,87	10,84	10,99	10,62	10,45	10,20
England	10	10	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9
Vereinigte Staaten	5,31	5,01	5,00	5,00	4,97	4,76	4,78	4,68	4,18	4,09	4,08	4,08

Wirtschaftszweig	Es erklärten Dividenden:					
	0%	1-5%	6-7%	8-10%	10-15%	16-20%
Banken	15,22	4,59	11,16	37,34	1,15	98,100
Bahnen	14,31,5	10,36,4	8,18,2	8,11,3	1,2,3	44,100
Brauereien	9,14,3	9,21,4	4,9,5	9,21,4	14,33,4	42,100
Industrie-Gesellschaften	418,50,2	106,12,8	100,12,8	158,19,0	42,3,1	830,100
Schiffahrtsgesellschaft	10,8,3	1,8,3	—	1,8,4	—	12,100
Versicherungsgesellschaft	11,23,9	1,2,3	14,30,4	18,39,1	2,4,4	95,100
Summe	474,45,4	127,13,2	143,13,7	228,21,9	60,5,8	1042,100

Die teils freiwillige, teils unfreiwillige Umwidmung großer in- dustriegruppen hat eine allgemeine Desorientierung des Wirtschaftslebens hervorgerufen, die leicht hätte verhängnisvoll werden können, wenn die Banken nicht in wichtigen Fällen zusammengetreten wären, um die notwendigen Reorganisations in geordnetem Formen durchzuführen. Auch wir haben uns in verschiedenen Fällen hierbei beteiligt, insofern der durch die erwähnten Umwidmungen hervorgerufene Desorientierung und größere Beträge dem Kapitalmarkt entzogen und dem Geldmarkt zugeführt werden. Hierdurch wurde die Entspannung auf dem Kreditmarkt, zu der die ausländische Kapitalbildung und die Kapitalzufuhr aus dem Auslande Veranlassung gaben, zunächst aufgehoben. Erst gegen Jahresende und zu Beginn des neuen Jahres hat sich die Verbesserung der Liquidität in einer Erleichterung auf dem Kreditmarkt und in einer Verringerung der Zinssätze, insbesondere für kurzfristige Anlagen, ausgeprägt. Die dabei eingetretene Vergrößerung der Spanne zwischen den Zinsen für kurzfristige und langfristige Anlagen hat einen Anreiz geschaffen, Kapitalien wieder in stärkerem Maße langfristigen Anlagen zuzuführen.

Die durch die Umwidmungen hervorgerufene Erschütterung der Wirtschaft hat zu allen Folgen und im Verlaufe mit dem allgemeinen Streben nach größerer Liquidität auch die Börse in starke Mitleidenschaft gezogen. Der hieraus resultierende Kurstrend verschärfte sich, als erkennbar wurde, daß bei der Mehrzahl der Aktien die zu erwartende Rente, an den Zinsverhältnissen in Deutschland gemessen, sehr gering sein würde. Wir geben nachstehend eine Aufstellung über die Dividendenerklärungen des Jahres 1925.

Dividendenerklärungen im Jahre 1925 von Gesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse amtlich notiert werden.

Wirtschaftszweig	Es erklärten Dividenden:					
	0%	1-5%	6-7%	8-10%	10-15%	16-20%
Banken	15,22	4,59	11,16	37,34	1,15	98,100
Bahnen	14,31,5	10,36,4	8,18,2	8,11,3	1,2,3	44,100
Brauereien	9,14,3	9,21,4	4,9,5	9,21,4	14,33,4	42,100
Industrie-Gesellschaften	418,50,2	106,12,8	100,12,8	158,19,0	42,3,1	830,100
Schiffahrtsgesellschaft	10,8,3	1,8,3	—	1,8,4	—	12,100
Versicherungsgesellschaft	11,23,9	1,2,3	14,30,4	18,39,1	2,4,4	95,100
Summe	474,45,4	127,13,2	143,13,7	228,21,9	60,5,8	1042,100

Die Aktienkurse stiegen bis Ende Januar auf etwa 113 % des Nennwerts zu Beginn des Jahres und sanken in der Folge mit geringen Unterbrechungen bis Mitte November auf etwa 60 % ab. Seitdem sind sie wieder im Ansteigen begriffen. Es war von großem Werte, daß das Ausland dem Vertrauen in der Entwicklungsmöglichkeit unserer Wirtschaft zurückgewann. Solche Käufe in Aktien und langfristigen Wertpapieren haben einen weiteren Sinken der Kurse entgegenzuwirken und damit auch das deutsche Publikum angeregt, sich wieder an langfristigen Anlagen zu beteiligen. In diesem Ausmaße zu interessieren. Aufgabe der Banken wird es sein, diese Bewegung in die richtige Bahnen zu lenken und verfügbare Kapitalien produktiver Verwendung zuzuführen. Mehr denn je bedarf die deutsche Wirtschaft der vermittelnden Tätigkeit der Banken.

Die Geschäftstätigkeit der Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft hat im Berichtsjahre eine Steigerung erfahren. Der Umsatz auf einer Seite des Hauptbuchs, der im Vorjahre 22,7 Milliarden Reichsmark betragen hatte, belief sich im Jahre 1925 auf 25,5 Milliarden Reichsmark. Die Demobilisation, des Geschäftsvorganges und des Bankbetriebs zu vereinfachen, ermöglichten es, die erhöhte Arbeitsleistung ohne Vermehrung der Zahl der Bankangestellten durchzuführen.

Das im letzten Jahresbericht erwähnte Geschäft in unverzinsten Scheckausstellungen des Deutschen Reichs hat im Jahre 1925 wesentlich geringeren Umsatz angenommen. Demgegenüber hat sich der Bestand an Schecks vermindert. Dagegen erfuhr das Diskontogeschäft in Warenwechsell und Bankakzepten eine erhebliche Zunahme. Eigene Akzente haben wir nicht gegeben. Das Effektenkommissionärgeschäft hat der allgemeinen Entwicklung entsprechend im Berichtsjahre zunächst zurückgegangen. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres trat eine gewisse Belebung des Geschäftes ein, durch die auch die Effektenkommissionäre unserer Institute wieder gesteigert wurden.

As der Liquidationskassen für Vermögensgegenstände an der Berliner Börse und an der Einrichtung des erweiterten Effekten-Giro-Verkehrs haben wir uns beteiligt. Das Devisengeschäft, insbesondere der Arbitrageverkehr mit dem wichtigsten Platze, konnte weiter ausgebaut werden.

Das Konsortialgeschäft hielt sich auch im Jahre 1925 in engen Grenzen. Wir haben wiederholt an der Vermittlung ausländischer Anleihen für die

Bilanz zum 31. Dezember 1925		Passiva	
	RM		RM
Kasse, Sorten und Kopons	2116 001,20	Aktienkapital	80 000 000,—
Guthaben bei Reichsbank, Postsparkasse und Kassenvereinen	22 042 096,11	Reservefonds	8 000 000,—
Schecks, Wechsel und unverzinstliche Scheckausstellungen	288 542 390,77	Gildbücher	897 418 222,63
Guthaben bei Banken und Bankiers	70 361 390,57	davon (Bilg bis zu 7 Tagen	215 092 331,18
Reporta und Lombarda gegen börsenmäßige Wertpapiere	34 028 904,82	darüber hinaus	54 806 077,99
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen	7 071 405,68	Angestellten-Unterstützungsfonds	147 721 413,49
Sonstige Schuldner	298 038 914,08	Transitorische Posten	250 000,—
davon gedeckt	100 928 899,07	Avale und Bürgschaftsverpflichtungen	1 229 299,70
Eigene Wertpapiere	1 300 000,—	Gewinn:	
Konsortialbeteiligungen	1 280 000,—	Vortrag aus 1924	266 071,26
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	1 280 000,—	Reingewinn	5 194 688,54
Bankgebäude	6 000 000,—		5 460 759,80
Sonstige Immobilien	1,—		
Mobilien	1,—		
Transitorische Posten	288 173,82		
Avale und Bürgschaftsschuldner	2 220 850,91		
	442 929 090,45		442 929 090,45

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 1925		Ertrag	
	RM		RM
Handlungsgehälter und Steuern	4 691 745,24	Vortrag aus 1924	266 071,26
Gewinn	4 460 357,90	Zinsen, Dividenden und Sorten	6 749 830,37
		Provisionen	8 198 700,91
			10 152 103,14
	10 152 103,14		10 152 103,14

Vorstehende Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung haben wir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern in Übereinstimmung gefunden.

Deutsche Revisions- und Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft
Dr. Adler Otto Meyer

deutsche Wirtschaft mitgewirkt, insbesondere an den Auflehen, die die Elektro- werke Aktiengesellschaft und die Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika aufgenommen haben. Unter unserer Führung wurde kurz vor Jahreschluss ein internationales Konsortium zur Finanzierung von Stickstoffverleihen an die deutsche Landwirtschaft gebildet.

In der vorliegenden Bilanz sind unter Guthaben bei Banken und Bankiers nur die Notroguthaben und an erste Banken ausgeliehene Gelder aufgeführt. Im Konsortialkonto sind in dieser Bilanz die dasenden Beteiligungen an industriellen Unternehmen mitzuehalten. Die Geschäfte der Deutsche Revisions- und Treuhand-Gesellschaft m. b. H. sind mit Wirkung vom 1. Januar 1925 auf die Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft übergegangen. Unseren Besitz an Aktien dieses unter Erhöhung des Gesellschaftskapitals von 15 000 Mark auf 1 Million Reichsmark Anfang 1925 gegründeten Unternehmens haben wir im Laufe des Jahres an die Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft verkauft.

Unter den dasenden Beteiligungen haben wir diesmal in der Bilanz lediglich die Beteiligungen an anderen Banken und Bankfirmen aufgeführt. Hierzu gehört unsere Beteiligung an der Deutsche Versicherungsbank A.-G., der Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank A.-G., der Deutsche Orient-Bank A.-G. und an der N. V. Bank van L. Behrens & Söhne in Amsterdam.

Die aus dem Konsortial- und Effektengeschäft erzielten Gewinne haben wir zur Stärkung unserer inneren Reserve verwendet. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt einen Reingewinn von RM 5 460 759,80. Wir schlagen vor, davon zu verwenden:

Für den gesetzlichen Reservefonds	RM 2 000 000
Für Abschreibung auf das Bankgebäude	RM 1 000 000
Für den Angestelltenunterstützungsfonds	RM 250 000
	RM 3 250 000,—
	RM 2 210 759,80

Nach Ausschüttung von 6 % Dividende und der satzungsmäßigen Tantieme an den Aufsichtsrat soll der verbleibende Rest von RM 337 074,00 auf neue Rechnung vorgelagert werden.

Der Vorstand der Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft
Heimann Landauer Lenmann Ritscher Scheiber Simmonds
Kutschengraber Post Seegal

Bericht des Aufsichtsrates.

Dem vorstehenden Bericht des Vorstandes schließen wir uns an. Die Bilanz ist in unserem Auftrage durch die Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft geprüft worden.

Im Laufe des Berichtsjahres legten Herr Reichsminister a. D. Dr. Ing. u. h. Heinrich F. Albert und Herr Otto Heerich ihr Amt als Mitglieder des Aufsichtsrates nieder. Herr Dr. Albert hatte seit Ordnung der Aktiengesellschaft des Vorsits im Aufsichtsrat geführt und das Unternehmen, an dem er größten Anteil nahm, wesentlich gefördert. Wir sprechen auch an dieser Stelle den aus unserer Mitte ausgeschiedenen Herren für ihre Mitarbeit unseren Wärmsten Dank aus.

Im Laufe des Berichtsjahres sind uns in dem Aufsichtsrat abgetreten die Herren Staatssekretär Fischer, Gehelmer Kommerzienrat Dr. Conrad von Borsig, Direktor Hans Kraemer und Kommerzienrat Dr. Hermann Schullis.

Berlin, den 30. Januar 1926.
Der Aufsichtsrat,
Fischer

Beleuchtungskörper
aller Art.
nach sechs monatlicher Miete
Ihr Eigentum.
P. Raddatz & Co.
Wob. Leipzigerstr. 122-123

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Sonntag, den 7. Februar, ab- mittags 10 Uhr im Verbands- haus, Canteinstr. 63/65.

Vollverjämmlung
fam. Kollegen Schmiede aus den Groß-, Mittel-, Aeroflerie-, Fuhr- werks- und Innungsbetrieben.
Tagesspendung: 1. Stellungnahme zu wichtigeren Bemerkungen in der Brosch. 2. Verleihen.
Schließen und pünktliches Erscheinen sind unerlässlich.

Achtung! Eisen-, Revolverdreher, Achtung!
Rundscheifer und Dreherinnen!
Dienstag, den 8. Februar, mittags 12 Uhr, im „Kaiserhof Hotel“, Koenigsplatz 11/12.

Verjämmlung
der arbeitstollen Branchen- angehörigen.
Ohne Verbandsausweis kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Geh's die Klüglich nimm 2 x täglich
Dr. Schröder's
Aufbau Salz
Wissenschaft und Nährsalzfrage
3. Dr. med. G. Felchtinger schreibt:
„Es ist heute eine längst vollendete, anerkannte Tatsache, dass die anorganischen Stoffe wie Chlor, Eisen, Fluor, Kalk, Kalium, Magnesium, Natrium, Phosphor, Schwefel, Kieselsäure, (Silicea) usw. für die innere Zusammensetzung und für die formgebende und arbeitende Grundlage der Gewebe ebenso unentbehrlich sind, wie Zucker, Fett und die Eiweißstoffe.“

PAISE DR. SCHRÖDER'S AUFBAU-SALZ

Hüten Sie sich vor minderwertigen Fabrikaten ausländischer Herkunft.

„Vita“ Vertriebs-Handelsges. m. b. H., Berlin SW 46, Besselstraße 19, I. Stock, Ecke Charlottenstraße. Telefon: Dönhoff 349.

Zeitschriften, Bücher, etc.
Zeitschrift, Rindermooer, ...
Zeitschrift, Tuppenmooer, ...
Zeitschrift, Kleinbrettelles, ...
Zeitschrift, ...
Zeitschrift, ...
Zeitschrift, ...

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Zeitschrift, ...
Zeitschrift, ...
Zeitschrift, ...
Zeitschrift, ...

Möbel
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...

Geschäftsverkäufe
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...

Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...

Musikinstrumente
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...

Fahrräder
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...

Kaufsuche
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...

Verschiedenes
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...

Arbeitsmarkt
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...

Stellenangebote
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...
Rezeption, ...

Botenfrau im Kaulsdorf
wird sofort eingestellt
Voigt, Broderickstr. 19